Merkel – Der Scheinriese, Seite 2

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 26 – 30. Juni 2017

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Verzweifelte Heiterkeit: Das SPD-Präsidium um Martin Schulz auf dem Dortmunder Parteitag Bild: pa

Sich selbst verraten

Dortmunder Parteitag: Warum die SPD nicht auf die Beine kommt

Die Attacken auf Kanzlerin Merkel können die Konfusion der Sozialdemokraten nicht verbergen. Die hat einen tiefen Grund.

Ausgerechnet Gerhard Schröder hatten sie als Mutmach-Redner zu ihrem Wahlparteitag vergangenes Wochenende nach Dortmund geholt. Die Einladung legt das Ausmaß der Verunsicherung in der SPD offen. Schröder galt seiner Partei seit zwölf Jahren nahezu als rotes Tuch. Seine Agenda 2010 schien sich wie ein finsterer Schatten über die Sozialdemokraten gelegt zu haben, dem sie um jeden Preis zu entweichen versuchten.

So setzte Martin Schulz nach seiner Kür zum Kanzlerkandidaten zunächst ganz auf das linke Thema „Gerechtigkeit“, die Sehnsucht war auf Rot-Rot-Grün gerichtet. Doch dann schwanden die Umfragewerte wieder, ein Linksbündnis unter Führung eines SPD-Kanzlers rutschte zunehmend außer Reichweite.

Mit Schröder sollte nun offenbar ein Zeichen gen Mitte gesendet werden, um dort wieder punkten zu können. Getarnt wird der zittrige Schlingerkurs mit lauten Ausfällen gegen die amtierende Kanzlerin – alles wenig überzeugend.

> Offene Grenzen treffen vor allem die unteren Schichten

Die Orientierungslosigkeit der Sozialdemokraten hat einen tiefen Grund, der jedoch nicht offen benannt wird, weder von den politischen Akteuren noch von den großen Medien. Die Politik der offenen Grenzen stürzt besonders Geringqualifizierte in einen immer härteren Verdrängungskampf am Arbeitsmarkt, weil das Angebot an Arbeitskräften gerade im unteren Segment durch die Massenimmigration weit über die Nachfrage hinaus aufgebläht wird. Das drückt unvermeidlich auf Löhne und Arbeitsbedingungen.

Zudem strapazieren die neuen Einwohner den Sozialstaat in einem Ausmaß, das für die Zukunft Schlimmes befürchten lässt. Eine Million Zuwanderer kosteten den Sozialstaat 30 Milliarden Euro jährlich, so eine grobe Rechnung, die noch vorsichtig bemessen zu sein scheint. Wann ist hier das Ende der Fahnenstange erreicht?

Und wen wird es am härtesten treffen, wenn die sozialen Systeme unter der Last zusammenbrechen? Abermals werden dies die unteren Schichten sein. Danach die Mittelschicht, die immer größere Lasten aufgebürdet bekommt.

Sozialstaat mit offenen Grenzen sei wie Heizen bei offenen Fenstern, so der Historiker Rolf Peter Sieferle. Irgendwann übersteigen die astronomischen Kosten jedes Budget, ab dann wird es kalt.

SPD, Grüne wie Linkspartei haben diese simple Einsicht zugunsten eines Multikulti- und Weltbeglückungstraums ausgeblendet. Ja, sie verteufeln sogar jeden, der die einfachen Wahrheiten auszusprechen wagt. So wundert es kaum, dass die SPD nicht mehr weiß, wohin sie sich wenden soll. Oder dass der Linkspartei nichts einfällt, als noch höhere Steuern und Abgaben zu fordern, die am Ende wieder die Normalverdiener treffen werden. In beiden Fällen wirbt eine politische Linke um „Vertrauen“, die sich selbst verraten hat. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Blamage

Obwohl eine Zustimmung des Parlaments gar nicht erforderlich gewesen wäre, hat der Bundestag in der vergangenen Woche die Verlegung des Bundeswehr-Kontingents von der türkischen Luftwaffenbasis Incirlik ins jordanische Al Azraq gebilligt. In der Entschließung heißt es zum Schluss: „Der Deutsche Bundestag erwartet, dass die Verlegung zügig umgesetzt wird und dabei negative Auswirkungen auf die Anti-IS-Koalition vermieden werden.“ Davon indes kann keine Rede sein, denn dem von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen vorgelegten Zeitplan zufolge wird der „technisch komplexe Umzug“ der sechs Aufklärungs-Tornados samt Bodeninfrastruktur zwei bis drei Monate in Anspruch nehmen. Das bedeutet, dass die Maschinen ihre Aufklärungsflüge voraussichtlich erst Mitte Oktober wieder aufnehmen können.

Damit verspielt die Ministerin das Vertrauen der Partner in der Anti-IS-Koalition, welche den Einsatz der deutschen Flugzeuge bereits für Ende Juni fest eingeplant hatten. Es ist kaum nachvollziehbar, dass die Verlegung der Flugzeuge, die in einer simplen Flugebewegung erfolgt, Wochen dauern soll. Auch die Verlegung einer Kommandozentrale, welche die Bezeichnung „mobil“ führt, kann ebenso wenig eine Sache von Monaten sein wie die Beladung und der Transport von 200 Containern. Wenn die Verlegung des Luftwaffen-Kontingents dennoch so lange dauert, kann von „mobil“ keine Rede sein. Damit ist es nur eingeschränkt einsatzfähig. Wieder einmal blamiert von der Leyen die Bundeswehr. Schlimmer noch, sie blamiert die Bundesrepublik Deutschland. Sie tönt, Deutschland werde „mehr Verantwortung tragen“, obwohl es dazu militärisch nicht in der Lage ist.

Sehnsucht nach Heimat und Familie

Neuartige Zukunftsstudie zeigt, wie sich globale Trends in den nächsten 15 Jahren auf die Werteentwicklung der Deutschen auswirken

Die Deutschen sehnen sich nach traditionellen Werten wie Heimat und Familie, lehnen aber gleichzeitig autoritäre Konzepte zu Kontrolle, Ordnung und Sicherheit ab. Das zeigt die erste Universalstudie zur Werteentwicklung in Deutschland, „Values & Visions 2030“, des Beratungsunternehmens Gesellschaft für Innovative Marktforschung (GIM).

Das Forscherteam hat in einer neuartigen systematischen Kombination aus Experteninterviews und Konsumentenbefragung ermittelt, wie sich globale Megatrends in den kommenden zehn bis 15 Jahren auf die Werteorientierungen der Deutschen auswirken. In Abgrenzung zu anderen Zukunftsbetrachtungen hat die GIM eine neuartige Kombination qualitativer und quantitativer Methoden entwickelt, die sowohl Megatrends betrachtet, welche den strukturellen Wandel abbilden, als auch den Wertewandel, der kulturelle Veränderungen spiegelt.

> Autoritäre Konzepte zu Sicherheit und Ordnung abgelehnt

Eine zentrale Erkenntnis ist die starke Hinwendung zu klassischen Konzepten wie Tradition und Heimat, Freiheit und persönliche Nähe. Sie stellt offensichtlich eine Reaktion auf die zunehmende Digitalisierung und Fragmentierung der Gesellschaft und des eigenen Lebens dar, die als Bedrohung wahrgenommen werden. So erzielt der Wunsch, die klassische Familie solle an Bedeutung gewinnen, eine überdurchschnittliche Zustimmung von 73 Punkten auf einer Skala von 1 bis 100. Ähnlich stark ist der Wunsch nach einer stärkeren Rückbesinnung auf die Heimat. Gleichzeitig wird obrigkeitsstaatlichen Tendenzen deutlich widersprochen. Die These beispielsweise, man müsse im Tausch für mehr Sicherheit auf Freiheiten verzichten, erzielte die niedrigsten Zustimmungswerte überhaupt.

Die positive Einschätzung hergebrachter Einstellungen steht in Wechselbeziehung zu einem weiteren Ergebnis der Studie: Die Deutschen stehen gerade den Entwicklungen, die als sehr dynamisch wahrgenommen werden, besonders skeptisch gegenüber. Neuerungen wie Fitness-Tracker, Einkaufsassistenten und selbstfahrende Autos wecken anstelle von Hoffnungen vor allem Befürchtungen, die vom Verlust der Hoheit über die eigenen Daten bis zur Bedrohung des autonomen Handelns reichen.

> Rückbesinnung auf traditionelle Werte »nicht reaktionär«

Wichtigster Hoffnungswert ist „Verantwortung“, die größte Besorgnis löst die „Geborgenheit im Digitalen“ als Ausdruck der alles durchdringenden Digitalisierung aus. Inseln der Sehnsucht sind Tradition und Heimat, menschliche Nähe sowie Gerechtigkeit und Solidarität, während der Komplex Sicherheit und Kontrolle weitgehende Ablehnung erfährt.

Die Rückbesinnung auf traditionelle Werte sei jedoch nicht reaktionär, betont der GMI-Studienleiter Björn Huber. Das widerspreche deutlich der Wahrnehmung, die insbesondere in politischen Debatten vorherrsche. Das Ergebnis der Studie ließe sich in eine Art Landkarte übertragen: „Im Nordwesten liegen die Sehnsuchtsfelder: Werte, die stark erwünscht sind, von denen man aber keine signifikante Entwicklung erwartet. Im Südosten finden sich Aspekte, die wesentlich wichtiger werden, vor denen man sich aber eher fürchtet. Entsprechend sind im südlichen Westen Werte angesiedelt, die statisch sind und das auch bitte bleiben sollen, weil sie unerwünscht sind – im Gegenteil zu den Hoffnungsträgern im Nordosten. Von diesen erwartet und wünscht man gleichzeitig, dass sie an Bedeutung zunehmen“, so Huber. *J.H.*

MELDUNGEN

Stopp für Familiennachzug

Berlin – Der Anschlag auf die deutsche Botschaft in Kabul am 31. Mai hat ungeahnte Folgen. In den Trümmern befinden sich zahlreiche noch nicht bearbeitete Visaanträge. Viele davon betreffen Familienangehörige von afghanischen Asylsuchern in Deutschland. Auf unbestimmte Zeit sei kein Herankommen an die Akten, heißt es aus Kabul. Derzeit hält sich nur Botschafter Walter Haßmann mit einem kleinen Stab von Mitarbeitern dort auf. Das Auswärtige Amt in Berlin erteilt daher zurzeit generell keine Visa für den Familiennachzug aus Afghanistan. Das geht aus einem Schreiben des Amtes an die Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke hervor. Die Linken-Politikerin zeigte sich empört und forderte, dass die Botschaft umgehend alle Kräfte auf die Visabearbeitung konzentriere. *FH*

Stiftung legt Konzept vor

Berlin – Der Stiftungsrat der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung hat ein „integriertes Konzept“ für die künftige Dauerausstellung der Stiftung verabschiedet. Das Konzept wurde auf der Grundlage der Stiftungskonzeption von 2012 und unter Beibehaltung der darin festgelegten Schwerpunktsetzung erarbeitet. Die damals formulierten „Leitlinien der Dauerausstellung“ wurden „weiterentwickelt, sodass nun inhaltliche Aussagen, didaktische Prinzipien und eine raumbezogene Struktur ineinandergreifen“, teilte die Stiftung mit. Nun soll in Zusammenarbeit mit einem Gestaltungsbüro ein Vorentwurf für die Dauerausstellung entstehen. Im Zuge dessen soll das vorliegende Konzept beispielsweise bezüglich Vermittlung, Grafik, Texte, Karten, Medien und Audioguide zu einem „Feinkonzept“ ausgearbeitet werden. Die Stiftungsratsvorsitzende, Kulturstaatsministerin Monika Grütters, lobte die „im großen Konsens“ beschlossene Verabschiedung des Konzepts als einen „bedeutenden Schritt in der Stiftungsarbeit“ von „wichtiger erinnerungspolitischer Bedeutung“. *J.H.*

Illegale Hilfe vom BND

Berlin – Nach Ansicht von Linkspartei und Grünen hat die dreijährige Arbeit des NSA-Ausschusses den Vorwurf der „anlasslosen Massenüberwachung“, den der US-Geheimdienstkritiker Edward Snowden 2013 gegen den US-Geheimdienst NSA erhoben hat, im Wesentlichen bestätigt und darüber hinaus „eine ganze Reihe von zusätzlichen Problemfeldern, Informationen und skandalösen Verfehlungen an die Öffentlichkeit“ gebracht. Die Berichterstatter kritisieren, dass eine „direkte Massenüberwachung“ durch die NSA in Deutschland oder von Deutschland aus „nicht näher“ habe aufgeklärt werden können, unter anderem weil die Bundesregierung dem Ausschuss fast alle Akten mit Bezug zu ausländischen westlichen Geheimdiensten vorenthalten habe. Es habe aber auch keinerlei Anlass und keine Zeugenaussage gegeben, die Grund böten, am Wahrheitsgehalt der Snowden-Dokumente zu zweifeln, heißt es weiter. Den Bundesnachrichtendienst (BND) beurteilen die Ausschussmitglieder der beiden Parteien als „einen willfährigen Dienstleister der NSA“, der „über Jahre ohne Rechtsgrundlage agiert“ habe. *J.H.*

Der Scheinriese Angela Merkel

Ein herausragender neuer Sammelband befasst sich kritisch mit der Politik der Bundeskanzlerin

„Merkel – eine kritische Bilanz“ heißt ein sehr lesenswertes neues Buch, in dem 21 namhafte Autoren die Politik Merkels analysieren. Herausgeber ist der renommierte „FAZ“-Wirtschaftsredakteur Philip Plickert. Die Publikation wurde jetzt im Haus der Bundespressekonferenz in Berlin vorgestellt.

Bei der Buchpräsentation sprachen neben Herausgeber Plickert auch Thilo Sarrazin, der einen Beitrag über die Immigrationskrise zu dem Sammelband beigesteuert hat, sowie der Historiker Andreas Rödder. Plickert hat sich in der „FAZ“ insbesondere immer wieder mit der Euro-Krise befasst. In diesem Buch sollte die Politik Merkels nun auf allen wichtigen Themengebieten untersucht werden, erklärte er.

Zu den vielen Autoren gehören Norbert Bolz („Über den autoritären machtpolitischen Stil der Kanzlerin“), Werner J. Patzelt („Wohin steuert die Union“), Anthony Glees („Wie Angela Merkel den Ausschlag zum Brexit gab“), Cora Stephan („Versagen in der Flüchtlingspolitik“), Necla Kelek („Das Märchen von der Integration“), Boris Kálnoky („Die Kanzlerin hat die Osteuropäer vor den Kopf gestoßen“) oder Justus Haucap („Deutschlands teurer Irrweg in der Energiepolitik“).

Merkel bleibe vielen Beobachtern rätselhaft, schreibt Plickert im Vorwort. Für ihre Fans sei sie eine Lichtgestalt. Doch zwischen Schein und Sein klaffe eine Lücke: „Je mehr man Merkels politisches Wirken näher untersucht, desto brüchiger wird der Heiligenschein, desto mehr schrumpft die Riesengestalt. Merkel ist ein Scheinriese, eine gewiefte, aber überschätzte Politikerin.“

Merkel habe in entscheidenden Phasen – Euro-Krise, Energiewende und Asylkrise – planlos gehandelt. Sie habe die CDU weit nach links verschoben. Den Zenit ihrer Macht habe sie überschritten, auch in ihrer Partei: „Zunehmend dringlich wird die Frage diskutiert, wer nach ihr kommt.“ Bei der Buchpräsentation nannte Plickert Merkel

> Merkel hat die CDU weit nach links verschoben

aber auch eine „Virtuosin in der Disziplin Machterhalt“. Dabei attestierte er ihr „totale Wendigkeit, ideologische Flexibilität, um nicht zu sagen Opportunismus“. Sie drehe sich politisch so, wie es Meinungsumfragen oder tonangebende Medien nahelegten.

Sarrazin widmet sich in dem Buch der Frage „Wie man die fatale Migrationspolitik korrigieren müsste“. Darüber sprach er auch bei der Buchvorstellung. „Als 2015 die große Wanderung begann“, sagte er, sei die Bundesregierung völlig unvorbereitet gewesen und habe sich in ein Netz von Ausflüchten und Unwahrheiten verstrickt. „Es hieß, die Flüchtlinge bräuchten unseren Schutz. Dabei kamen sie ausschließlich aus sicheren Drittländern, und über 70 Prozent waren starke und gesunde junge Männer.“

Merkel habe „höchstpersönlich in zahlreichen Auftritten“ behauptet, Deutschland könne seine Grenzen nicht schützen. Die Bundespolizei sei gegenteiliger Meinung gewesen, aber sie „wurde von Kanzlerin und Innenminister am Han-

> In entscheidenden Phasen handelte Merkel planlos

deln gehindert“. Sarrazin kritisierte die falschen Behauptungen, wonach „Flüchtlinge nicht krimineller als Deutsche“ seien. Vielmehr sei die Kriminalitätsrate 2016 laut Statistik bei Zuwanderern „doppelt so hoch wie bei den übrigen Ausländern und siebenmal so hoch wie bei den deutschen Staatsbürgern“ gewesen. Und: „Bei Mord ist sie zehnmal so hoch, bei Gruppenvergewaltigung 34-mal so hoch.“

Ebenso habe sich die Behauptung, terroristische Gefahren gingen nicht von „Flüchtlingen“ aus, als falsch erwiesen. Der Missbrauch des Asylrechts gehe weiter. Es fehle jedes Konzept, wie man mit einem wieder anschwellenden Asylsucherstrom umgehen wolle. Auch jetzt kämen noch, auf das Jahr gerechnet, rund 250 000 Zuwanderer aus islamischen Ländern.

Andreas Rödder, CDU-Mitglied, früher im Schattenkabinett Julia Klöckners als Kultusminister für Rheinland-Pfalz vorgesehen, hielt ein Stück weit eine Gegenrede. „Hier wird eine kritische Bilanz vorgelegt über eine Politikerin, die im Februar, als der Schulz-Hype losging, wohl weitgehend totgeglaubt war und sich jetzt unversehens auf neue Höhen ihrer Popularität geschwungen hat“, sagte er. Wie erkläre sich diese Diskrepanz? Bei Befragungen höre er immer wieder, Merkels Persönlichkeit werde hoch geschätzt als „unprätentiös, unaufgeregt und nüchtern“. Und dies trotz begangener politischer Fehler wie etwa dem Kontrollverlust in der Asylkrise.

Für Rödder repräsentiert Merkel eine „deutsche Gesellschaft mit dem schlechten Gewissen über eine historische Schuld“. Das Bewusstsein über diese habe sich „nicht im Laufe der Jahrzehnte gelegt, sondern eher noch verstärkt“. Daraus resultiere ein „Wille zum Guten“, in der Asylpolitik ebenso wie etwa in der Gleichstellungspolitik bezüglich Homosexuellen. *Michael Leh*



Im Gespräch mit dem Verfasser dieses Artikels (rechts): Philip Plickert und Thilo Sarrazin (von links) Bild: Leh

***Philip Plickert** (Hg.): Merkel – Eine kritische Bilanz. Finanzbuchverlag, München 2017. 256 Seiten, 19,99 Euro*

Sinkende Ölpreise lassen Saudis schwächeln

Das Baugewerbe ist das erste Opfer – Branchenriese Saudi Oger, der größte des Landes, ist zahlungsunfähig

Saudi Oger ist das beste Beispiel für die wachsende Krise, in der sich die saudische Wirtschaft infolge des Ölpreisverfalls befindet. Das saudi-arabische Unternehmen mit Sitz in Riad wurde von dem libanesischen Premierminister Rafiq al-Hariri, der am 14. Februar 2005 in Beirut bei einem Attentat auf seinen Fahrzeugkonvoi getötet wurde, gegründet. Seit dessen Tod leitet sein Sohn Saad Hariri das Unternehmen. Schlagzeilen machte das Unternehmen erstmals im Jahr 2016, als es den vorwiegend aus Südostasien stammenden Arbeitern monatelang den vereinbarten Lohn nicht zahlte. Saudi Oger ist pleite, der größte Bauriese Saudi-Arabiens mit acht Milliarden Dollar Jahresumsatz hat seine Zahlungsunfähigkeit bekanntgegeben und wird im Juli alle Aktivitäten einstellen.

Die Baubranche ist das erste Opfer der sinkenden Ölpreise im weltweit wichtigsten Erdölförderland mit 11,525 Millionen Barrel pro Tag (2013). Viele Beobachter hatten sich gewundert, welch große Auswirkungen der fallende Ölpreis in Venezuela, dem Land mit den mit 298,3 Milliarden Barrel weltweit größten Erdölreserven hatte, und wie wenig man in Saudi-Arabien davon bislang gespürt hatte. Mit der Pleite von Saudi Oger wird auch im bisherigen Erdölmekka die Misere immer deutlicher, die in Venezuela zum faktischen Staatsbankrott geführt hat. Auch in Saudi-Arabien ist der Ölpreisverfall begleitet von einer immensen Korruption und einer geringen Diversifizierung der Wirtschaft. Saudi Oger war der viertgrößte Konzern des Königreiches. Wie in Brasilien, wo der dortige größte Baukonzern Odebrecht die dortige Wirtschaftskrise eingeläutet hat, scheint jetzt auch in Saudi-Arabien der größte Baukonzern die Krise des gesamten Landes erst richtig deutlich zu machen.

Wie der brasilianische Bauriese Odebrecht profitierte auch Saudi Oger von seiner Nähe zur Politik. Sein Gründer war immerhin ein ehemaliger Premierminister eines arabischen Landes, nämlich des Libanon. Gerade diese Nähe zur Politik hat jedoch die Korruption befeuert und hat dazu geführt, dass die Firmenleitung und auch die Mitarbeiter sich fälschlicherweise in Sicherheit wähnten. Anders jedoch als der Firmenleiter von Odebrecht, Marcello Odebrecht, der eine zehnjährige Haftstrafe verbüßt, bleibt Saad Hariri juristisch unangreifbar.



Nur eines der vielen prestigeträchtigen Großprojekte von Saudi Oger: Die Churchill Towers in Dubai Bild: Saudi Oger/CF

Das ist der Unterschied zu Brasilien. In Brasilien ist es die Firmenleitung, die für ihre Fehler bezahlen muss, in Saudi-Arabien sind es die Arbeiter, die seit Monaten kein Gehalt mehr bekommen und – da es sich um rechtlose ausländische Gastarbeiter mit sklavenähnlichem Status handelt – auch nicht wissen, wie sie ihr Gehalt einklagen können, denn mit der Firmenpleite von Saudi Oger sind sie illegal in Saudi-Arabien und können jederzeit abgeschoben werden.

Allein die Regierung von Saudi-Arabien hat bei Saudi Oger nicht bezahlte Verpflichtungen für schon ausgeführte Aufträge von über acht Milliarden US-Dollar. Die Firma hat ihrerseits 3,5 Milliarden Schulden bei Banken und Zulieferern nicht bezahlt. Schon seit Sommer 2016, als die Verhandlungen mit der saudischen Regierung geplatzt waren, hatte die Firma in Saudi-Arabien den größten Teil ihrer Tätigkeit aufgegeben. Von den einst 40 000 Mitarbeitern der Firma hatten zuletzt nur noch 7000 für Saudi Oger gearbeitet, viele Mitarbeiter haben ein Jahr lang kein Gehalt gesehen.

Ein Rätsel gibt zurzeit noch die Abwicklung des pleitegegangen Unternehmens auf. Im Ausland ist bereits ein Nachfolgekonzern, MACC, als Nachfolgeorganisation aufgetreten. Er hat auch bereits Bauaufträge des saudischen Königshauses erhalten, allerdings nur im Ausland. In Marokko soll diese Nachfolgefirma eine Erweiterung der dortigen Sommerresidenz der saudischen Königsfamilie bauen. Der größte saudische Baukonzern ist jetzt die Laden Gruppe, die von der Familie des Al-Kaida-Gründers Osama bin Laden geführt wird. *Bodo Bost*

Brandgefährliches Styropor

Der Hochhausbrand in London ist eine Lehre, wie riskant Wärmedämmung auch in Deutschland sein kann

Der verheerende Brand im Londoner Grenfell Tower hat erneut unter Beweis gestellt, wie riskant die sogenannte energetische Sanierung von Gebäudefassaden mit leicht entflammbaren Kunststoffen sein kann. Dabei geht die größte Gefahr hierzulande vom massenhaft verwendeten Polystyrol-Hartschaum aus, besser bekannt unter dem Markennamen „Styropor“.

Das brennbare Baumaterial darf in Deutschland als Außenwanddämmung dienen, sofern das Gebäude nicht höher als 22 Meter ist – so die Festlegung in der DIN 4102. Nach Schätzungen von Experten aus der Industrie wurden ab 1960 knapp 800 Millionen Quadratmeter Fassadenfläche mit Styropor im Gesamtgewicht von über einer Million Tonnen beklebt, um Energie einzusparen und/oder das „Klima zu schützen“. Und dieses Vorgehen ist auch heute noch Standard, obwohl inzwischen Tests im Auftrag der Bauministerkonferenz der Länder sowie der niedersächsischen Materialprüfanstalt für das Bauwesen gezeigt haben, wie schnell die Hartschaumplatten entflammen können.



Wird nach wie vor gern für die energetische Sanierung von Gebäudefassaden genutzt: Styropor — Bild: Imago

Das bestätigen auch die Statistiken der Feuerwehren. Allein in den letzten 15 Jahren ereigneten sich deutschlandweit über 100 größere Gebäudebrände in Verbindung mit Wärmedämmverbundsystemen (WDVS) aus Styropor. Hierbei gab es elf Tote und 131 Verletzte. So zum Beispiel infolge der Feuersbrünste in Berlin-Pankow und Köln-Mühlheim im Mai beziehungsweise Dezember 2005. Damals kamen insgesamt sieben Hausbewohner ums Leben, darunter zwei Kinder. Erinnert sei zudem an die schon etwas länger zurückliegende Brandkatastrophe auf dem Düsseldorfer Flughafen am 11. April 1996 aufgrund von unsachgemäß verwendetem Styropor in Zwischendecken, bei der 17 Menschen starben.

Der Baustoff bleibt übrigens selbst dann gefährlich, wenn ihm das Brandschutzmittel Hexabromcyclododecan (HBCD) beigemischt wird. Zum einen kann er trotzdem noch entflammen, zum anderen hat die Chemikalie gesundheitsschädigende Wirkungen und produziert bei Feuer hochgiftige Dioxine und Furane. Deshalb fallen Styropor-Reste mit HBCD-Anteilen seit dem 1. Oktober 2016 in die Kategorie „Sondermüll“.

> Hierzulande geht die größte Gefahr vom Polystyrol-Hartschaum aus

Als Konsequenz aus den Gefahren der Verwendung von Polystyrol-Hartschaumplatten zur Wärmedämmung empfahlen die Bauminister der Länder im Juni 2015, Müllcontainer und brennbare Gegenstände in mindestens drei Metern Abstand zur Fassade aufzustellen. Dem folgten zum 1. Januar 2016 strengere Vorschriften für Neubauten und Sanierungsobjekte im Hinblick auf den Einsatz von Brandschutzriegeln. Das sind mindestens 20 Zentimeter breite Bahnen aus definitiv unentzündlicher Mineralwolle, die nun in dichteren Abständen zwischen den Styropor-Platten sowie oberhalb der Fenster angebracht werden müssen. Letzteres soll die oft tödlichen Brandüberschläge in höher liegende Wohnungen verhindern.

Leider gelten die veränderten Regeln aber nicht für bestehende Wärmedämmverbundsysteme, und ernsthaft kontrolliert wird auch kaum. Außerdem traten am 16. Oktober vorigen Jahres 84 neue EU-Normen über erforderliche Eigenschaften von Baumaterialien in Kraft, die das deutsche Bemühen um wenigstens einigermaßen effektive Brandschutzvorschriften konterkarieren. Beispielsweise müssen neu auf den Markt kommende Dämmstoffe jetzt nicht mehr auf ihr Glimmverhalten überprüft werden. Deswegen sprach der Hauptverband der Bauindustrie von einem regelrechten „Dammbruch“ bei den Sicherheitsvorschriften.

Dazu kommt nun die massive Verunsicherung infolge des Brandes in London. Als Konsequenz hieraus wird inzwischen von Teilen der Immobilienwirtschaft und einigen Projektentwicklern erwogen, komplett auf Styropor zu verzichten. Immerhin kostet die Dämmung mit Mineralwolle nur noch rund 15 Prozent mehr als ein Polystyrol-WDVS. Ebenso besteht die Möglichkeit, die Stärke der Außenwände von 25 auf 50 Zentimeter zu verdoppeln und mit Thermoputz zu versehen. In diesem Falle ist zur Einhaltung der Vorgaben der Energieeinsparverordnung (EnEV) keine Fassadendämmung mehr nötig. Allerdings müsste die Styropor-Lobby dann auf ihre gewohnten Umsätze verzichten. Diese lagen 2016 bei etwa 550 Millionen Euro.

Es ist nicht auszuschließen, dass der entscheidende Impuls, auf den im wahrsten Sinne des Wortes brandgefährlichen Hartschaum zu verzichten, am Ende von der Versicherungswirtschaft statt der Politik ausgehen wird. Manche Assekuranzen wie die Talanx AG und VGH verlangen nämlich inzwischen Risikozuschläge bei Styropor-Dämmungen oder verweigern Unternehmen mit vielen derart isolierten Gebäuden gleich jedwede Versicherung. Wenn dies Schule macht, erledigt sich das Problem demnächst vielleicht ganz von selbst.

Wolfgang Kaufmann

MELDUNGEN

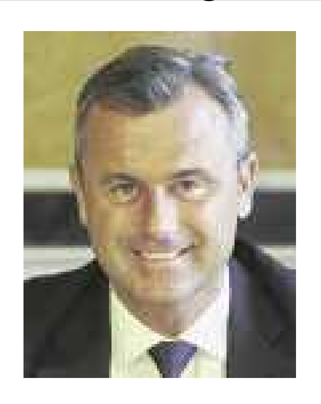
Von Thüringen nach Bayern

Sonneberg – Bereits seit einigen Wochen demonstrieren tausende Bürger aus dem thüringischen Landkreis Sonneberg für einen Wechsel in den Freistaat Bayern. Anlass für die „Montagsdemos“ ist eine geplante Gebietsreform der rot-rot-grünen Landesregierung in Erfurt, bei welcher der Landkreis Sonneberg in einem neuen Verwaltungsbezirk von der Größe des Saarlands aufgehen soll. Sonnebergs Bürgermeister Heiko Voigt (CDU) und die parteilose Landrätin Christine Zitzmann unterstützen den Wechselwunsch. Der Landkreis Sonneberg grenzt an die oberfränkischen Landkreise Coburg und Kronach. Viele Sonneberger fühlen sich durch historische Bindungen und den gemeinsamen itzgründischen Dialekt weniger als Thüringer denn als Franken. *N.H.*

Parteien sind millionenschwer

Berlin – Die fünf im Bundestag vertretenen Parteien haben laut Bundestagspräsidium im Jahr 2015 Gesamteinnahmen von zusammen 427,22 Millionen Euro verzeichnet. Danach beliefen sich bei der CDU die Einnahmen der Gesamtpartei auf 143,36 Millionen Euro und die Ausgaben auf 121,52 Millionen Euro, womit die Partei einen Überschuss von 21,85 Millionen Euro verbuchte. Bei der SPD standen Einnahmen in Höhe von 156,84 Millionen Euro Ausgaben in Höhe von 133,71 Millionen Euro gegenüber, was zu einem Überschuss von 23,13 Millionen Euro führte. Bei den Grünen lagen die Einnahmen in Höhe von 40 Millionen Euro um 8,96 Millionen Euro über den Ausgaben in Höhe von 31,04 Millionen Euro. Die Linkspartei weist bei Einnahmen in Höhe von 27,95 Millionen Euro und Ausgaben in Höhe von 22,41 Millionen Euro einen Überschuss von 5,53 Millionen Euro aus. Die CSU kam mit Einnahmen von 59,08 Millionen Euro und Ausgaben von 44,61 Millionen Euro auf einen Überschuss von 14,47 Millionen Euro. *J.H.*

Zeitzeugen



Norbert Hofer – Im Mai 2016 hätte der 1971 geborene Steirer um ein Haar das Amt des österreichischen Bundespräsidenten erobert, mit 49,7 Prozent. Nach Anfechtung der Wahl sank sein Ergebnis bei der Wiederholung im Dezember jedoch auf 46 Prozent. Dennoch war es das beste Resultat, dass die FPÖ bei bundesweiten Wahlen je errungen hat.

Beppe Grillo – Der 69-Jährige löste mit seiner Fünf-Sterne-Bewegung ein Erdbeben aus, als die junge Partei 2013 mit mehr als 25 Prozent ins italienische Parlament einzog. Grillo, von Beruf Kabarettist, vermochte es meisterhaft, die Massen zu begeistern. Doch die praktische Politik lag ihm und den Seinen weniger. Die Quittung: Bei den jüngsten Kommunalwahlen ist die Partei selbst in seiner Heimat Genau abgestürzt.



Marine Le Pen – Die 1968 in einem Vorort von Paris geborene Juristin übernahm den Vorsitz des Front National (FN) 2011 von ihrem Vater. Seitdem hat sie die Partei gezielt breiteren bürgerlichen Schichten geöffnet. Anders als in deutschen Medien dargestellt, wird der FN in Frankreich längst weitgehend als „normale Partei“ wahrgenommen. Mit ihrem Vater Jean-Marie Le Pen hat sich die FN-Chefin allerdings im Streit um den politischen Kurs überworfen.

Alexander Gauland – Der 76-jährige gebürtige Chemnitzer war 1973 in die CDU eingetreten, leitete von 1987 bis 1991 die hessische Staatskanzlei unter Ministerpräsident Walter Wallmann. 2013 verließ Gauland die CDU und wurde Mitbegründer der AfD, deren Co-Bundessprecher er bis 2015 blieb. Gemeinsam mit Alice Weidel tritt er als Spitzenkandidat zur Bundestagswahl an.



Nigel Farage – Der 53-jährige Londoner war in jungen Jahren Mitglied der Konservativen, verließ die Partei jedoch aus Protest gegen den Maastrichter Vertrag. Ein Jahr später gehört der mit einer Deutschen Verheiratete zu den Gründungsmitgliedern der britischen Anti-EU-Partei Ukip, die er später als Vorsitzender zu beträchtlichen Erfolgen führen sollte. Seit dem Brexit-Referendum sinkt die Partei jedoch mangels Thema rasant ab.

Norden rechts, Süden links

In Erfolg wie Ausrichtung zeigen sich Europas Populisten extrem unterschiedlich

Marine Le Pens Niederlage gegen Emmanuel Macron in Frankreich oder die zuletzt schlechten Umfragewerte der deutschen AfD seien Anzeichen dafür, dass die „populistische Welle“ schon wieder im Abflauen sei, mutmaßen erleichterte Kommentatoren. Stimmt die Diagnose?

Für die AfD läuft es zurzeit alles andere als rund. Die Umfragewerte sind seit ihrem Höhepunkt im Herbst 2016 von 15 auf im Schnitt etwa acht Prozent gefallen. Noch dazu gefährden Probleme bei der Listenaufstellung im Saarland und vor allem in Niedersachsen den Erfolg bei der Bundestagswahl im September.

Die Etablierten atmen erleichtert auf. Sie sehen die Krise bei der jungen Konkurrenz gar als Teil eines gesamteuropäischen Trends. Der Siegeszug der „Populisten“ sei vorüber, das hätten auch die jüngsten Wahlen in den Niederlanden, in Großbritannien und in Frankreich belegt.

Was Großbritannien angeht, so kann tatsächlich von einem brutalen Einbruch der Unabhängigkeitspartei Ukip gesprochen werden. Erst büßte die Partei bei den Kommunalwahlen Anfang Mai alle ihre bisherigen 114 Mandate ein und konnte nur ein einziges neues hinzugewinnen. Dann rauschten die EU-Kritiker bei den jüngsten Unterhauswahlen von 12,6 auf 1,8 Prozent regelrecht ins Bodenlose.

Doch Ukip ist ein Sonderfall. Mit dem Brexit hat sich das Kernanliegen der Partei erledigt. Seitdem suchen die britischen Politrebellen händeringend nach einem neuen Profil.

> Rückschlag? Wilders und Le Pen konnten deutlich zulegen

Die überwiegend als „Schlappe für die Populisten“ verbuchten Urnengänge in den Niederlanden und Frankreich können bei näherer Betrachtung auch ganz anders gedeutet werden. Der Eindruck, dass der Niederländer Geert Wilders und Frankreichs Marine Le Pen mit ihrem Front National (FN) Niederlagen erlitten hätten, nährt sich vor allem aus den zuvor sehr hoch gesteckten Erwartungen. Wilders' Partei für die Freiheit wurde zugetraut, zur stärksten Kraft aufzusteigen, und Le Pen schien auf dem Sprung, als französische Präsidentin in den Elysée-Palast einzuziehen.

Aus beidem ist nichts geworden. Festzuhalten aber bleibt, dass Wilders sein Resultat von zuvor zehn auf 13 Prozent steigern konnte und der FN bei den Parlamentswahlen um 5,1 Punkte auf 8,8 Prozent anschwoll. Die Mandate wuchsen von zwei auf acht. dabei ist zu berücksichtigen, dass kleine Parteien ohne Bündnispartner beim französischen Mehrheitswahlrecht kaum Chancen haben. Weit aussagekräftiger ist daher, dass Le Pen bei der Präsidentschaftswahl kurz zuvor fast 34 Prozent der Wähler hinter sich brachte.

Das hat bislang nur der Österreicher Norbert Hofer überbieten können, der im Dezember 2016 mit 46 Prozent beinahe Bundespräsident geworden wäre. Hofers FPÖ wurde von links einst ebenso verfemt wie die AfD. Mittlerweile diskutieren sogar die Sozialdemokraten über ein mögliches Bündnis mit der 20-Prozent-Partei FPÖ.

In Finnland spielt sich derweil das Gegenteil ab. Dort hat Premier Juha Sipilä (Zentrum) den Pakt mit der Partei Wahre Finnen gerade beendet, weil sie unter ihrem neuen Vorsitzenden Jussi Halla-aho zu weit nach rechts gerückt sei. Die Schwedendemokraten haben im Nachbarland 2014 mit 13 Prozent das beste Ergebnis ihrer Geschichte erzielt, blieben aber isoliert.

Ganz anders in Dänemark und Norwegen, wo die Rechtspopulisten nicht nur bei Wahlen sehr erfolgreich sind, sondern auch seit Jahren starken Einfluss auf die Regierungspolitik nehmen. Der flämische Vlaams Belang hingegen ist, kaum beachtet, von der Volks- zur fast vergessenen Kleinpartei verkümmert.

Auffällig: Während in Nord- und Mitteleuropa die als „populistisch“ bezeichneten Parteien durchweg rechts stehen, dominieren im Süden linke Strömungen dieses Terrain. In Griechenland hält sich die linkspopulistische Syriza schon verblüffend lang an der Regierung. In Spanien hadert die erfolgreiche Podemos mit sich selbst, ob sie sich mit den Sozialisten gegen die konservative Regierung zusammentun soll oder nicht.

Davon kann Italiens einst erfolgreiche Fünf-Sterne-Bewegung (M5S) nur träumen. Bei Kommunalwahlen in 1005 Städten ist Beppe Grillos Bewegung gerade abgestraft worden. Eine Quittung für schwache Leistungen wie etwa von Roms Bürgermeisterin Virginia Raggi vom M5S, die bei der Bewältigung der Müllkrise nicht vorankommt. *Hans Heckel*



Sein Stern scheint schon zu verglühen: Fünf-Sterne-Anführer Beppe Grillo 2016 in Palermo vor tausenden Fans Bild: Imago

Schimpfwort wird positives Prädikat

Was bedeutet Populismus eigentlich? Und wie sollte man mit dem Begriff umgehen? Über beide Fragen streiten sich die Geister.

Aufgekommen ist die Vokabel jedenfalls als abwertendes Etikett für neue politische Strömungen. Populisten seien Demagogen, welche die Ängste der Menschen schürten und ausnutzten. Die aber statt belastbarer Alternativen nur „einfache Antworten auf komplexe Fragen“ anböten.

Insbesondere der Vorwurf der „Vereinfachung“ geriet heftig ins Trudeln, als Kanzlerin Angela Merkel sämtliche, auch sehr durchdachte Kritik an der umstrittenen Bankenrettung mit der simplen Behauptung vom Tisch wischte, diese sei „alternativlos“. Als sie dies später bei der sogenannten Euro- oder Griechenlandrettung wiederholte, hob sie damit faktisch die AfD aus der Taufe.

Bei der Grenzöffnung 2015 vermied Merkel zwar die mittlerweile kontaminierte Vokabel. Ihre Aussagen hörten sich aber ähnlich simpel an („Wir schaffen das!“), was den Populisten weiteren Auftrieb verlieh. Der Vorwurf der Vereinfachung hatte sich an den monotonen, geradezu aufreizend einfachen Parolen der CDU-Chefin abgeschliffen.

Gauland: »Ja, wir sind populistisch«

Das hat bei den Gescholtenen, die den Stempel „Populist“ bislang als Schimpfwort zurückgewiesen haben, offenbar zu einem Umdenken geführt. Im Interview mit der *PAZ* erstaunte der heutige AfD-Spitzenkandidat Alexander Gauland am 23. März mit dem Bekenntnis: „Ja, wir sind populistisch. Luther war auch Populist. Wer den Leuten aufs Maul schaut, ... der ist natürlich Populist. Man kann das auch mit Demokrat übersetzen.“

So entwickelt sich der Begriff zur positiven Selbstbezeichnung neuer Parteien, die den Konsens der etablierten Eliten infrage stellen. Da Populisten sowohl links wie rechts vorkommen, unterlaufen sie dabei langfristig vielleicht sogar die eingeschliffenen ideologischen Grenzziehungen. *H.H.*

Revolution geklaut?

Beispiel Rumänien: Wo die Volkserhebung »gekidnappt« wurde

Der steile Aufstieg des neuen französischen Präsidenten Emmanuel Macron und seiner erst im April 2016 gegründeten Partei hat nicht nur Freude, sondern auch Misstrauen ausgelöst. Macron als Alternative zu eben jenen alten Eliten, in deren Strukturen er doch selbst groß geworden ist?

Kritiker raunen, wir seien Zeugen eines ausgeklügelten Manövers, einer von oben eingefädelten Schein-„Revolution“ geworden. Einer gigantischen Show, die in Wahrheit dem Ziel diente, die echte Opposition gegen die alten Eliten, die „Populisten“ also, im letzten Moment abzuwehren.

In diesem Falle ähnelten die Vorgänge in Frankreich dem, was gemeinhin als Palastrevolution oder „Putsch von oben“ bekannt ist. Alles Verschwörungstheorie? Möglich, doch in jedem Falle gibt es für solch ein Szenario reale historische Beispiele. Ein besonders abscheuliches hat sich vor einem guten Vierteljahrhundert in Rumänien abgespielt.

Auf den Sturz und die Hinrichtung des Diktators Nicolae Ceausescu 1989 folgte nicht etwa die

> In die Freude über Macrons Sieg mischt sich Misstrauen

Machtübernahme durch die demokratische Opposition. Staatspräsident wurde der Altkommunist und Ex-Parteikader Ion Iliescu. Gegen die wirkliche Opposition schickte Iliescu gewalttätige, eigens herangekarrte Bergarbeiter ins Feld, die bei mehreren „Aufständen“, den sogenannten „Mineriaden“, brutal gegen Andersdenkende vorgingen. Iliescu denunzierte die Opposition als „faschistische Rebellen“, das Staatsfernsehen begleitete die Kampagnen mit entsprechender Propaganda. Die Rolle des gefürchteten Geheimdienstes Securitate bei den Operationen bleibt bis heute undurchsichtig.

Selbst die spektakuläre Hinrichtung Ceausescus und seiner berüchtigten Frau Elena erscheint vor diesem Hintergrund in einem anderen Licht. Musste der Diktator für immer verstummen, damit er nicht etliche, zu „Demokraten“ umgeschminkte alte Kader vor Gericht als Mittäter und Profiteure seines Regimes entlarven konnte? Dann wäre der finsterste Despot des ausklingenden europäischen Kommunismus nicht für seine Verbrechen gestorben, sondern für seine Verbrecher. *H.H.*

Preußische Allgemeine Zeitung

Wochenzeitung für Deutschland
Das Ostpreussenblatt

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Mensch & Zeit, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Die demografische Uhr tickt

Hier zu viele, dort zu wenige Wohnungen: Brandenburg muss dringend umsteuern



Im Berliner Speckgürtel sind Wohnungen nach wie vor knapp: Neubaugebiet im begehrten Kleinmachnow, südwestlich der Hauptstadt

Bild: pa

Berlin gewinnt zwar jedes Jahr neue Anwohner hinzu, viele Alteingesessene aber kehren der Stadt gleichzeitig den Rücken und ziehen ins Umland. Die Probleme Brandenburgs werden durch diese Entwicklung allerdings nur teilweise entschärft.

Forscher des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) warnen in einer Untersuchung davor, dass der Bauboom in Brandenburg in weiten Teilen am wirklichen Bedarf vorbeigehe, gleichzeitig werde an Orten, an denen tatsächlich Bedarf bestehe, zu wenig investiert. Laut der Studie besteht in Potsdam, Cottbus, Frankfurt (Oder) und den Regionen Oberhavel und Teltow-Fläming Wohnungsmangel.

In vielen ländlichen Regionen der Mark werden in den Augen des IW gemessen an der Bevölkerungsentwicklung dagegen zu viele Einfamilienhäuser neu errichtet. Als ein besonders drastisches Beispiel führt das Institut den Landkreis Ostprignitz-Ruppin an: Dort seien von 2011 bis 2015 202 Einfamilienhäuser entstanden, der tatsächliche Bedarf liegt nach der IW-Untersuchung bei nur 69 Wohnungen.

Die Forscher sehen damit neue Schwierigkeiten auf die betroffenen Regionen zukommen. Aus Sicht des IW verstärken die über den langfristigen Bedarf hinaus gebauten Häuser die Zersiedelung der Landschaften und die Verödung der Dorfkerne. Zu befürchten ist sogar eine Verstärkung der von den IW-Forschern aufgezeigten Fehlentwicklung. Die extreme Niedrigzinspolitik der EZB hat Baugeld sehr preiswert gemacht und forciert damit eine Fehllenkung von Kapital. Dazu kommt die Motivation von Kommunalpolitikern, durch das Ausweisen von Bauland neue Einwohner hinzuzugewinnen. Zudem scheint oftmals auch das Bewusstsein darüber schwach entwickelt zu sein, was an demografischen Problemen auf Brandenburg, aber auch auf ganz Deutschland zukommt.

Die östlichen Bundesländer haben durch Abwanderung seit der politischen Wende 1989/90 unterm Strich insgesamt rund 1,8 Millionen Einwohner verloren. Die Umbruchsituation in den 1990er Jahren hat in Brandenburg zudem die Geburtenzahlen massiv einbrechen lassen. Zeitweilig fiel die Reproduktionsrate der Bevölkerung auf einen Tiefstwert von 0,7 Kindern pro Frau zwischen 16 und 45 Jahren (1993).

> Berlin verliert Stück für Stück seinen deutschen Charakter

Die Effekte von Abwanderung und Geburtenknick werden noch durch eine Entwicklung verschärft, die Deutschland in den kommenden Jahren insgesamt prägen wird. Von 2020 an bis Mitte der 2030er Jahre werden fast alle Angehörigen der geburtenstarken Babyboomer-Jahrgänge in Rente gehen. Für Brandenburg heißt dies, dass bereits um das Jahr 2030 jeder dritte Bewohner älter als 65 Jahre sein wird. Damit wird der Bedarf an altersgerechten Wohnungen massiv steigen, allerdings auch das Überangebot an Einfamilienhäusern für Familien. Brandenburg wird allerdings nicht nur das Überaltern der Bevölkerung zu meistern haben. Auch die Entwicklung im sogenannten Speckgürtel rund um Berlin bietet für das Land zwar eine Chance, sie wirft aber auch Probleme auf.

Aus gutem Grund geht das Institut der Deutschen Wirtschaft von einem Investitionsbedarf in einigen Berliner Umlandkreisen aus. Die drastisch gestiegenen Mieten in Berlin würden weiterhin dafür sorgen, dass sich viele Berliner nach Wohnmöglichkeiten in Brandenburg umsähen.

Für einen Teil der Bevölkerung dürfte sich die Neigung zum Umzug noch durch die demografische Entwicklung in Berlin verstärken. Schon jetzt hat fast jeder dritte Bewohner der Hauptstadt einen Immigrationshintergrund. Nach Daten des Amtes für Statistik Berlin/Brandenburg aus dem Jahr 2015 beträgt der Immigrantenanteil in der Gruppe der Kinder unter 15 Jahren bereits 48 Prozent. Große Teile von Berlin werden Jahr für Jahr den Charakter einer deutsche Stadt weiter verlieren.

Wegen der Arbeitsmöglichkeiten wirkt der Speckgürtel um Berlin zudem auch als ein Magnet für die Bewohner von Brandenburgs Randregionen. Bei der Gestaltung dieser Entwicklung hat das Land allerdings wertvolle Zeit verschenkt. Die Planer unter Manfred Stolpe (SPD), Ministerpräsident von 1990 bis 2002, hatten zunächst das Konzept der dezentralen Konzentration verfolgt. Zu diesem Zweck hat die Politik gezielt Strukturen in den berlinfernen Randregionen gefördert.

Dabei hat sich zwar die Gründung der Universitäten in Cottbus und Frankfurt (Oder) als Glücksgriff erwiesen. Insgesamt blieb der erhoffte Wirtschaftsaufschwung in den Randregionen Brandenburgs aber aus. Mehr noch: Die Politik hat sich mehrmals in spektakuläre Großprojekte wie etwa den Lausitzring verrannt, die sich am Ende als veritable Fehlschläge entpuppten.

Wesentlich effektiver wäre es stattdessen gewesen, bereits in den 90er Jahren massiv in die Verkehrsanbindung der Berliner Umlandregionen durch S-Bahn und Regionalzugverbindungen zu investieren. Ein Umdenken der Landesregierung auf diesem Gebiet zeichnet sich erst jetzt ab, nach gut 25 Jahren. *Norman Hanert*

Zweierlei Marsch

Von Vera Lengsfeld

Berlin ohne Demos wäre wie Brot ohne Butter. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht diese oder jene Gruppe für ihre unveräußerlichen Rechte demonstriert. Man wundert sich manchmal, dass in dieser Stadt es den Berufstätigen immer noch gelingt, ihrer Arbeit nachzugehen. Schwer genug haben sie es, auf dem Weg hin und zurück ohne unnötige Aufenthalte durchzukommen. Am vergangenen Freitag gab es gleich vier Demonstrationen.

Die Islamisten hatten wieder zum alljährlichen Al-Quds-Marsch aufgerufen, auf dem der Wunsch nach Auslöschung Israels in den Berliner Sommerhimmel gebrüllt wird. Dieser Marsch findet seit Jahren unter dem Schutz der Meinungsfreiheit statt, obwohl er Hassparolen verbreitet, die, wenn sie von Nicht-Islamisten verkündet würden, zum sofortigen Verbot der Veranstaltung geführt hätten. Auffällig ist auch, dass unser Justizminister Maas, der sich leidenschaftlich dem Kampf gegen Hass verschrieben hat, der islamistischen Parolen gegenüber äußerste Zurückhaltung übt.

Einen Erfolg haben die beharrlichen Proteste der Freunde Israels erzielt: Während in den vergangenen Jahren tausende „Antizionisten“ auf den Beinen waren, denen wenige Israelfreunde gegenüberstanden, waren beide Parteien in diesem Jahr fast gleich stark. Offenbar hielten es die Al-Quds-Unterstützer nicht mehr für opportun, allzu sehr aufzutrumpfen.

Es gab wie immer zwei Aufrufe zur Gegendemonstration, weil die Linke nicht mit „Rechten“, dazu zählen mittlerweile konservative Israel-Unterstützer, gemeinsame Sache machen möchte. Während der Al-Quds-Marsch am Mittag absolviert wurde, sollte am Abend eine muslimische Demonstration stattfinden. Vom Gendarmenmarkt bis zum Brandenburger Tor sollte allen gezeigt werden, dass es einen muslimischen Protest gegen muslimischen Terror gibt.

Aufgerufen zu dem Ramadan-Friedensmarsch hatten nicht muslimische Verbände, sondern eine Initiative „Friedensmarsch für EINE Gesellschaft“. Statt der angekündigten 1500 kamen kaum hundert Menschen, etwa die Hälfte waren Nicht-Muslime.

Unter den Teilnehmern, so berichtete die Hauptstadtpresse, waren vor allem Frauen und junge Menschen, die auf Plakaten für gesellschaftlichen Zusammenhalt warben. Allerdings interessierte sich die muslimische Seite auffällig wenig dafür. Der Marsch sei außerdem ein „Zeichen des gegenseitigen Respekts, des friedlichen Miteinanders zwischen Muslimen und Musliminnen und Andersgläubigen“, hieß es im Demonstrationsaufruf. Auch dieses Ziel wurde aus Mangel an Beteiligung verfehlt. Nach der Pleite von Köln, wo 10 000 muslimische Demonstranten angekündigt waren und nur ein paar hundert kamen, war das die zweite Pleite beim Versuch zu beweisen, dass es muslimische Proteste gegen islamistischen Terror gibt.

Staatsgeld für Demo-Übung

Potsdam: Öffentlich gefördertes »Projekt« unterstützt G20-Protest

Auch in Brandenburg mobilisieren linksextreme Gruppen gegen den G20-Gipfel in Hamburg am 7. und 8. Juli. Nun ist bekannt geworden, dass staatliche Gelder in Brandenburg möglicherweise zur Vorbereitung dieser Proteste fließen.

Die brandenburgische Landtagsabgeordnete Saskia Ludwig (CDU), die in Potsdam als Direktkandidatin im September zum Bundestag kandidiert, hat dies öffentlich gemacht. Das linksalternative Projekt „Freiland“, das demnach 190 000 Euro jährlich aus der Steuerkasse erhält, richtet ein von der linken Jugendorganisation „Die Falken“ organisiertes „Demo-Training“ aus.

Die Veranstaltung soll den Jugendlichen angeblich friedliche Formen des Protestes vermitteln. „Freiland“-Chef Achim Trautvetter: „Dabei kann es zu Konflikten und Paniksituationen kommen. Gerade junge Menschen geraten dabei in Gefahr, sich selbst und andere zu gefährden oder sich strafbar zu machen ... Wir rufen zu friedlichen Protesten auf, und das Demo-Training ist dafür da, sich auf diesen gewaltfreien Protest vorzubereiten.“ Unterstützt wird das Ganze unter anderem von der DGB-Jugend und dem Landesjugendring.

> »Krawalltraining, finanziert durch die Landeshauptstadt«

Da nach bisherigen Erfahrungen als „friedlich“ angekündigte linke Protestveranstaltungen selten ohne Gewalt ablaufen, ist Andreas Schuster, Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP), besorgt. Aus seiner Erfahrung wisse er, dass es häufig bei derlei Schulungen nicht nur um friedliche Proteste gehe. Wenn es darum gehe, wie man Maßnahmen und Anordnungen der Polizei unterlaufen, die Auflösung einer Blockade verhindern oder sich der Videoüberwachung entziehen kann, handele es sich um „Demonstrationen außerhalb des Rechtsrahmens“.

Nachdem Ludwig sich nun mit der Angelegenheit beschäftigte, musste auch die Stadt Potsdam zu dieser Art Verwendung von Steuergeldern Stellung nehmen. Stefan Schulz von der Stadtverwaltung erklärte, die Stadt habe „Freiland“ darauf hingewiesen, dass Protestkundgebungen gewaltfrei zu erfolgen hätten. Allerdings hatte bereits 2016 bei „Freiland“ ein Demo-Training stattgefunden zum Thema „Wie blockieren wir am erfolgreichsten einen Naziaufmarsch?“. Dabei ging es offenbar um den „Erfolg“ und nicht um Gewaltfreiheit. Ludwig: „Ein Krawalltraining, finanziert durch die Landeshauptstadt. Das erklären Sie mal der Polizei.“ *Hans Lody*

Ärger übers Amt

Lange Wartezeiten sorgen für Verdruss

Nicht nur die Berliner müssen bei Behördengängen viel Geduld mitbringen, sondern offenbar auch die Bürger Potsdams. Wie die „Märkische Allgemeine Zeitung“ berichtet, wächst in der Landeshauptstadt Brandenburgs der Verdruss über lange Wartezeiten beim städtischen Bürgerservice.

Wie bereits in Berlin, soll es auch hier inzwischen manchmal Wochen dauern, bis Bürger einen Termin auf dem Amt erhalten. Zitiert wird in dem Bericht Stadtsprecher Stefan Schulz, der auf die Möglichkeit der Terminvereinbarung am Telefon verwies und die Hoffnung äußerte, dass „demnächst auch die Vielzahl unbesetzter Stellen besetzt werden“ kann.

Nur wenige Tage später wurde allerdings berichtet, dass die Stadt auch die Wartezeiten in ihrer Ausländerbehörde verkürzen will – unter anderem durch mehr Personal. Danach läuft bereits ein Einstellungsverfahren, mit dem freie Stellen in der Ausländerbehörde besetzt werden sollen. Die in der Stadtverordnetenversammlung vertretene linksalternative Fraktion „Die Andere“ hat wiederholt scharfe Kritik an der Ausländerbehörde geäußert und vor Kurzem angefragt, wie dort Wartezeiten verkürzt werden könnten.

> Werden Ausländer bevorzugt?

Dagegen warnt der Potsdamer AfD-Politiker René Springer vor der Gefahr einer Degradierung der Potsdamer zu Bürgern zweiter Klasse: „Der Service der Ausländerbehörde wird durch Verkürzung der Wartezeiten und zusätzliches Personal optimiert, während der übrige Teil der Bevölkerung beim Bürgerservice vor verschlossenen Türen steht und manchmal wochenlang auf einen Termin warten muss.“ *N.H.*

Asphalt gegen Krawall

Der häufige Gebrauch von Pflastersteinen als Wurfgeschosse gegen die Polizei in der Rigaer Straße in Berlin-Friedrichshain soll nun unterbunden werden. Friedrichshain-Kreuzbergs Baustadtrat Florian Schmidt (Grüne) will den Straßenbelag verändern. Das Kopfsteinpflaster soll verschwinden, die Straße asphaltiert werden. Auf dem Nachrichtendienst Twitter gab er bekannt, in der Straße werde jetzt „mit Asphalt nachgebessert“. Anwohner, die nicht zu den Krawallmachern gehören, und die Polizei befürworten die Umgestaltung. Kritik an der Maßnahme kam offenbar aus dem Hausbesetzer-Milieu: „Das ist des #Grünen Lösung. Wieso nicht unrepariert lassen? Würde in Fhain #rigaer gar nicht auffallen. Ihr habt doch einfach keine Kohle.“ Es fragt sich allerdings, ob die Asphaltierung der Rigaer Straße ausreicht. In der angrenzenden Samariterstraße und der nahen Liebigstraße sind weiterhin Pflastersteine „verfügbar“. *H.L.*

MELDUNGEN

Flüchtlinge helfen beim Überleben

Seoul – Von den über 30 000 nordkoreanischen Geflohenen in Südkorea sendet mehr als die Hälfte regelmäßig Geld zur Unterstützung ihrer zurückgelassenen Angehörigen nach Nordkorea. Nach Befragungen von Flüchtlingen in Seoul beträgt bei 63 Prozent von ihnen die Höhe der Zahlungen jährlich umgerechnet 1000 Euro. Man schätzt, dass die Gesamtsumme dieser finanziellen Hilfen durch die Flüchtlinge pro Jahr rund zehn Millionen Euro beträgt. Eine normale Familie im „Paradies Kim Jong-uns“ kann von 1000 Euro ein ganzes Jahr leben. Der Weg der Unterstützungszahlungen geht über Mittelsmänner in China, die das Geld – zumeist für eine „Gebühr“ von 15 Prozent – nach Nordkorea zu den Angehörigen schmuggeln. *F.W.S.*

»Kann Migranten nicht leiden«

Lampedusa – Die Bürgermeisterin der süditalienischen Insel, Giusi Nicolini (56), verliert ihr Amt. Bei Kommunalwahlen verlor sie gegen ihren Herausforderer, den zweifachen Ex-Bürgermeister Salvatore Martello. Giusi Nicolini hat in ihrer vierjährigen Amtszeit, so ihre Kritiker, Lampedusa in ein Einfallstor für Immigranten aus Afrika umgewandelt. Sie forderte offene Grenzen und die Akzeptanz der Masseneinwanderung nach Europa. Ihr Nachfolger Martello sprach sich deutlich gegen die Zuwanderung aus:„Ich kann es nicht leiden, wenn die Migranten überall herumlaufen.“ Nachgesagt wurde Giusi Nicolini auch, dass sie eher ein Medienphänomen sei und kaum auf der Insel präsent wäre. Sie wurde mit Menschenrechts-Preisen – unter anderem den Stuttgarter Friedenspreis – überhäuft und vom damaligen US-Präsidenten Obama empfangen. *FH*

Kurz will Mittelmeerroute schließen

Die Schlepperboote sollen aufgebracht und die Insassen nach Afrika zurückgebracht werden

Österreichs Außenminister Sebastian Kurz (ÖVP) setzte bereits trotz Kritik aus Brüssel und Berlin die Schließung der sogenannten Balkanroute durch. Die Initiative einzelner Nationalstaaten könnte nun auch die Massenimmigration über das Mittelmeer drastisch reduzieren. Nicht nur Rom reagiert skeptisch.

Der italienische Innenminister Marco Minniti hat unlängst mit den drei für die Massenzuwanderung nach Europa über das Mittelmeer wichtigen Transitländern Libyen, Niger und Tschad ein Abkommen unterzeichnet, gemäß dem Italien den Afrikanern bei der Sicherung ihrer Grenzen helfen will. Im Niger und im Tschad sollen mit finanzieller Unterstützung aus Rom zudem Asylsucherlager entstehen. Italiens Regierung will mit dem Abkommen offenbar die Möglichkeit schaffen, afrikanische Immigranten, die bereits in Italien gelandet sind, wieder nach Afrika zurückbringen zu können. Rom ist nämlich skeptisch, dass es gelingen könnte, die Immigrationsroute über das Mittelmeer vollständig zu schließen.

Erkennbar wird diese Skepsis an der Reaktion auf einen Vorstoß des österreichischen Außenministers Sebastian Kurz. Dieser hatte vor Kurzem einen Plan vorgelegt, der tatsächlich darauf abzielt, die Mittelmeerroute dicht zu machen. Nach den Plänen des ÖVP-Politikers sollen im Mittelmeer aufgegriffene Personen direkt in Aufnahmelager in Tunesien und Ägypten gebracht werden. Dort soll es nach den Vorstellungen des österreichischen Außenministers keine Möglichkeit geben, einen Asylantrag zu stellen. Zur Begründung führt Kurz an: „Das halte ich für falsch, weil wenn wir das machen, dann führt das ja zu einem Pull-Faktor, dass Menschen aus ganz Afrika nach Ägypten oder Tunesien aufbrechen.“ Nach den Vorstellungen des Außenministers sollen stattdessen Kriegsflüchtlinge direkt in den Krisengebieten für eine Aufnahme in Europa ausgewählt werden. Kurz will zudem auf unkooperative afrikanische Staaten, die sich weigern ihre Staatsbürger wieder aufzunehmen, den Druck erhöhen. Bereits im Jahr 2016 hatte Kurz im Zusammenspiel mit Slowenien und anderen Staaten die Schließung der Balkanroute erfolgreich umgesetzt. Wiens Vorgehen stieß seinerzeit auf scharfe Kritik aus Brüssel und Berlin.

Auch die aktuellen Plänen werden kritisiert. Skeptisch äußerte sich etwa der italienische Staatssekretär für Europa-Fragen, Sandro Gozi. Aus Sicht des Parteifreundes von Ministerpräsident Paolo Gentiloni kann man „im Mittelmeer keine Mauern aufbauen. Die Frage ist nicht, wie man die Einwanderungsströme stoppt, sondern wie man sie regeln kann.“

> Spanien ist mit der vom österreichischen Außenminister vorgeschlagene Methode bereits bei der Westafrikaroute erfolgreich

Innerhalb der in Wien amtierenden Großen Koalition haben die Pläne zur Schließung der Mittelmeerroute sogar für einen handfesten Krach gesorgt. Bundeskanzler Christian Kern (SPÖ) bezeichnete das Vorhaben seines Koalitionspartners als einen „populistischen Vollholler“ (völligen Unsinn). „Ich bin nicht gegen die Mittelmeerrouten-Schließung. Ich will nur eine Antwort haben, wie es geht. Das ist mein Punkt“, so der Bundeskanzler.

Tatsächlich wirft der Plan des Außenministers Fragen auf: Ägypten und Tunesien haben signalisiert, dass sie keine Asylzentren auf ihrem Gebiet wollen. Libyen muss derzeit als ein gescheiterter Staat gelten. Italiens Verhandlungen mit Niger und Tschad zeigen allerdings, dass in Afrika durchaus Kooperationspartner vorhanden sind.

Österreichs Außenminister kann sich zudem inzwischen auch durch Österreichs Generalstabschef Othmar Commenda bestätigt fühlen. Gegenüber der „Kronen Zeitung“ erklärte Commenda, aus militärischer Sicht könne man nahezu alle Asylsucherboote abfangen. „Innerhalb der EU verfügen bereits jetzt die meisten Mitglieder über die nötigen strategischen Mittel, um die Flüchtlingsrouten über den Seeweg zu kontrollieren – und die illegale Migration einzuschränken“, so Commenda. Das Mittelmeer werde schon jetzt ständig aus der Luft observiert, so der Generalstabschef. Die Bandbreite erstrecke sich dabei von fliegenden Radarstationen und Flugzeugen über Drohnen und Satelliten bis hin zu den Nachrichtendiensten. Österreichs oberster Militär erklärte zudem, die Rückführung der illegalen Immigranten in Schutzzonen an der nordafrikanischen Küste sei „kein militärisches, sondern ein politisches Problem“.

Tatsächlich existiert eine ähnliche Lösung auch bereits seit Jahren – und sie funktioniert. Die sogenannte Westafrikaroute via Kanarische Inseln war noch vor einigen Jahren einer der wichtigsten Wege für illegale Einwanderung nach Europa. Spanien und die EU schlossen allerdings mit Mauretanien im Jahr 2006 Abkommen zur Grenzsicherung und zur Rückführung illegaler Immigranten. Der spanischen Guardia Civil ist es zusammen mit mauretanischen Grenzschutzkräften seitdem gelungen, die Westafrikaroute weitgehend bedeutungslos werden zu lassen. In Mauretanien wurden zudem Asylsucherzentren aufgebaut. Bereits nach einem Jahr war die Zahl der Afrikaner, die über die Westafrikarouten nach Europa kommen wollten, drastisch gesunken. *Norman Hanert*



Bild: Manfred Werner / Tsui

Österreichs Generalstabschef Othmar Commenda konterte Zweifel an der Realisierbarkeit des Vorschlags seines Außenministers: „Das ist kein militärisches, sondern ein politisches Problem.“

Flüchtlinge und Kämpfer

Wie der Libanon unter dem Syrienkrieg zu leiden hat

Nicht nur Syrien, auch dessen kleiner Nachbar im Südwesten, der Libanon, ist schwer durch den syrienkrieg gebeutelt. Der Zedernstaat ist Zufluchtsort und Nachschublager für den Krieg im Nachbarland. Laut Zählungen der Vereinten Nationen hat die ehemalige Schweiz des Nahen Ostens mit ihren nur etwa 4,3 Millionen Einwohnern weit mehr als anderthalb Millionen Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen. Viele libanesische Orte, vor allem im Osten des Landes, werden von Flüchtlingslagern umgeben, die größer sind als sie selbst.

Immer wieder sind in den vergangenen Jahren mit den Flüchtlingen auch bewaffnete Kämpfer von Syrien aus nach Libanon eingedrungen. 2014 haben Kämpfer des Islamischen Staates (IS) und von Al Kaida in der vorwiegend sunnitischen Küstenstadt Tripoli einen Aufstand unternommen und einen Stadtteil unter ihre Kontrolle gebracht. Erst nach wochenlangen Kämpfen war es damals der libanesischen Armee gelungen diesen Aufstand unter hohen Verlusten niederzuschlagen. In der Folge war es immer wieder zu Kämpfen zwischen Soldaten und IS-Extremisten gekommen.

IS-Kämpfer griffen auch immer wieder die schiitische Hisbollah im Süden des Libanon an. Die Hisbollah hatte Tausende Kämpfer zur Unterstützung des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad nach Syrien geschickt, dem Gegner der radikalen sunnitischen Kämpfer, zu denen auch der IS gehört.

Der IS beherrscht bis heute einen Teil des Kalamun-Gebirges auf der Grenze zwischen Syrien und dem Libanon. Von dort aus hat der IS 2014 auf die Region Arsal im Libanon übergegriffen. Sogar eine Frau und ein Kind von IS-Kalif Abu Bakr al-Baghdadi hatten 2014 versucht, bei Arsal von Syrien aus in den Libanon zu flüchten. In Arsal leben auch 100 000 vorwiegend syrische Sunniten, die dort Zuflucht vor dem Syrienkrieg gesucht hatten. Mit den Flüchtlingen war 2014 auch der IS in den Libanon gekommen.

> Gefechte zwischen dem IS und der Al-Nusra-Front

Als es zu Gefechten mit der libanesischen Armee kam, entführte der IS etwa 30 libanesische Soldaten, vier davon wurden seitdem ermordet, 16 wurden gegen Lösegeld freigelassen, neun sind immer noch in der Hand des IS. Deshalb hat es die libanesische Armee wohl nicht gewagt, mit schweren Gerät gegen die IS-Terroristen auf libanesischen Territorium vorzugehen. Während der IS in dem vorwiegend sunnitischen Ort Arsal noch auf gewisse Sympathien gestoßen war, scheiterte sein Versuch, sein Einflussgebiet auf die vorwiegend von Christen bewohnten Orte Ras Baalbek und Al Qaa auszudehnen. Dort hatten sich nämlich nach der Eroberung von Arsal christliche Milizen gebildet, die zusammen mit der schiitischen Hisbollah die IS-Terroristen von einem weiteren Vorrücken abgehalten haben.

Mit dem IS waren 2014 auch Dschihadisten der Al-Nusra-Front in den Jurd von Arsal eingerückt. Diese versuchen nun, den IS aus dem Gebiet zu verdrängen. So kam es erstmals zu Gefechten, zwischen den beiden radikal islamischen Gruppen, die sich in Syrien schon seit 2014 viele Gefechte geliefert haben. Die alte Al-Nusra-Front versucht nun einen Vorteil aus der Defensive zu ziehen, in die der IS mittlerweile in Syrien und dem Irak geraten ist. Die libanesische Armee unter dem Oberkommando von General Joseph Aoun, einem Verwandten des libanesischen Staatspräsidenten, hat ebenfalls in die Gefechte eingegriffen und beide Gruppen mit schwerer Artillerie angegriffen. *Bodo Bost*

Mordserie in Kamerun

Bischof Bala der Diözese Bafia ist das jüngste Opfer

Der 58-jährige Bischof Jean Marie Benoît Bala der Diözese Bafia in Kamerun galt seit dem 31. Mai als vermisst. Er hatte sein Auto auf einer Brücke über einem Fluss abgestellt und in dem Wagen einen Brief mit bischöflichen Briefkopf hinterlassen mit dem Satz „Bin im Wasser“. Am 2. Juni wurde seine Leiche 90 Kilometer nördlich der Hauptstadt Yaounde im selben Fluss gefunden.

Medien berichteten zunächst, der Bischof habe Selbstmord begangen. Nach den ersten Ergebnissen der Autopsie, wurde dies jedoch ausgeschlossen. Erst am 10. Mai war der Rektor des Priesterseminars von Bafia, Pater Armel Collins Ndjama, in seinem Zimmer tot aufgefunden worden. Auch bei ihm sah es nach Selbstmord aus.

„Das ist ein weiterer Mord, und ein weiterer zu viel“, heißt es in der Erklärung der Bischofskonferenz Kameruns, die den Tod Bischof Balas mit anderen bisher ungeklärten Morden an Priestern und Ordensleuten in Verbindung bringt. „Wir haben das Gefühl, dass besonders der Klerus in Kamerun von verborgenen diabolischen Kräften verfolgt wird“, halten die Bischöfe fest. Zuvor war in lokalen Medien berichtet worden, der Bischof habe wenige Tage vor seinem Verschwinden einen Brief an den Apostolischen Nuntius geschrieben. Die Bischöfe fordern die Regierung auf, den Fall zügig aufzuklären, die Täter dingfest zu machen sowie für Sicherheit im Land zu sorgen, insbesondere auch für die Sicherheit des Klerus. Das Bistum Bafia liegt im Zentrum Kameruns und zählt damit nicht zum Einzugsgebiet der islamischen Boko-Haram-Terroristen im Nordwesten des Landes.

Angesichts der mysteriösen Mordserie, für die es kein erkennbares Motiv und keine Anzeichen gab und die seit Wochen die Öffentlichkeit Kameruns beherrscht,

> Seit 30 Jahren erschüttert die Serie das Land

stehen viele Menschen vor einem Rätsel. In den Medien taucht auch das Schreckgespenst der Zauberei und des Ritualmordes, die gerade in Afrika noch große Bedeutung und Wirksamkeit haben, wieder auf. Die Bischöfe wanden sich mit deutlichen Worten auch an die Medien und die Öffentlichkeit Kameruns. Sie forderten sie auf, sachlich und unter Wahrung von Anstand und Menschenwürde über den Fall zu berichten. Priester und Ordensleute leben in großer Angst. Angst beherrscht auch viele Gläubige. Die gesamte Kirche wird bedroht und blockiert.

Der erste brutal ermordete Geistliche in Kamerun war am 3. September 1991 Erzbischof Jean Yves Plumey von Garua, der 1946 die ersten Oblatenpriester in den damals noch überwiegend muslimischen Norden Kameruns geführt hatte. Papst Johannes Paul II. hat ihn bei seinem Besuch 1995 als Apostel Kameruns bezeichnet. Erzbischof Plumey, der als Franzose auch nach seiner Emeritierung als Bischof in Afrika geblieben war, war der einzige Ermordete, bei dem drei Täter verhaftet werden konnten. Es handelte sich um drei afrikanische Angestellte des Bischofs, aber ein Motiv konnten auch damals die Behörden trotz jahrelanger Ermittlungen nicht erkennen. Genauso wenig wie eine kirchliche Ermittlungsgruppe, die jahrelang dem Verbrechen auf dem Grund gehen wollte. Der Durchbruch der katholischen Mission im Norden Kameruns war der erste und bislang größte der katholischen Kirche in einem vom Islam beanspruchten historisches Territorium. Deshalb ist auch die Boko Haram jetzt wieder im Norden Kameruns aktiv geworden. Ob jedoch Islamisten hinter dem Mord an Erzbischof Plumey oder auch jetzt bei Bischof Bala stehen, ist reine Spekulation. *B.B.*

»Der größte Steuerskandal«

Mit dubiosen Geschäften wurde der deutsche Fiskus um zig Milliarden Euro gebracht

Jahrelang haben Börsenspekulanten unter Mithilfe von Banken und renommierten Anwälten den Fiskus um Milliarden gebracht. Ob die Vorgehensweise legal war, müssen nun Gerichte klären.

„Es ist der größte Steuerskandal in der Geschichte der Bundesrepublik", sagte Christoph Spengel, Wirtschaftswissenschaftler an der Universität Mannheim gegenüber der Wochenzeitung „Die Zeit". Im vergangenen Jahr wurde ein Untersuchungsausschuss des Bundestages einberufen, der unlängst seinen Abschlussbericht vorstellte. Die Antwort: Die sogenannten Cum-Cum oder Cum-Ex-Geschäfte seien rechtlich und moralisch verwerflich, der Politik könne man aber keinen Vorwurf machen.

Worum geht es eigentlich? Bei dem Cum-Cum-Modell hilft eine inländische Bank einem ausländischen Investor, eine Steuerrückzahlung zu bekommen, auf die dieser eigentlich keinen Anspruch hat. Der Gewinn wird zwischen den Beteiligten aufgeteilt. Durch diese Geschäfte sind dem Staat von 2001 bis 2016 mindestens 24,6 Milliarden Euro entgangen, rund 1,5 Milliarden Euro pro Jahr. Die Cum-Ex-Geschäfte laufen darauf hinaus, dass eine Steuer einmal abgeführt und doppelt oder noch öfter vom Fiskus zurückgefordert wird. Zwischen 2005 und 2012, als der Staat sie unterband, entstand ein Schaden von 7,2 Milliarden Euro, also gut einer Milliarde Euro pro Jahr. Insgesamt ist dem deutschen Staat ein Schaden von mindestens 31,8 Milliarden Euro entstanden, doch die Dunkelziffer dürfte höher liegen.

Viele Spuren führen in die USA, von wo aus Pensionskassen und Aktienfonds An- und Verkäufe getätigt haben. Deren Anwälte halten die Finanz-Spielchen für legal und verweisen achselzuckend auf das unklare deutsche Steuerrecht. Das Bundesfinanzministerium stufte die Transaktionen in seinem Bericht für den Untersuchungsausschuss dagegen „eindeutig als rechtswidrig" ein.

Auch Koalition und Opposition sprechen von illegalen Geschäften. „Das deutsche Steuerrecht bot in den Jahren 1999 bis 2012 zu keinem Zeitpunkt die Möglichkeit, eine einmal einbehaltene Kapitalertragsteuer in rechtmäßiger Weise mehrfach anrechnen beziehungsweise erstatten zu lassen", heißt es im Bericht: „Eine Gesetzeslücke hat insoweit nicht bestanden."

Der grüne Politiker Gerhard Schick war für seine Fraktion Obmann im Untersuchungsausschuss. Seine Bilanz fällt durchwachsen aus. Durch den Steuertrick hätten sich Banken und Investoren die lediglich einmal abgeführte Kapitalertragsteuer doppelt zurückerstatten lassen. „Das ist ein direkter Griff in die Staatskasse, den jeder normale Mensch als Betrug oder Diebstahl bezeichnen würde. Möglich wurde das, weil die Tür zur Staatskasse über Jahre offenstand und niemand den Trick bemerkte. Das ist der blanke Hohn", sagte der Finanzexperte und nahm Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) ins Visier. Der größte Teil des Schadens sei zwischen 2009 und 2011 entstanden. „Das hätte Schäuble verhindern können. Er hätte früh signalisieren können, dass die Geschäfte kriminell seien, und er hätte die Staatsanwaltschaft einschalten können." Stattdessen habe es drei Jahre gedauert, bis Cum-Ex unterbunden wurde und sieben Jahre bis zu einem Aus für ähnlich gelagerte Cum-Cum-Geschäfte.

> Der Bundestagsuntersuchungsausschuss hat seinen Abschlussbericht vorgestellt, aber die Legalität der Geschäfte ist noch ungeklärt

Tatsächlich hat das Finanzministerium 2012 die Behörden angewiesen, keine Steuervergünstigungen für solche Geschäfte mehr auszuzahlen. Bei den Cum-Cum-Geschäften dauerte es noch länger. Seitdem gibt es Klageandrohungen und erste juristische Scharmützel, die vor allem aus den USA angestrengt werden.

Der SPD-Finanzexperte Andreas Schwarz glaubt, „dass der objektive Straftatbestand der Steuerhinterziehung" erfüllt war. Der Ausschuss habe vor allem das kriminelle Netzwerk von Banken, Investoren und Beratern offengelegt. Diese hätten bewusst darauf verzichtet, die Zulässigkeit vorab mit den Finanzbehörden zu klären: „Stattdessen ließen sie sich die vermeintliche Rechtmäßigkeit der Geschäfte intern von Beratern oder Wissenschaftlern gutachterlich bestätigen." Schwarz betonte gegenüber dem Nachrichtensender NTV: „Größeren politischen Handlungsbedarf im Bund haben wir nicht erkennen können."

Völlig unklar ist nun, was dies bedeutet. Klar scheint jedenfalls zu sein, dass ein jahrelanger juristischer Krieg absehbar ist. Fordern die Finanzämter die Steuererstattungen zurück? Werden Banker, Berater und Gutachter möglicherweise in die Haftung genommen? Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht vermutet, dass etwa 40 deutsche Kreditinstitute involviert seien. Viele von ihnen seien kurz nach der Finanzkrise eingestiegen. Damals war der Saat willens, alles zu unternehmen, um die Banken zu retten, und schaute offenbar auch bei dubiosen Geschäften weg. Nach Recherchen der „Zeit" hat etwa die fast vollständig in Staatsbesitz befindliche HSH Nordbank im Jahr 2008 sowohl Staatshilfe beantragt als auch mit Cum-Ex-Geschäften begonnen. In ihrem Fall geht es laut interner Untersuchung um 112 Millionen Euro an Steuergewinnen.

Der Bundesverband Deutscher Banken gerät nun ebenfalls in Zwielicht. Er habe 2007 versucht, auf das Finanzministerium Einfluss zu nehmen, um die Cum-Ex-Modelle gesetzlich abzusichern. Schon fünf Jahre vorher ist man dort zu der Erkenntnis gelangt, „dass eine Aktie zwei Besitzer haben kann. Einen juristischen und einen wirtschaftlichen." Beide sollten demnach kassieren dürfen. Wirtschaftsprofessor Spengel spricht von „massiver krimineller Energie". Er setzt auf die Unabhängigkeit deutscher Gerichte. Die deutsche Finanzbranche stehe vor einem gewaltigen Umbruch. *Peter Entinger*



Bild: HSH Nordbank

Hat im Jahr 2008 sowohl Staatshilfe beantragt als auch mit Cum-Ex-Geschäften begonnen: Die HSH Nordbank

MELDUNGEN

Lange Arbeitstage erwünscht

Köln – Ziemlich fleißig sind die Deutschen. Zumindest hätten sie keine Lust auf eine 35-Stunden-Arbeitswoche. Das Meinungsforschungsinstitut YouGov mit Sitz in Köln ermittelte bei einer Umfrage unter 1200 Berufstätigen, dass sich 56 Prozent für einen Arbeitstag zwischen sechs und acht Stunden aussprechen. 18 Prozent hielten sogar zwischen acht und zehn Stunden für akzeptabel. Flexible Arbeitszeiten und ein Arbeitsplatz in den eigenen vier Wänden führen allerdings dazu, dass oft weit darüber hinaus gearbeitet werde. Auch das ergab eine Studie von YouGov. In diesem Fall klagten viele Befragte über Stress und Erschöpfung. *FH*

Zulassungspflicht für Makler

Berlin – Wohnimmobilienverwalter und Makler müssen zur Berufsausübung zukünftig Nachweis über ihre Qualifikation erbringen. Statt einer ursprünglich geplanten, vor einer Industrie- und Handelskammer abzulegenden Sachkundeprüfung genügt als Voraussetzung für die Zulassung nun eine Fortbildungspflicht von 20 Stunden, der innerhalb von drei Jahren nachzukommen ist. Die neue Vorschrift schließt auch Verwalter von Mietimmobilien ein. *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.006.873.883.441 €
Vorwoche: 2.006.837.798.907 €

Verschuldung pro Kopf:
24.420 €
Vorwoche: 24.420 €

(Dienstag, 27. Juni 2017, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Keine Staatsbürgschaften

Die angeschlagene Fluglinie Air Berlin sucht Wege aus der Krise

Die finanziell schwer angeschlagene Fluggesellschaft Air Berlin bekundet momentan kein Interesse an Staatsbürgschaften zur Sanierung. Air-Berlin-Chef Thomas Winkelmann begründete den Verzicht auf eine Absicherung von Krediten über eine Staatsbürgschaft mit Fortschritten bei der Restrukturierung des Unternehmens. So sollen Neuverhandlungen von Leasingverträgen Ersparnissen von 50 Millionen Euro bringen. Zudem will Air Berlin auch die Vertriebskosten senken.

Anfang Juni war öffentlich geworden, dass sich Air Berlin für Bürgschaften der Länder Berlin und Nordrhein-Westfalen interessiert. Laut Unternehmenschef Winkelmann hat es sich dabei nur um eine Voranfrage gehandelt, um alle Möglichkeiten auszuloten: „Wir haben jedoch zu keinem Zeitpunkt einen verbindlichen Antrag auf eine Bürgschaft gestellt und werden auch keinen Antrag stellen", so Winkelmann.

Vonseiten der Politik waren starke Bedenken gegen Bürgschaften deutlich geworden. Unter anderem hatte der FDP-Bundesvorsitzende Christian Lindner Vorbehalte gegen eine Bürgschaft des Landes Nordrhein-Westfalen signalisiert. Ganz direkt gegen Staatshilfen in der jetzigen Situation hatte sich die Flugbegleitergewerkschaft UFO ausgesprochen. Gegenüber der „Rheinischen Post" erklärte UFO-Tarifvorstand Nicoley Baublies, es stehe „nach Aussagen aller Beteiligten fest, dass Air Berlin nicht unabhängig bleiben kann und Lufthansa das Unternehmen übernehmen will".

Deutschlands größte Fluglinie scheint vorerst ihr Kaufinteresse verloren zu haben. Lufthansa-Chef Carsten Spohr erklärte unlängst, er sehe „aktuell" keine Übernahme von Air Berlin durch Lufthansa. Noch im Mai hatte Spohr die Erwartung signalisiert, dass Air Berlin vor einer Lufthansa-Übernahme durch den Großaktionär Etihad entschuldet werde. Die Schulden von Air Berlin werden mit rund 1,2 Milliarden Euro beziffert. Schon jetzt ist Lufthansa in Leasingverträge von Air Berlin eingestiegen und hat sogar Maschinen vom Konkurrenten gekauft.

Air Berlin steckt bereits seit dem Jahr 2008 in Schwierigkeiten, die sich mittlerweile zu einer existenziellen Krise zugespitzt haben. Im Jahr 2016 standen bei der Fluglinie unter dem Strich knapp 800 Millionen Euro an Verlusten. Zu den länger anhaltenden finanziellen Schwierigkeiten sind im Frühjahr nach dem Wechsel eines Dienstleisters auch noch Probleme mit der Bodenabfertigung auf dem Flughafen Berlin-Tegel hinzugekommen. Auch das Vorhaben eines Gemeinschaftsunternehmens zwischen der Air-Berlin-Tochter Niki und TUIfly war unlängst gescheitert. *Norman Hanert*



Air Berlin bald dauerhaft am Boden?: Maschine der Unternehmensflotte Bild: Andreas Wiese/airberlin

Parteiübergreifender Sumpf

Österreichs »Eurofighter«-Affäre zieht immer weitere Kreise

Schwere Anschuldigungen gegen frühere österreichische Regierungsmitglieder werden derzeit in einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss in Sachen „Eurofighter" erhoben. Gegenstand der Untersuchung ist die undurchsichtige Beschaffung neuer Kampfflugzeuge der zum Teil im Eigentum der EADS stehenden Eurofighter Jagdflugzeug GmbH für die österreichischen Luftstreitkräfte im Jahr 2002. Dabei sollen Schmiergelder von bis zu 100 Millionen Euro Höhe geflossen sein.

Der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses, der sicherheitspolitische Sprecher der Grünen Peter Pilz, warf am sechsten Befragungstag dem früheren Kanzler Wolfgang Schüssel von der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) „mögliche Verbindungen zu dubiosen Firmen" vor. Zudem wird dem früheren Wahlkampfleiter der von Jörg Haider 2005 gegründeten Partei „Bündnis Zukunft Österreich" (BZÖ), Gernot Rumpold, vorgehalten, bei der Beschaffung der „Eurofighter" überhöhte Zahlungen an seine Firmen erhalten zu haben.

Zu den bislang brisantesten Erkenntnissen des Untersuchungsausschusses zählt allerdings eine Zahlung des EADS-Lobbyisten Erhard Steininger an die Firma von Anna Maria Frühstück-Wolf in Höhe von 87600 Euro. Frühstück-Wolf ist die Ehefrau des Generalmajors Erich Wolf, eines Mitglieds der für die Bewertung der Flugzeug-Angebote zuständigen Kommission. Das Ehepaar Wolf und sein Trauzeuge Steininger bestreiten jeden Zusammenhang mit der Beschaffung der „Eurofighter". Gegen den mittlerweile suspendierten „Airchief" wurde bereits ein Disziplinarverfahren eingeleitet.

Doch auch sozialdemokratische Politiker wie der spätere Verteidigungsminister Norbert Darabos (SPÖ) waren im Ausschuss mit hochnotpeinlichen Fragen und Fakten konfrontiert. Zwar hatte Darabos im Jahr 2007 Möglichkeiten geprüft, aus dem unpopulären Geschäft wieder auszusteigen und die Flugzeuge abzubestellen, gelungen ist ihm aber lediglich der Vergleich vom 24. Juni 2007, der sich auf die Reduzierung der Stückzahl von 18 auf 15 beschränkte. Die Bedingungen der nach SPÖ-Wahlversprechen und aus Budgetnöten erfolgten Mengenreduktion sei katastrophal für den österreichischen Steuerzahler gewesen, so einer der zentralen Vorwürfe von Pilz. Zudem habe Darabos unterschrieben, dass der „Eurofighter"-Untersuchungsausschuss seine Arbeit bereits bis Ende Juni 2007 beende.

> Betroffen sind EADS, SPÖ, ÖVP, BZÖ und ein Generalmajor

Dieses Papier belastet laut Pilz auch den früheren SPÖ-Kanzler Alfred Gusenbauer massiv. „Was ist das für eine Demokratie, wenn der Verteidigungsminister einem Waffenkonzern per Unterschrift verspricht, dass Ermittlungen von Parlamentsabgeordneten, per Juni 2007' beendet werden?", fragte Pilz nach seiner Einsicht in das Vertragswerk.

Eine im Mai durchgeführte Hausdurchsuchung in dessen Wiener Büros belastet auch den früheren EADS-Lobbyisten Herbert W. schwer. Seit Längerem wird gegen den Wiener Kaufmann und andere Personen in München und Wien wegen des Verdachts der Bestechung und der Beihilfe zur Untreue über die Londoner Briefkastenfirma City Chambers Limited ermittelt. W. soll über City Chambers zwischen 2003 und 2009 rund acht Millionen Euro von EADS zur „Beeinflussung österreichischer Entscheidungsträger" erhalten haben, so die Staatsanwaltschaft München. *Michael Link*

Diskriminierung

Von Harald Tews

Es ist beschlossene Sache: Das Berliner Schloss erhält sein Kreuz. Es war ohnehin verschenkte Zeit, darüber zu debattieren, ob die Rekonstruktion der Schlosskuppel nach dem historischen Vorbild mit dem christlichen Symbol abgeschlossen werden soll (die *PAZ* berichtete). Wenn sich einige wenige Linke, die in der DDR atheistisch aufgewachsen sind, daran stören, dann muss man darum kein großes Aufhebens machen.

Interessant hingegen ist, dass sich so mancher an christlichen Symbolen stört, nicht aber an muslimischen Gotteshäusern. Nach der Logik würden Kirchen spalten, aber Moschen einigen. Die Berliner zermartern sich die Köpfe über Bagatellen wie das Kuppelkreuz, feiern aber jüngst die Eröffnung einer liberalen Moschee, in die keiner hingeht.

Es ist offenkundig so, dass die Multikulti-Fans für alles offen sind, außer für die eigene Kultur. Diese wird verachtet, während alles Fremde in blinder Verehrung hofiert wird. Hätte man den islamischen Halbmond auf dem Schloss errichtet, hätte es von diesen Toleranz-Enthusiasten keine Proteste gegeben. Es ist weniger die echte Begeisterung für das Fremde an sich, was sie aus ihren Höhlen lockt, sondern die Diskriminierung der eigenen christlichen und kulturellen Werte aus diffusen Schuldgefühlen heraus.

Fußball korrekt

Von Frank Horns

Etwas Schreckliches ist dem sensiblen Autor dieser Zeilen aufgefallen. Seit Jahr und Tag treten unsere Fußballer unter einer politisch völlig unkorrekten Bezeichnung an: Wird denn niemandem sonst tiefbraun vor Augen wenn er hört, dass die „Deutsche Nationalmannschaft“ auf dem Platz erscheint so wie derzeit beim Confed-Cup in Russland?

National bedeutet, so sagt es der Duden, „eine Nation betreffend“. Schlimm, schlimm, denn da sind wir – das verrät wiederum Wikipedia – „bei Menschen, denen gemeinsame Merkmale wie Tradition, Sitten, Bräuche oder Abstammung zugeschrieben werden“. Voraussetzung für den Nationalstaat ist gar eine sprachliche, kulturelle oder ethnische Homogenität. Wer Nation sagt, schließt also praktisch all die wunderschönen Bereicherungen der letzten Jahre aus: Kurdische Clans, Salafisten, Antanzen und hunderttausende orientalische Hartz-Vier-Empfänger.

Ein Gegenvorschlag muss her: Unsere Fußballer nennen sich ab sofort „Mannschaft einer Bevölkerungsgruppe in Zentraleuropa“ (Mebiz). Da wir selbstverständlich trotzdem auf ewig zu den deutschen Untaten der Vergangenheit stehen, tritt die Mebiz nur als Zehnerteam ohne Torwart an.

Natürlich wird diese glänzende Idee auf Wiederstand stoßen. Aber der Staat wird darauf vorbereitet sein: Jeder, der sich kritisch äußert, ist offensichtlich ein Nazi. Sein Facebookauftritt wird gelöscht, sein Konto gesperrt, sein Job gekündigt, sein Führerschein eingezogen. – So macht der Fußball wieder Spaß!

Linker Terror

Von Hermann Paul Winter

Linke Gewaltexzesse sind in Deutschland längst alltäglich. Das hat seinen Grund nicht zuletzt darin, dass sie von Teilen der Politik hingenommen oder bagatellisiert, in einigen Fällen gar gefördert werden.

Indes der Bundesjustizminister den Kampf gegen „Rechts“ (was immer das sein mag) zum zentralen Ziel seiner Politik erkoren hat und die Augen vor linker Gewalt verschließt, verharmlost die „Zukunftshoffnung“ der SPD, Manuela Schwesig, den Linksextremismus unverblümt. Beim Linksextremismus handele es sich um ein aufgebauschtes Problem, ließ sie 2014 wissen. Eilig revidierte sie die von ihrer Vorgängerin gegen die Linksextremen eingeleiteten Maßnahmen. Diese seien ins Leere gelaufen und hätten lediglich „die Gräben vertieft“.

„Die Bekämpfung von Rechtsextremismus liegt mir am Herzen, seit ich politisch tätig bin.“ Diese Herzensangelegenheit erklärt das voreingenommene und einseitige Handeln Schwesigs. Es verwundert also nicht, dass sie das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ vornehmlich dem Kampf gegen „Rechts“ widmet und die Mittel hierfür 2017 auf 100 Millionen verdoppelt hat. Zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich gegen „Rechts“ engagieren, sollen gefördert werden. Dass die Demokratie insbesondere auch von den Linken massiv gefährdet wird, ignoriert das Programm. Es bietet Opfern rechter Gewalt eine „Opferberatung“ an, die zahllosen Opfer linker Gewalt gehen leer aus. Darüber, wem Schwesigs Gelder im Einzelnen zufließen, befindet sie mit einem erlauchten Kreis genehmer Experten. Dass hierbei „Staatsknete“ auch in linksextreme Kreise wandert, liegt auf der Hand.

> Es ist an der Zeit, das Kind beim Namen zu nennen

Im stillen Einvernehmen mit der Herzensangelegenheit Schwesigs finden die linksextremen Gewalttaten in den Medien, insbesondere in den von Zwangsgebühren finanzierten Rundfunkanstalten, beschämend wenig Resonanz, geschweige denn Verurteilung.

Teile der Bundesregierung bagatellisieren die linke Gewalt, nicht zuletzt unter dem Einfluss linksradikaler Ideologen. Wo ein solches Klima der Verharmlosung besteht, dürfen Linksextreme sich zu ihren Gewalttaten legitimiert sehen.

Der Begriff Terror wird unterschiedlich definiert. Als Gewalttat etwa, die mit Bombenanschlägen und Morden einhergeht. Oder, vom lateinischen Wort „terror“ (Schrecken) abgeleitet, als systematische Verbreitung von Angst und Schrecken durch ausgeübte oder angedrohte Gewalt, die das Ziel hat, Menschen gefügig zu machen.

Von diesen Definitionen trifft zumindest letztere auf die von den Linksextremisten ausgehenden Straftaten zu. Es ist also an der Zeit, das Kind beim Namen zu nennen und diese Ausprägung der Gewalt als Terror einzustufen.



Verharmlost den Linksextremismus unverblümt: Manuela Schwesig

Bild: Imago

Gegenwind



Die Frage ist noch lange nicht beantwortet

Von Florian Stumfall

Wer in einem fremden Land wohnt, dort tätig oder gar politisch tätig ist, tut gut daran, sich an die dortigen Gesetze zu halten. Dazu gehört auch, dass man zugesteht, dass diese Gesetze von den Autoritäten des Gastlandes gemacht werden, nicht von jenen, die das Gastrecht genießen. Im Glauben an die Plausibilität dieses Gedankens hat Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán seinem Parlament ein neues Gesetz vorgelegt, das strengere Regeln für Nichtregierungsorganisationen (NRO) festlegt. Das Parlament stimmte zu, die Neuregelung ist also in Kraft.

Nun gilt also in Ungarn, dass sich ausländische NRO gerichtlich registrieren lassen und ihre ausländischen Geldgeber namhaft machen müssen. Des Weiteren gilt ab sofort, dass alle Publikationen solcher NRO den Hinweis „auslandsgeförderte Organisation“ zu tragen haben. Dabei gilt eine Untergrenze. Wer weniger als jährlich 24 000 Euro an Hilfsgeldern aus dem Ausland bezieht, ist von der Vorschrift ausgenommen.

Eine durchaus verständliche Regelung, möchte man meinen. Welcher Staat kann wollen, dass ausländische Organisationen mit trüben Geldquellen im eigenen Land tun und treiben, was ihnen in den Sinn kommt? Doch was Orbán tut, wird in der EU unbesehen mit größtem Misstrauen aufgenommen. Er hat sich die weiße Weste des unkritischen Brüssel-Vasallen schon lange dadurch beschmutzt, dass er wiederholt ausgelotet hat, was denn seinem Ungarn innerhalb der EU an Souveränitätsrechten noch verblieben ist. Andere Staatsführer scheint diese Frage nicht zu bewegen, Orbán schon.

So kann es nicht verwundern, dass als Erstes das Europäische Parlament das neue ungarische Gesetz kritisiert hat. Ihm folgte umgehend die Venedig-Kommission des Europarates, die Staats- und Verfassungsrechtler in ihren Reihen vereint, zwar prominent, aber ohne weitere demokratische Legitimation. Das Gesetz, so wurde geklagt, sei geeignet, Kritiker der Regierung mundtot zu machen. Zwar ist unerfindlich, wie es Aufgabe ausländischer Aktivisten sein kann, die Regierung des Gastlandes zu kritisieren, aber der Vorwurf klingt gut, weil er gegen Orbán gerichtet ist. Dieser Vorhaltung schlossen sich denn auch sofort die üblichen System-Medien an, Der österreichische „Standard“ klagt, dies sei „kein guter Tag für die Demokratie“. Man weiß auch genau, warum. Das Gesetz orientiere sich an russischen Vorbildern. Ja dann – somit ist jede weitere Argumentation überflüssig.

> **Die Kolumne**: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Nun mag man sich zwar wundern, aber mit diesem letzten Totschlag-Hinweis hat der „Standard“ sogar recht. Nur – eben nicht ganz. Denn die einschlägige Gesetzeslage in Russland wurde ihrerseits in Anlehnung an die Regelungen in den USA geschaffen, und jetzt haben alle Transatlantiker ebenso wie alle EU-Loyalisten ihre liebe Mühe, zu erklären, warum in Russland und Ungarn so verworfen sein kann, was aus der Schmiede der Demokratie und des Rechtsstaates, den USA, übernommen worden ist. Dort heißt das Gesetz „Foreign Agents Registration Act“, und jeder kann das nachlesen.

Dass sich der Streit um die Nichtregierungsorganisationen wieder einmal in Ungarn entfacht hat, liegt nicht zuletzt daran, dass vor nicht allzu langer Zeit ein anderer, vergleichbarer Zwist ausgetragen wurde. Es ging um die „Central European University“ in der ungarischen Hauptstadt Budapest. Das Misstrauen gegenüber dem Namen in englischer Sprache bestätigt sich sofort, wenn man weiß, dass der Ideengeber, Gründer und Finanzier dieser Universität niemand anders ist als der gebürtige Ungar George Soros, damals noch György Schwartz, Hedgefonds-Manager und Spekulant mit Milliarden-Vermögen und besten Verbindungen zum IWF, politischer Agent im Weltformat und eine der ganz wichtigen Gestalten in den Reihen der Baumeister der Neuen Weltordnung.

Man darf getrost annehmen, dass der Ungar Orbán dem Ungarn Soros tief in die Seele blickt. Und Orbán müsste mit sträflicher Dummheit geschlagen sein, wenn er nicht wüsste, dass des NRO-Chefs Soros heißer Wunsch es ist, ihn, Orbán, von der Macht in Ungarn zu verjagen. Da aber Orbán so dumm nicht ist, dürfte der Zwist zwischen beiden weiterhin über die sachliche Frage hinaus einen unangenehm persönlichen Charakter behalten.

Dabei weiß Orbán sehr wohl, dass er sich mit einer der mächtigsten Organisationen der Welt anlegt. Dass sich das Europäische Parlament und hier besonders die Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP), der Orbáns Partei Fidesz angehört, auf die Seite des Strategen Soros geschlagen hat, dürfte diesem wohl gefallen, indes nicht merklich stärken; denn die Politiker brauchen ihn, nicht umgekehrt.

Am Beispiel des „Center for Public Integrity“ (CPI) wird deutlich, wie vernetzt Soros’ höchsteigene NRO „Open Society“ ist. Im CPI finden sich zusammen die Ford-Stiftung, das Carnegie Endowment, der Rockefeller Familiy Fund, die W. K. Kellogg Foundation und eben die Open Society des George Soros. Mit die größten Namen des US-Kapitalismus vereinen sich in einer Gruppe, die zudem und selbstverständlich aufs engste mit der CIA verzahnt ist. Selbstgestellte Aufgabe ist ein „investigativer Journalismus“, das heißt in Klarsprache, man teilt um der Glaubwürdigkeit willen einige der eigenen Lumpereien der Öffentlichkeit mit, um die anderen umso leichter unterdrücken zu können.

> **Der Autor**: Florian Stumfall ist ein christsoziales Urgestein. Unter anderem war der 1943 geborene promovierte Politikwissenschaftler ein Vierteljahrhundert lang Redakteur beim „Bayernkurier“. In mehreren Büchern hat er das Zeitgeschehen aus konservativer Weltsicht aufs Korn genommen.

Mehr im Dunkel verbleiben auch Einzelheiten der von den USA inspirierten Gesetze zu den ausländischen Akteuren in Russland. Da so gut wie alles, was in der Politik geschieht, von persönlichen Interessen beeinflusst wird, spielte für Soros eine erhebliche Rolle, wie Russlands Präsident Wladimir Putin schon bald nach seinem Amtsantritt mit den Vertretern großer ausländischer Konzerne verfuhr. Diese hatten die russische Wirtschaft fest im Griff und Putin war entschlossen, das zu ändern, was ihm auch gelang. In der großen Auseinandersetzung zwischen Putin einerseits und den ausländischen Großinvestoren, einschließlich Soros, sowie dem IWF andererseits scheint Soros sehr viel Geld verloren zu haben. Das hat die ohnehin bestehenden Fronten verfestigt.

Was nun wiederum Ungarn angeht, so erhebt Präsident Orbán gegenüber Soros einen weiteren Vorwurf. Dieser würde „vor der Öffentlichkeit verborgen und mit den Mitteln seiner ungarischen Organisationen sowie enormen Geldern die illegale Einwanderung“ fördern. Damit rückt der Streit um die ausländischen Stiftungen ins zweite Glied. Da sich Ungarn, wie andere osteuropäische Länder auch, vehement gegen eine unerwünschte Zuwanderung wehrt und sich deshalb auch mit Brüssel anlegt, müssen die Verantwortlichen in Budapest ein solches Treiben als Unterhöhlung der Staaten-Feste verstehen.

Soros, so Orbán, führe in Ungarn „zahlreiche, als zivile Vereine getarnte Lobby-Organisationen“, und unterhalte „ein richtiges Netzwerk mit eigenen Sprechern, eigenen Medien, vielen hundert Menschen und einer eigenen Universität“. Womit deren Funktion in neuem Licht erscheint.

Im Zuge des Vertragsverletzungsverfahrens, das Brüssel wegen des ungarischen Hochschulgesetzes, das heißt: Soros’ wegen, eingeleitet hat, hat Orbán einige Restriktionen zurückgenommen. Aber die Frage ist noch lange nicht beantwortet, ob er die Existenz seines Landes, wie er und seine Mehrheit es sehen und bewahren wollen, der Mitgliedschaft eines ungarischen Abklatsches bei der EU vorzieht.

Es geht auch ohne Bolero

Beim diesjährigen Schleswig-Holstein-Musik-Festival dreht sich (fast) alles um Maurice Ravel

In seiner diesjährigen Saison stellt das Schleswig-Holstein-Musik-Festival den französischen Komponisten Maurice Ravel ins Zentrum seines Programms und widmet dem israelischen Mandolinenvirtuosen Avi Avital das Solistenporträt 2017.

„Er möchte Brücken zwischen der Musik und den Menschen bauen“, schwärmt SHMF-Intendant Christian Kuhnt über den 38-jährigen Solisten mit Wohnsitz in Berlin. „Er hat eine ausgeprägte kommunikative Kraft und möchte, dass die Mandoline aus ihrem Schattendasein gerissen und genauso ernst genommen wird wie die Geige oder das Klavier. Das hat er bereits eindrucksvoll vor zwei Jahren beim Festival bewiesen“, erläutert der Festivalleiter.

In insgesamt 20 Konzerten stellt Avital sein Instrument in all seinen Facetten vor, unter anderem in einem genreübergreifenden Abend mit dem Jazz-Bassisten Omer Avital und drei Soloabenden. In den Projekten „Between Worlds“ und „Ponte Vecchio“ spürt er gemeinsam mit anderen herausragenden Musikern der Verbindung von klassischer Musik und Volksmusik nach.

Ebenfalls im Zentrum steht der französische Komponist Maurice Ravel, dessen überschaubares Werk in rund 60 Konzerten beleuchtet wird – auch von Weltstars wie gleich zur Eröffnung am 1. Juli der französischen Pianistin Hélène Grimaud, die mit dem NDR-Elbphilharmonie-Orchester unter Thomas Hengelbrock in der Lübecker Musik- und Kongresshalle auftreten wird. Aber auch Geigerin Anne-Sophie Mutter, Gitarrist Pepe Romero, die Labeque-Schwestern am Klavier und Christoph Eschenbach am Dirigentenpult kümmern sich um Ravel. Etliche große, internationale Orchester werden ebenfalls erwartet.

„Während einem breiten Publikum beim Namen Ravel reflexartig der ‚Bolero‘ einfällt, tut sich bis auf wenige Ausnahmen seine Musik auf deutschen Konzertpodien schwer. Wir wollen den Gründen hierfür ebenso nachspüren wie den spannenden und bahnbrechenden Klangkosmos seiner Werke vorstellen“, erläutert Kuhnt den diesjährigen Komponistenschwerpunkt. Ravel habe „nur erstklassige zeitlose Meisterwerke hinterlassen“.


Markenzeichen des SHMF: Musik auf dem Lande Bild: Olaf Malzahn

Das Programm der 32. Auflage des SHMF stellte Intendant Kuhnt im Februar auf der Bühne des Konzertsaales der Musik- und Kongresshalle Lübeck vor – sicherlich ein Signal der Erleichterung, dass dieser Saal nach der Sanierung seit Ende April wieder zur Verfügung steht. Auch die Hamburger Elbphilharmonie bespielt das SHMF in insgesamt neun Konzerten.

Die Reihe „Luustern“ präsentiert Stars abseits der Klassik. In diesem Jahr mit dabei: das Multitalent Ulrich Tukur und seine s w i n g e n d e n Rhythmus Boys, die Hamburger Liedermacherin Anna Depenbusch, der ehemalige Supertramp-Sänger Roger Hodgson, die Gustav-Peter- Wöhler-Band mit überraschenden Neuversionen bekannter Hits, der musikalische Tausendsassa Chilly Gonzales, Axel Prahl und „Das Inselorchester“, 60er-Jahre-Ikone Esther Ofarim, die Berliner Kultband 17 Hippies, Klavierkabarettist Bodo Wartke und das beliebte Puppentheater Familie Flöz.

> Ulrich Tukur zu Gast beim Klassik-Festival

Hinzu kommen die „Musikfeste auf dem Lande“, die klassische Musik in ungezwungener Atmosphäre präsentieren. Auf den schönsten Gutshöfen des Landes können Besucher die Musik mit ausgedehnten Picknicks verbinden. Auch in diesem Jahr öffnen Emkendorf, Hasselburg, Pronstorf, Stocksee und Wotersen ihre Tore. Ganz auf Familien zugeschnitten ist sind Angebot der Kindermusikwerkstatt sowie die Kindermusikfeste, die Musik zum Mitmachen anbieten.

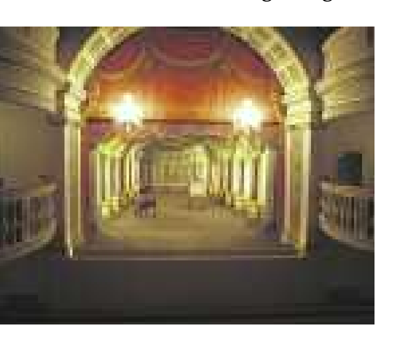
In guter Tradition eröffnet und beschließt das NDR-Elbphilharmonie-Orchester den Festivalsommer. Steht die Eröffnung im Zeichen von Ravel, so stehen beim Abschlusskonzert am 27. August in der Sparkassen-Arena in Kiel gleich zwei moderne Klassiker auf dem Programm: Lutosławskis spektakuläres „Konzert für Orchester“ und Carl Orffs „Carmina Burana“. Am Pult steht in diesem Jahr der Erste Gastdirigent des Orchesters, der Pole Krzysztof Urbanski.

Für 193 Konzerte, zusätzlich fünf „Musikfeste auf dem Lande“ und zwei Kindermusikfeste, die in 63 Orten an 107 Spielstätten in Schleswig-Holstein, Hamburg, im Süden Dänemarks und im Norden von Niedersachsen veranstaltet werden, stehen rund 190000 Eintrittskarten zur Verfügung. Die wollen erst einmal verkauft sein, um das Haushaltsbudget von 9,2 Millionen Euro am Ende wieder ausgleichen zu können. Abgesehen davon kann sich das Festival auf Sponsorenverträge und einen Zuschuss von 1,233 Millionen durch das Land Schleswig-Holstein stützen. *Andreas Guballa*

Vollständiges Programm und Buchungen im Internet unter www.shmf.de. Telefonische Buchungen bei der Kartenzentrale unter (0431) 237070.

Titania beim Ekhof-Festival

Shakespeares „Sommernachtstraum“ eröffnet am 30. Juni das Festival in dem ältesten Barocktheater, das noch erhalten ist. Das Gothaer Ekhof-Festival wird bis zum 26. August in jenem Theater veranstaltet, das nach dem Schauspieler benannt ist, der lange Zeit die Bühne geleitet hat: Der in Hamburg geborene Hans Conrad Dietrich Ekhof gilt als „Vater der deutschen Schauspielkunst“ und leitete in den 1770er Jahren die barocke Bühne, die samt Fürstenloge und etwa 175 Zuschauerplätzen im Westturm des Gothaer Schlosses Friedenstein untergebracht ist. Museumsreif ist dabei die ausgeklügelte Bühnenmaschinerie, über die man Kulissen manuell mit Seilzügen bedient. Für Oberon, Titania, Puck und Zettel – die Gestalten aus dem „Sommernachtstraum“ – ist es eine ideale Bühne für ihren Liebeszauber. Während der Festivalzeit sind sie jeden Freitag und Sonnabend um 19 Uhr zu sehen. Daneben stehen Konzerte und Lesungen auf dem Programm. Ein barockes Festkonzert mit der Thüringen Philharmonie Gotha auf dem Schlosshof sowie ein Feuerwerk beschließen das Festival. *tws*


Wie ein Gemälde: Bühne des Ekhof-Theaters Bild: tws

Programm: www.ekhof-festival.de

Kampf der Orgeltitanen

Bei der ION, der Orgelwoche in Nürnberg, wird für Luther gespielt

Allerorten breitet sich das Reformationsjubiläum aus. Am 30. Juni erreicht es nun auch Nürnberg, wo das diesjährige Orgelfestival ION nicht achtlos an Martin Luther vorübergehen kann. Unter dem Thema „re:format:ion“ erkundet die Internationale Orgelwoche bis zum 9. Juli unterschiedliche Lesarten, Bedeutungen und musikalische Klänge der Reformation.

Eine Ende März uraufgeführte Auftragskomposition des Chors des Bayerischen Rundfunks eröffnet als Nürnberger Erstaufführung die ION am 30. Juni in St. Sebald: Wolfgang Rihms „Missa brevis“ befragt altehrwürdige Traditionen geistlicher Musik neu. Sie trifft auf Josquin de Préz’ „Missa Pange Lingua“, auf Komponisten der frühen Neuzeit wie Heinrich Schütz, Michael Praetorius und Balthasar Resinarius sowie auf Martin Luthers Choräle aus dem Achtliederbuch. Mit dabei sind der von Chefdirigent Howard Arman geleitete Chor des Bayerischen Rundfunks, die Capella de la Torre unter Katharina Bäuml und Mitglieder des Vocalconsort Berlin.

Tags darauf, am 1. Juli, prägt die ION mit gleich drei Veranstaltungen das Bayerische Reformationsfest in Nürnberg mit: Das Hathor-Consort, das Ensemble tasto solo, Mitglieder des Vocalconsort Berlin und die Capella de la Torre bringen in einem von Folkert Uhde moderierten Konzert in St. Egidien die Klangfarbenpracht der „Nürnberger Reformationszeit“ zum Leuchten. „Matthäus. Passion“ erzählt Bachs Passionswerk neu, aus einer speziell jüdischen Perspektive. Das musikalisch-szenische Projekt (weitere Aufführung am 5. Juli) ist eine Kooperation mit dem Staatstheater Nürnberg, dem Bachchor St. Lorenz und der Hochschule für Musik Nürnberg (St. Lorenz).

Neben dem „Orgel.Wett.Streit“, bei dem auch die Zuschauer mitentscheiden dürfen (2. Juli in St. Sebald), ist ein weiterer Höhepunkt das „Magnificat! – Ein Fest für Pachelbel“ am 4. Juli. Dabei erklingen viele Werke des wichtigsten protestantischen Musikers Nürnbergs erstmals seit 300 Jahren wieder am Ort ihrer Uraufführung.


Meister an der Orgel: Sebastian Kuechler-Blessing Bild: ION

Die „IONacht“ verwandelt am 7. Juli Nürnbergs Innenstadtkirchen und das Rathaus wieder in ein verwunschenes Musiklabyrinth. Dabei geht es von Bach bis Arvo Pärt. Es erklingt Kammermusik von Georg Philipp Telemann zu dessen 250. Todestag (siehe *PAZ* vom 23. Juni), und auf den Lorenzer Orgeln improvisiert David Franke zum Stummfilm „Martin Luther“ (Nürnberg 1927). Als krönenden Abschluss bittet die ION alle Nachtschwärmer zur großen Abschluss-Party in die ION-Lounge in der Ehrenhalle des Rathauses.

Am 9. Juli beschließt mit Heinrich Schütz’ „Geistlicher Chormusik, 1648“ eines der einflussreichsten und bis heute am häufigsten gesungenen Motettenwerke der protestantischen Kirchenmusik die ION 2017. Aufgeführt wird es in St. Sebald von dem Schweizer Ensemble Gli Angeli Geneve und Solisten aus dessen Reihen.

Auch das Rahmenprogramm ist facettenreich: Es gibt wieder Klangproben (3. bis 6. Juli), Mittagskonzerte (3. bis 7. Juli), „Orgel zum Anfassen“ (8. Juli) und verschiedene Gottesdienste. Die ION, die bereits seit 1951 ausgetragen wird und weltweit zu den ältesten und bedeutendsten Musikfesten für geistliche Musik zählt, hat sich inzwischen auch dank eines internationalen Publikums zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor der Metropolregion Nürnberg entwickelt. *H. Tews*

Karten gibt es online bei www.reservix.de, Programminfos unter: www.ion-musica-sacra.de

Superheldinnen

Kinos kommen auf den Geschmack der Frauen

Die Kinos werden gerade von einer Frauenwelle erfasst. Aktuell fegt eine emanzipierte „Wonder Woman“ jede Machotradition beiseite, die Batman & Co. einst errichtet haben. Auch in dem Politthriller **Die Erfindung der Wahrheit**, der am 6. Juli in den Kinos anläuft, steht eine Superheldin im Mittelpunkt, die statt mit Waffen mit ihrem weiblichen Intellekt kämpft. Jessica Chastain spielt darin die Lobbyistin Elizabeth Sloane, die in Washington gegen die Interessen der Waffenbefürworter antritt. Daraus entwickelt sich ein Actionfilm, nur mit dem Unterschied, dass er ohne Waffen ausgetragen wird.


Bild: UniversumFilm

Harte Nuss: Sloane (J. Chastain)

Um ihr Ziel zu erreichen, geht Elizabeth skrupellos über Leichen. Sie sieht wie ein Schachspieler die Züge ihrer Gegner messerscharf voraus, geht rechtzeitig auch mit illegalen Mitteln in Deckung und setzt nach Finten, die häufig bar jeder Wahrscheinlichkeit sind, zum finalen Todesstoß an. Man muss sich diesen Thriller spiegelverkehrt denken, um ihn glaubwürdig zu finden, denn er ist so etwas wie „Lethal Weapon“ mit Frau und Verstand statt Kerl und Knarre.

Chastain verkörpert als knallharte Lobbyistin im Hosenanzug eine im Prinzip männliche Rolle. Sie hat – platt ausgedrückt – Eier in der Hose. Männer kommen für sie nur für Gelegenheitssex infrage. Gibt es Nebenrollen? Ja, aber die sind zu vernachlässigen. Trotz ihrer zerbrechlichen Figur trägt Chastain allein diesen Film – weil sie darauf verzichtet, Frau zu sein.

Eine Art Superheldin des französischen Kinos ist hingegen Isabelle Huppert. In der Romanze **Ein Chanson für dich** (im Kino ab 6. Juli) hört man sie als Sängerin. Ein junger Boxer entdeckt sie als Fließbandarbeiterin Liliane in einer Pastetenfabrik. In früheren Jahren war sie als „Laura“ kurz ein Stern am Chansonhimmel,


Bild: AlamodeFilm/Fabrizio Maltese

Sanfte Seele: Liliane (I. Huppert)

der rasch wieder verglühte. Aus Sympathie für den rund 40 Jahre jüngeren Boxer Jean (Kévin Azaïs) lässt sie sich zu einem Comeback überreden. Mit fatalen Folgen: Zwischen beiden entwickelt sich eine zarte Romanze.

Dass ein großer Altersunterschied zwischen Liebenden für die Franzosen fast schon normal ist, sieht man ja am neuen französischen Präsidentenpaar. In diesem Film wirkt es nicht gewollt aufgesetzt und auch nicht unfreiwillig komisch. Alles kommt ganz natürlich daher, was diesen Film sehr sympathisch macht. *H. Tews*

MELDUNGEN

Herrscherin mit Kunstverstand

Wien – Aus Anlass des 300. Geburtstags von Maria Theresia zeigt das Wiener -Museum Belvedere vom 30. Juni bis 5. November die Beziehung der Herrscherin zur Kunst. In der Ausstellung „Maria Theresia und die Kunst“ wird verdeutlicht, dass sie nicht in erster Linie danach trachtete, die Sammlungen historischer Kunst auszubauen. Stattdessen beschäftigte sie zeitgenössische Vertreter aller Metiers und bewies damit ein progressives Kunstverständnis. Die Exponate reichen von Porträts über Entwürfe für Deckenfresken und Landschaftsdarstellungen bis hin zu Werken der Kleinplastik und der Skulptur. Infos: www.belvedere.at *tws*

Der Schaffner als Maler

Hamburg – Der Hamburger Maler Carl Lohse (1895–1965) zählt zu den erstaunlichsten Querköpfen in der Kunst der Zwischenkriegszeit. Ihm ist im Hamburger Ernst-Barlach-Haus vom 2. Juli bis 12. November die erste Einzelschau seiner Werke seit Jahrzehnten gewidmet. Lohse war eine Ausnahmeerscheinung in jeder Hinsicht. Um 1920 herum schuf er ein fulminantes Œuvre an expressionistischen anmutenden Gemälden, wurde als Hoffnungsträger gefeiert und tauschte dann seine Künstlerexistenz auf Jahre gegen ein Leben als Straßenbahnschaffner ein. Er ist eine lohnende Wiederentdeckung. Infos unter www.barlach-haus.de *tws*

Erbe der Sklaverei in »Gottes eigenem Land«

Vor 50 Jahren führten die Spannungen in den USA zwischen Schwarz und Weiß zu Rassenunruhen

Bereits vor dem Zweiten Weltkrieg kritisierten die USA die Diskriminierung der Juden im Dritten Reich, obwohl der Umgang mit den Nachfahren der einst als Sklaven importierten Afrikaner in „Gottes eigenem Land“ oft ganz ähnlich menschenverachtend ausfiel. Infolgedessen brachen in regelmäßigen Abständen Rassenunruhen aus, die besonders im Sommer 1967 eskalierten.

Die juristische Ungleichbehandlung der Schwarzen begann sofort nach der Gründung der Vereinigten Staaten im Jahre 1776 und endeten auch nicht mit der endgültigen Abschaffung der Sklaverei am 18. Dezember 1865. Vielmehr wurde die Diskriminierung der Afroamerikaner durch allerlei Gesetze festgeschrieben, die sich oft kaum von denen unterschieden, die im nationalsozialistischen Deutschland für die Juden galten. So gab es auch in den USA das Verbot von Mischehen und sexuellen Kontakten zwischen den Ethnien. Darüber hinaus durften die Schwarzen lange Zeit keine Restaurants, Schwimmbäder, Läden oder Bildungseinrichtungen für Weiße besuchen. Ebenso wurden sie vor Gericht benachteiligt und litten unter ständigen Übergriffen militanter Rassisten.

An der prekären Lage der Afroamerikaner änderte auch die Unterzeichnung des Civil Rights Act durch Präsident Lyndon B. Johnson am 2. Juli 1964 wenig. Das neue Gesetz verbot nun zwar jegliche Rassentrennung im öffentlichen Raum, beendete aber keineswegs die faktische Ghettoisierung der schwarzen Bevölkerung in den großstädtischen Quartieren. Und in den Südstaaten der USA wurden im Vietnamkrieg gefallene Afroamerikaner, von denen man am Ende immerhin 7243 zählte, noch wie vor auf separaten Friedhöfen bestattet.

In ihren Ghettos lebten die Schwarzen oft in bedrückender Armut und blieben zudem der Willkür der lange Zeit rein weißen Polizei ausgeliefert. Das ergab idealen Zündstoff für Rassenunruhen, wie sie besonders 1967 tobten, wobei hier auch das Verhalten der Afroamerikaner zur Eskalation beitrug. Dies belegen die Ereignisse in Newark (New Jersey) und Detroit (Michigan), mit denen die Welle der Tumulte vor 50 Jahren begann.



Die Rassenunruhen in Detroit 1967 (1967 Detroit riot): Sicherheitskräfte stehen schwarzen Randalierern gegenüber Bild: dpa

In Newark kam es in der Nacht vom 12. zum 13. Juli 1967 zur Verhaftung des schwarzen Taxifahrers John Weerd Smith wegen diverser Verkehrsdelikte. Anschließend verbreiteten dessen Kollegen das Gerücht, Smith sei seinen bei der Festnahme erlittenen Verletzungen erlegen. Daraufhin lieferten sich Gruppen von Afroamerikanern tagelange Straßenkämpfe mit der Polizei. Zu deren Beendigung musste Gouverneur Richard J. Hughes 3000 Nationalgardisten und 500 Beamte der Staatspolizei aufbieten, die mit Panzerfahrzeugen und Maschinengewehren gegen die Randalierer vorgingen. Am Ende zählte man auf beiden Seiten 26 Tote und 727 Verletzte.

Wenig später tobten in Detroit, dem damaligen Herzen der US-Automobilindustrie, noch heftigere Krawalle. Diesmal war ein Polizeieinsatz gegen eine ohne Genehmigung betriebene Bar der Auslöser. Erbost über die Razzia begann der schwarze Mob am Morgen des 23. Juli, Schaufensterscheiben einzuschlagen und zu plündern. Dabei lautete sein Schlachtruf „Tötet die Weißen!“

Da weder das Detroit Police Department noch die Staatspolizei von Michigan in der Lage war, die Situation unter Kontrolle zu bekommen, setzte Gouverneur George W. Romney 8000 Nationalgardisten in Marsch. Parallel hierzu rückten 4700 Fallschirmjäger der 82. und der 101. Luftlandedivision mit Panzerwagen in das faktische Bürgerkriegsgebiet vor. Letzteres geschah auf direkten Befehl von Präsident Johnson, der hierbei im Einklang mit dem Insurrection Act of 1807 handelte. Dieser gestattete den Einsatz der US-Streitkräfte gegen die eigene Bevölkerung im Falle eines „Aufruhrs“. In Detroit gab es nochmals 43 Tote und 1189 Verletzte. Zudem nahmen die Sicherheitskräfte 7231 Personen fest, wobei es sich in der Mehrzahl um Plünderer handelte. Diese hatten über 2500 Geschäfte ausgeraubt und demoliert sowie 412 Gebäude komplett niedergebrannt.

Als Konsequenz aus den Rassenunruhen in Newark und Detroit, die bald auf rund 150 andere Städte der USA übergriffen und insgesamt 118 Todesopfer forderten, setzte Johnson eine Kommission unter dem Vorsitz des Gouverneurs von Illinois, Otto Kerner, ein. Sie sollte klären, warum die Krawalle in den Schwarzenvierteln der US-Metropolen ausgebrochen waren. Das Gremium legte am 8. März 1968 einen Bericht vor, in dem es die Unruhen als direkte Folge der Armut unter den Afroamerikanern hinstellte.

Obwohl dies manche Experten anders sahen, fühlte sich der Präsident dadurch ermutigt, sein sozialpolitisches Reformprogramm namens „Great Society“ zu forcieren. So erließ er am 11. April 1968 einen weiteren Civil Rights Act, der den Schwarzen nun endlich auch die Möglichkeit verschaffte, außerhalb ihrer Ghettos Wohnraum anzumieten oder zu kaufen. Das Gesetz gehörte zu Johnsohns Maßnahmenpaket nach dem rassistischen Mord an dem prominenten schwarzen Bürgerrechtler Martin Luther King wenige Tage zuvor. Denn diese Tat hatte zu einer Neuauflage der Krawalle von 1967 geführt. Wiederum versanken über 100 Städte der USA im Chaos.

Johnson, der im Januar 1969 aus dem Amt schied und mit dessen Namen ungerechtfertigterweise nur seine Kriegführung in Vietnam in Erinnerung geblieben ist, engagierte sich unter dem neuen, im Gegensatz zu ihm republikanischen, Präsidenten Richard Nixon weiterhin für die Rechte der Afroamerikaner. Allerdings verlor die Umsetzung des Projekts der Great Society in der Folgezeit erheblich an Dynamik. Die Konsequenz hieraus waren weitere Tumulte – insonderheit in Reaktion auf Übergriffe der Polizei. Als Beispiel hierfür können die Krawalle von Miami (1980), Los Angeles (1992), Cincinnati (2001), Ferguson (2014) und Charlotte (2016) dienen. An der dauerhaft explosiven Stimmung in den USA änderten auch Barack Obamas zaghafte Versuche einer Wiederbelebung von Johnsons Sozialpolitik nichts. Die USA sind und bleiben ein multiethnisches Pulverfass mit schwelender Lunte. *Wolfgang Kaufmann*

»Eine Mode unter nationalsozialistischen Förstern«

Vor einem Vierteljahrhundert wurde in der Kutzerower Heide ein von Kiefern umgebenes Hakenkreuz aus Lärchen entdeckt

Zernikow ist ein Gemeindeteil von Holzendorf im Nordwesten der Gemeinde Nordwestuckermark. Das Dorf liegt 16 Kilometer nordöstlich von Prenzlau, der Kreisstadt und dem Verwaltungssitz des nordbrandenburgischen Landkreises Uckermark. Eine gewisse Bekanntheit über die Regionen hinaus erlangte Zernikow vor einem Vierteljahrhundert, als in der benachbarten Kutzerower Heide bei der Auswertung von Luftaufnahmen, mit denen Bewässerungslinien ausfindig gemacht werden sollten, ein sogenannter Hakenkreuz-Wald entdeckt wurde. Wie sich zeigte, handelte es sich bei dem Objekt um etwa 140 Lärchen auf einer Fläche von 60 mal 60 Metern, die sich im Herbst erst gelb, später braun und im Frühjahr hellgrün verfärbten und damit von den sie umgebenden Kiefern mit ihren dunkelgrünen Nadeln abhoben. Gepflanzt waren die Lärchen in Form eines Hakenkreuzes, das eben nur in den beiden genannten Jahreszeiten und somit nur für einen jeweils begrenzten Zeitraum sichtbar wurde und dann auch nur aus der Luft. Hinzu kam, dass es nur aus einer bestimmten Höhe erkennbar war. Deshalb wurde es auch erst relativ spät entdeckt. Während der DDR-Zeit war die Zivilfliegerei verboten, und die Flugzeuge, die nach 1990 von Berlin aus Richtung Norden den Wald überquerten, flogen viel zu hoch, als dass das NS-Symbol von dort aus hätte wahrgenommen werden können. Weder den Luftstreitkräften der Sowjets noch denen der Nationalen Volksarmee war das riesige Emblem aufgefallen.

Nachdem es dann mehr oder weniger zufällig entdeckt worden war, sorgte es bald für Schlagzeilen in den nationalen und internationalen Medien. Zernikow wurde zur Attraktion für in- und ausländische Journalisten, ja zu dem Ausflugsziel in der Uckermark schlechthin. In den Augen der politisch Verantwortlichen musste schnellstens gehandelt werden, um den „Schandfleck“ zu beseitigen, zumal die Befürchtung mitspielte, der Ort könnte durch die Veröffentlichungen zu einer Wallfahrtsstätte für Neonationalsozialisten werden. 1995 wurden 43 der insgesamt 100 Lärchen abgeholzt in der Hoffnung, das Problem damit gelöst zu haben. Doch weit gefehlt: Bald wurde deutlich, dass sich das Hakenkreuz immer noch abzeichnete. Also sollten nun auch noch die restlichen Lärchen verschwinden. Dem stimmte aber die „Bodenverwertungs- und Verwaltungsgesellschaft“ (BVVG), die Eigentümerin eines Teils des Waldes ist, nicht zu mit der Begründung, die Bäume seien eigentlich noch zu jung, um gefällt zu werden. Außerdem würde ein völliger Kahlschlag den Wert des Waldes mindern, der damals zum Verkauf anstand. Deshalb entschloss man sich zu einer begrenzten Abholzung, bei der im Jahre 2000 25 der verbliebenen 57 Lärchen den Kettensägen zum Opfer fielen. Dabei musste die Auswahl der zu entfernenden Bäume so ausgeklügelt erfolgen, dass das NS-Symbol anschließend auf keinen Fall mehr auszumachen war. Und damit die Stümpfe aus der Luft nicht zu erkennen waren, die möglicherweise wieder die Form des Hakenkreuzes sichtbar gemacht hätten, musste man die Stämme wenige Zentimeter über dem Boden absägen. Offensichtlich scheint das Werk gelungen zu sein, denn danach hat sich niemand mehr gemeldet oder beschwert.



Ist mittlerweile dem Bildersturm zum Opfer gefallen: Hakenkreuz aus Lärchen Bild: Reuters

Was die Herkunft des Hakenkreuzes im Wald angeht, so ranken sich mehrere Legenden darum: Beispielsweise wird berichtet, dass ein Förster, der Parteigenosse gewesen sei, die Lärchen aus Überzeugung so gesetzt habe. Eine andere Geschichte besagt, die Einwohner von Zernikow hätten sich damit beim Arbeitsdienst für den Bau der Dorfstraße bedanken wollen. Und schließlich gibt es das Gerücht, der NSDAP-Kreisleiter habe die Anpflanzung zu Adolf Hitlers Geburtstag angeordnet – vielleicht zu dessen 50. im Jahre 1939, denn fest steht eindeutig, dass das Symbol 1938 entstand.

Einmalig ist beziehungsweise war der Hakenkreuz-Wald von Zernikow keineswegs, denn sowohl in einem Ortsteil von Wiesbaden als auch in den hessischen Orten Asterode und Jesberg gab es Waldgrundstücke mit solchen Hakenkreuzen, wobei diese allerdings sehr viel früher entdeckt und dann entfernt wurden. Wie ein Sprecher des brandenburgischen Landwirtschaftsministeriums dazu erklärte, seien solche Pflanzungsaktionen während des Dritten Reiches offenbar „eine Mode unter nationalsozialistischen Förstern gewesen“. *Wolfgang Reith*

Als die »Perle des Ostens« britisch war

Vor 20 Jahren endeten 156 Jahre Kolonialherrschaft – Hongkong wurde mit der Volksrepublik China vereint

Mit einigem Recht lässt sich sagen, dass vor zwei Jahrzehnten das Empire endgültig unterging. Denn mit Hongkong verlor das Vereinigte Königreich seine letzte bedeutende und wirtschaftlich tragfähige Kolonie.

Die Kolonisierung der „Perle des Ostens" durch die Briten erfolgte in kleinen Schritten. Einerseits schaute man voller Neid auf die Portugiesen, die seit 1557 von Macao aus einen schwunghaften und sehr profitablen Handel mit chinesischen Waren wie Seide, Tee oder Gewürze betrieben. Andererseits wollte sich Großbritannien nicht den lukrativen Handel mit Opium entgehen lassen, der bei den Chinesen aufgrund der verheerenden gesellschaftlichen Folgen erheblichen Widerstand hervorrief. Ab 1838 sollte schrittweise der Import verboten werden. Im März 1839 vernichteten die Chinesen große Mengen dieses Suchtmittels und wiesen die britischen Händler an, sich auf ihre vor Hongkong ankernden Schiffe zurückzubegeben.

Ein halbes Jahr später, zu Beginn des Ersten Opiumkrieges, besetzten die Briten dann die damals noch sehr dünn besiedelte Insel, deren Name später auf die ganze Kronkolonie übertragen wurde. 1841 trat China das Gebiet formell ab, und durch den Vertrag von Nanking 1842 endete zunächst die kriegerische Auseinandersetzung zwischen beiden Ländern.

Die weiterhin aggressive Politik Londons führte aber 1856 zum Zweiten Opiumkrieg, nach dessen Ende 1860 die Halbinsel Kowloon, Land der Neun Drachen, von Peking abgetreten werden musste. Jahrzehnte später, am 1. Juli 1898, verpachtete China für 99 Jahre zusammen mit 235 Inseln die „New Territories" an die Briten. Gerade in der Endphase der britischen Kolonialherrschaft in China garantierten diese die Zufuhr von Trinkwasser, frischem Obst und Gemüse.

Die beindruckende Entwicklung, die aus einem Fischerdorf mit rund 1500 Einwohnern und dem klangvollen Namen „Dufthafen" eines der weltweit bedeutendsten Finanzzentren schuf, war nicht sofort abzusehen. Der britische Verhandlungsführer Charles Eliot geriet sogar zunächst in die Kritik, denn Hongkong hatte nie zuvor einen Hafen gehabt, und sein enormes Potenzial war nicht für jedermann ersichtlich.

Doch dies sollte sich bald ändern. Die britische Übernahme führte zu einer beeindruckenden Bevölkerungszunahme. 1844 lebten dort bereits 19000 Menschen, darunter nicht nur Briten, sondern auch viele andere Europäer und vor allem Chinesen, die in deren Unternehmen arbeiteten. 1861 zählte man schon 120000 Einwohner und der Platz wurde langsam knapp. Zusätzlich gewann die Stadt große Bedeutung für die chinesische Auswanderung nach Singapur, Malaya, Kalifornien und Indonesien. Bis 1931 stieg die Zahl der Einwohner auf 879000.

Wenige Wochen nachdem Großbritannien am 8. Dezember 1941 den Krieg erklärt hatte, am 25. Dezember 1941, fiel Hongkong den Japanern in die Hände und blieb bis August 1945 japanisch besetzt. Die Einwohnerzahl sank in jenen Jahren auf etwa 600000, die wirtschaftliche Aktivität kam weitgehend zum Erliegen. Von diesem Aderlass erholte sich Hongkong durch die Flüchtlingswelle nach dem Sieg der Kommunisten unter Mao Tse-tung im Bürgerkrieg gegen Tshiang Kai-scheks nationalchinesische Truppen. 1950 betrug die Wohnbevölkerung 2,3 Millionen. Durch die kommunistische Revolution in China war zwar das wirtschaftliche Hinterland weggebrochen, doch dieses vermeintliche Desaster erwies sich letztendlich als Glücksfall, denn auch die nachbarliche Konkurrenz war verschwunden, und so entwickelte sich die Metropole zu einem Zentrum der Leichtindustrie.



Die Flaggen des Vereinigten Königreiches und seiner Kronkolonie Hongkong sind eingeholt und die der Volksrepublik China und seiner Sonderverwaltungszone Hongkong gehisst: Festakt zum Übergang Hongkongs vom UK an die VRC

Bild: Imago

Doch ging diese Entwicklung nicht ohne politische Konflikte ab. Insbesondere während der Mitte der 60er Jahre von Mao ausgerufenen Kulturrevolution kam es in der Kronkolonie zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften und unzufriedenen Arbeitern. Die Regierung reagierte darauf mit verstärktem Wohnungsbau, Infrastrukturprojekten und einer neuen Arbeitsgesetzgebung. Formaljuristisch stand 1997 nur die Rückgabe des 1898 gepachteten Landes auf dem Programm. Doch als der damalige Gouverneur Murray MacLehose im März 1979 während seiner ersten offiziellen Reise dem chinesischen Staatschef Deng Xiaoping gegenüber das Thema Hongkong anschnitt, wurde schnell deutlich, dass China nur eine vollständige Rückgabe aller drei Teile als sogenannte special region zum 30. Juni 1997 akzeptierte. 1982 teilte Deng dem Sonderbevollmächtigten der Premierministerin Margaret Thatcher und vormaligen Premier Edward Heath mit, dass ab 1997 China Hongkong gemäß dem Prinzip „Ein Land, zwei Systeme" regieren würde.

Im gleichen Jahr reiste die „Eiserne Lady" selber ins Reich der Mitte, um die Angelegenheit zu besprechen. Nach zähen viermonatigen Verhandlungen bestätigte dann die chinesisch-britische Erklärung vom 19. Dezember 1984, dass am 30. Juni 1997 um Mitternacht Hongkong als Ganzes an China zurückfällt.

Ab Juni 1985 traf sich eine 58 Mitglieder starke Kommission in Peking, um eine neue Miniverfasssung für Hongkong auszuarbeiten. Chinas Nationaler Volkskongress verabschiedete die endgültige Fassung im April 1990. Am 9. Juli 1992 trat der konservative Politiker Chris Patten seinen Posten als Hongkongs letzter Gouverneur an. Ihm fiel die Aufgabe zu, die immer näherrückende Übernahme durch die Volksrepublik vorzubereiten. Von ihm unternommene Reformversuche betrachteten viele im In- und Ausland als nicht weitgehend genug und vor allem als zu spät begonnen. Erwartungsgemäß standen die chinesischen Kommunisten solch einem Vorgehen mit großem Misstrauen gegenüber.

Nach mehreren Monaten Pause wurden am 22. April 1993 die beiderseitigen Verhandlungen wieder aufgenommen. Anfang 1996 bildete sich in Peking ein Ausschuss aus 150 Mitgliedern, um jene 400 Personen zu bestimmen, die den künftigen starken Mann Hongkongs wählen sollten. Es sollte der steinreiche Geschäftsmann Tung Cheehwa werden. Im Herbst 1996 waren sich China und das Vereinigte Königreich schließlich über die konkreten Einzelheiten der Machtübergabe einig.

Am 30. Juni 1997 gingen mit dem Hissen der Hongkonger und der chinesischen Fahnen 156 Jahre britische Herrschaft zu Ende. Schon am nächsten Tag rückten über 4000 Soldaten der Volksbefreiungsarmee dort ein. Die neuen Herren hatten es eilig. *Markus Matthes*

Ostpreußens Mercedes des 19. Jahrhunderts

Preußens berühmtestes und bedeutendstes Gestüt Trakehnen war ein großer und wichtiger Wirtschaftsfaktor des Königreiches

Reiterei, Pferdezucht – bei den Begriffen denken heute die meisten an Luxus und Hobby. Doch das war nicht immer so. Für Preußen war die Pferdezucht das, was für Süddeutschland Mercedes und BMW sind: ein großer, wichtiger Wirtschaftsfaktor.

Trakehnen – wenn die Rede darauf kommt, glänzen die Augen von Pferdeliebhabern. Sie schwärmen von Koppeln, so weit das Auge reicht, von Paddocks, die von Heckenrosen umgeben sind, von eleganten, hochbeinigen Pferden, die über die Gräben nur so zu fliegen scheinen, und von Menschen, die ganz in Hingabe zu diesen Pferden lebten. So sieht das Trakehnen der Erinnerung aus, so berichten die Legenden.

Einiges davon mag der Realität entsprochen haben, aber um Trakehnen in seiner Gesamtheit sehen zu können, muss man vor allem einen Umstand berücksichtigen. Zu Trakehnens Hoch-Zeiten waren Pferde noch keine „Freizeitkameraden", sondern sowohl in der Wirtschaft wie auch beim Militär ein entscheidender Faktor. Die Logistik unserer Vorfahren hing komplett von ihnen ab. Ob Personen- oder Güterverkehr – ohne Pferde ging nichts. Ebenso hingen aber auch Land- und Forstwirtschaft von ihnen ab. Und beim Militär entschieden Pferde – ob unter dem Sattel bei der Kavallerie oder als Vorspann für die Artillerie – über die Kampfkraft.

All das war auch König Friedrich Wilhelm I. von Preußen bewusst und wird eine Rolle gespielt haben, als er am 11. Juli 1731 den Befehl gab, den kompletten Pferdebestand Ostpreußens im „Königlichen Stutamt Trakehnen" zu vereinigen und dort, in einem weitläufigen Gelände beim Fluss Pissa zwischen Stallupönen und Gumbinnen, die Landespferdezucht zu verbessern. Dabei schielte der Soldatenkönig besonders auf seine Armee – er wollte die Kavallerieregimenter mit Pferden aus eigener Zucht versorgen und damit Geld sparen.

Friedrich Wilhelm I. nahm dafür eine Menge Geld in die Hand, und als das Gestüt im Mai 1732 seine Arbeit aufnahm, war es mit rund 1100 Pferden – davon 513 Mutterstuten – auf acht Gutshöfen und 10000 Morgen ein Großbetrieb. Doch der verdiente leider nicht so schnell Geld, wie der König erhofft hatte. Ganz im Gegenteil, denn auch in der Pferdezucht gilt der Satz: „Von nix kommt nix." Speziell wenn es um Verbesserungen der gesamten Rasse geht, geht es meist nicht ohne den Einsatz von zugekauften Hengsten. Zu Zeiten von Friedrich Wilhelm I. kamen die Besten aus Neapel und Spanien, und die Züchter dort waren sich wohl bewusst, was ihre vererbungsfreudigen Vierbeiner wert waren.

Immerhin profitierte davon sein ältester Sohn und Nachfolger Friedrich der Große. Dem hatte sein Vater das Gestüt 1739 geschenkt. Nun hatte Friedrich mit Pferden aber nicht viel am Hut. Er beschränkte sein Engagement in Trakehnen darauf, alljährlich 12000 Taler abzuziehen – und die aufzutreiben war das Problem des Landstallmeisters. Der musste dafür sogar einmal Hengste verkaufen, was dem Gestüt sicher nicht sonderlich gut getan hat. Aber trotz Friedrichs Entnahmen zogen die Geschäfte in Trakehnen langsam an, und bei Friedrichs Großneffen und Nachnachfolger Friedrich Wilhelm III. war das Trakehner-Konzept schon so erfolgreich, dass nach seinem Muster in Neustadt an der Dosse ein zweites königliches Haupt- und Landgestüt aufgebaut wurde.



Auf dem Hauptgestüt: Trakehner Pferde

Bild: CF

Der Unterschied zwischen einem Haupt- und einem Landgestüt sei an dieser Stelle schnell erklärt: Auf dem Hauptgestüt gibt es sowohl Hengste als auch Stuten, die gemeinsam für Nachwuchs sorgen. Auf dem Landgestüt hingegen gibt es nur Hengste, die jedes Jahr im Frühling auf verschiedene Deckstationen in der Region verteilt werden, wo sie den Stuten der Bauern oder sonstiger Privatleute gegen einen Obolus zur Verfügung gestellt werden.

In Trakehnen wurde weiter an- und umgebaut. Gezielt wurde auf Härte, Kooperationsbereitschaft mit dem Menschen und Langlebigkeit selektiert, die Pferde wurden immer wieder im internationalen Vergleich vorgestellt, und aus England wurden Hengste importiert. Im wett- und sportbegeisterten Inselreich hatten sich Pferderennen von einem ländlichen Phänomen zu einem großen Sport gemausert, für den eigens eine Pferderasse entwickelt wurde.

Doch zurück von den britischen Sportsfreunden zur Heimat des Turnvaters Jahn. In dessen Jahrhundert, dem 19., stand Trakehnen wirtschaftlich ungefähr da, wo bei uns heute die Automarke mit dem Stern zu finden ist. Dabei war das Programm der ostpreußischen Pferdezüchter kaum weniger variantenreich als das des süddeutschen Automobilherstellers. Die eleganten Modelle mit viel Vollblut standen – sowohl im Preis wie auch im Image – als die Sportwagen ihrer Zeit da. Das Grundmodell Reitpferd zeichnete sich durch Komfort und Vielseitigkeit aus – ob unter dem Sattel des Gutsherrn, vor dem Einspänner des Landarztes, zu zweit, viert, sechst oder gar zu acht vor einer Kutsche, als super-geländegängiges Modell für den Überlandkurier oder pflastertretendes, geduldiges Wagenpferd für den Milchmann. Und dann gab es natürlich noch den schwereren Schlag, der bei der Artillerie schwere Geschütze und in Friedenszeiten den Pflug zog.

Im Gegensatz zum heutigen Kraftfahrzeug mussten Bauern damals beim Pferd nicht alle zehn Jahre komplett in ein neues Modell investieren. Vielmehr konnten sie mit ihren eigenen Stuten züchten. Dabei gab es dann in der Regel auch noch ein paar Fohlen „über", die sie mehr oder weniger gut verkaufen konnten.

Für das Marketing sorgte das königliche Haupt- und Landgestüt, das die Zuchterfolge abgesehen von der einen oder anderen kleineren Sportveranstaltung jedes Jahr auf der Trakehner Herbstjagd zeigte, einer Großveranstaltung, zu der im Herbst Trakehnens Landstallmeister einlud. Zu der Zeit fand dann auch die große Gestütsauktion statt, auf der die Pferde verkauft wurden, die das Gestüt nicht zur Weiterzucht einsetzen wollte. Da war zum Beispiel die Auktion 1929: Bei der wurden 67 Pferde zu einem Durchschnittspreis von 2061 Reichsmark versteigert. Die Auktionsspitze lag bei 15600 Reichsmark – zu einer Zeit, in der man eine viersitzige Limousine (Opel oder Daimler Benz) schon für 4000 bis 5000 Reichsmark bekommen konnte. *Sibylle Luise Binder*

Der Moment der Woche

Foto: action press

Respekt vor dieser mutigen Frau: In Berlin-Moabit hat die 54-jährige kurdisch-stämmige Seyran Ates gerade die erste liberale Moschee Deutschlands eröffnet. Dort beten Frauen neben Männern. Es gibt weibliche Imame, und Homosexuelle sind ausdrücklich willkommen. Während sich der Besucherandrang beim ersten Gottesdienst allerdings in Grenzen hielt, scheint der Hass vieler Muslime auf Seyran Ates und ihr Projekt völlig entgrenzt. Morddrohungen und wüste Beschimpfungen hagelten auf die Rechtsanwältin ein. Ihre Moschee sei ein Bordell und die dort Betenden streunende Hunde. Ägyptens höchste Institution für religiöse Rechtsgutachten, das Dar al-Iftaa, erklärte sie und ihre Mitinitiatoren gar zu Feinden des Islam.

Seyran Ates wird nun rund um Uhr von Personenschützern des Berliner Landeskriminalamtes bewacht. In einer Video-Stellungnahme erklärte sie, dass der Wunsch der Menschen nach Liebe, Frieden und einem barmherzigen Gott auch mit ihren Tod niemals enden würde. *FH*

Al Kaida für Tiere?

Die Tierrechtsorganisation PETA und ihre extremen Forderungen

Volksmusiksängerin Stefanie Hertel posiert im Designer-Dirndl aus Kohlblättern und wirbt fürs fleischlose Essen. Schauspielerin Sibel Kekilli („Tatort“, „Game of Thrones“) hält ihre mit Kunstblut übergossene nackte Schulter in die Kamera, um gegen das Töten von Robben zu protestieren. Die Punkband „Die Toten Hosen“ macht sich gleich ganz nackig, um mit ihren schmächtigen Körpern gegen das Tragen von Pelzen zu protestieren.

Die Prominenten haben sich, wie viele andere vor ihnen, für eine Kampagne der Tierrechtsorganisation Peta zur Verfügung gestellt. Der Name steht für „People for the Ethical Treatment of Animals“, zu deutsch: „Menschen für den ethischen Umgang mit Tieren“. PETA bezeichnet sich selbst mit angeblich fünf Millionen Unterstützern als weltweit größte Tierrechtsorganisation. Die Herzen der Menschen scheinen den PETA-Leuten nur so zuzufliegen. Wer sich für Robbenbabys, Delfine und flauschige Kaninchen einsetzt, kann kein schlechter Mensch sein – oder doch?

„Die Menschheit ist wie ein Krebsgeschwür gewachsen. Wir sind der größte Pesthauch auf diesem Planeten“, ist die PETA-Gründerin und Vorsitzende Ingrid Newkirk überzeugt. Einen Tierversuch würde die 68-jährige britisch-amerikanische Tierschutz-Aktivistin nach eigenem Bekunden selbst dann nicht zulassen, wenn durch ihn ein Heilmittel gegen AIDS gefunden würde. Zwischen Fleischessen und Massenmord gebe es keinen Unterschied, lautet ein anderes ihrer Statements: „Sechs Millionen Juden sind in Konzentrationslagern gestorben, aber dieses Jahr werden sechs Milliarden Grillhähnchen in Schlachthäusern sterben.“

Größte Organisation ihrer Art weltweit

Das ist die Tonlage von Extremisten. Edmund Haferbeck, studierter Agrarwissenschaftler und als Wissenschaftsberater bei PETA-Deutschland tätig, sprach vor einigen Jahren in einem Interview mit der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung von einer letzten Warnung, sonst sei eine „Al Kaida für die Tiere nicht mehr zu verhindern.“

Ernst machten die Tierschutz-Taliban bislang zum Glück nicht. In letzter Zeit verstrickte sich die Organisation dagegen in immer abstruseren Forderungen und Aktionen. Da die Tierrechtler auch den Fischfang ablehnen, wurde die Gemeinde Fischen im Allgäu aufgefordert, sich in Wandern umzubenennen. Jüngst wurde der Spiele-Hersteller Nintendo gerügt, weil in seinem Computer-Spiel „1-2-Switch“ auch ein Wettmelken enthalten ist. PETA: Die Spieler müssen darauf hingewiesen werden, wie sehr Kühe für Milch missbraucht werden.“ *Frank Horns*

»Sie haben Waffen. Zum Beispiel ein Gewehr«

Seit Anfang des Jahres müssen Behördeninhalte in Leichte Sprache übersetzt werden – Ob es dafür Bedarf gibt, weiß niemand

Der Aufwand ist riesig, die Kosten enorm, der Nutzen zweifelhaft: Das Übersetzen von staatlich-offiziellen Informationen in die behindertengerechte Leichte Sprache kommt wohl vor allem Lobbyorganisationen zugute.

Wer im Internet die Seiten staatlicher Stellen besucht, dem wird aufgefallen sein, dass dort seit einiger Zeit bestimmte Informationsangebote auch in sogenannter Leichter Sprache abzurufen sind. Wie der Name vermuten lässt, handelt es sich um eine knapp und einfach gehaltene Form des Deutschen, die weitgehend ohne Fremdworte auskommt. Lesern mit geringer Sprachkompetenz soll das Verstehen erleichtert werden.

Zwar hatte bereits der römische Philosoph Cicero angemahnt, sich in Wort und Schrift verständlich auszudrücken, doch die breit angelegte Bereitstellung, insbesondere von amtlichen Veröffentlichungen, in Leichter Sprache ist eine gänzlich neue Entwicklung. Während heute an deutschen Universitäten ganze Seminare ausschließlich in englischer Sprache abgehalten werden – angeblich um den Anschluss an den internationalen Forschungsdiskurs nicht zu verlieren – scheint der Anteil der hiesigen Bevölkerung, der keine akademische Ausbildung anstrebt, schon mit dem gewöhnlichen Alltagsdeutsch überfordert zu sein. Tatsächlich hat eine Studie der Universität Hamburg aus den Jahren 2010/2011 zutage gefördert, dass 14,5 Prozent der in Deutschland lebenden Erwachsenen funktionale Analphabeten sind und weitere 25,9 Prozent der erwachsenen Bevölkerung die Schriftsprache nur fehlerhaft beherrschen.

Die erschreckenden Ergebnisse werden auch nur teilweise durch den stetig steigenden Anteil von hier lebenden Ausländern erklärt, denn für immerhin 58 Prozent der von den im Rahmen der Studie festgestellten Defiziten betroffenen Personen war Deutsch die Muttersprache. Wer nun allerdings glaubt, dass die verstärkte Bereitstellung von Informationsangeboten in „leichter Sprache“ eine Art von Folgenbeseitigung für die Resultate einer seit Jahrzehnten verfehlten Schulpolitik darstellt, der irrt. Anknüpfungspunkt für dieses Vorgehen ist vielmehr die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen aus dem Jahre 2008 und deren Umsetzung durch den deutschen Gesetzgeber. Hierbei handelt es sich um ein internationales Abkommen, welches die Rechte von behinderten Menschen sichern soll. In dem Vertragstext finden sich im Wesentlichen nur solche Rechtsgarantien, die in der Bundesrepublik schon weit vor dessen Inkrafttreten selbstverständlich waren.

Ein viel bedeutsamerer Aspekt ist jedoch der Behinderungsbegriff, von dem die Konvention ausgeht. Eine solche ergibt sich demnach nicht mehr primär aus dem Vorhandensein körperlicher oder geistiger Beeinträchtigungen einer Person, sondern aus den „einstellungs- und umweltbedingten Barrieren“ der Gesellschaft, in der ein Behinderter lebt. Dieses doch recht bemerkenswerte Begriffsverständnis geht auf die Anfänge der Behindertenrechtsbewegung in Großbritannien in den Siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts zurück und wurde erstmals von den beiden Aktivisten Paul Hunt und Vic Finkelstein proklamiert. In dem Gründungsmanifest der von ihnen ins Leben gerufenen „Vereinigung der körperlich Beeinträchtigten gegen Segregation“ heißt es denn auch: „Aus unserer Sicht ist es die Gesellschaft, die körperlich beeinträchtigte Menschen behindert.“

Diese Projektion einer vorhandenen oder zum Teil auch nur so empfundenen Unzulänglichkeit der eigenen Person lässt sich interessanterweise ebenso in Zitaten prominenter Vertreter anderer zeitgleich aufkommender Minderheitenströmungen, wie etwa dem Feminismus feststellen. So schrieb etwa Simone de Beauvoir: „Man kommt nicht als Frau zur Welt, man wird dazu gemacht“. Diese Schuldzuschreibung an eine vermeintlich repressive bürgerliche Gesellschaft war es denn auch, die schließlich die Vertreter der Neuen Linken auf den Plan rief. Hatte man spätestens nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges alle Hoffnungen auf eine baldige Revolution durch eine zunehmend saturierte Arbeiterklasse aufgeben müssen, so sah man in den sich neu formierenden sozialen Minderheiten nunmehr das „eigentliche Proletariat“, mit dessen Hilfe man die bestehende kapitalistische Ordnung umzustürzen gedachte. Die sich in der Bundesrepublik und anderen westlichen Staaten herausbildende Neue Linke hatte endlich ihr „revolutionäres Subjekt“ gefunden und so war es nur folgerichtig, dass ihre Vertreter vornehmlich gegen echte oder auch angebliche Unterdrückung von Frauen, Migranten, Homosexuellen und eben auch von Behinderten agitierten. Andererseits nahmen einige besonders lautstarke Gruppen von Minderheiten diese Unterstützung gerne an. Es kam dort zu einer starken Rezeption linker Theoreme sowie zu zahlreichen personellen Verquickungen mit linksextremen Organisationen. Besonders exemplarisch zeigt sich dies etwa am Beispiel von Theresia Degener (56). Sie gilt als die wohl einflussreichste Behindertenaktivistin in Deutschland. Degener, selbst contergangeschädigt, begann ihre Karriere in der sogenannten „Krüppelbewegung“ der späten Siebziger und Achtziger Jahre. Die überzeugte Feministin engagierte sich schon früh in Gremien der Partei „Die Grünen“ und war eng mit der radikalen Linken verbandelt. Neben der Behandlung von spezifischen Frauen- und Behindertenthemen befasste sie sich intensiv mit marxistischer Theoriearbeit.

14,5 Prozent der Deutschen gelten als Analphabeten

Nach der Arbeit für verschiedene Lobbyorganisationen, Universitäten und parlamentarische Gremien wurde sie 2001 von der rot-grünen Bundesregierung als deutsche Vertreterin für die Ausarbeitung der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen ausgewählt, die sie maßgeblich mitgestaltet hat. Noch heute sitzt sie in dem UN-Ausschuss, der über die Einhaltung der Konvention durch die Mitgliedsstaaten wacht. Das dort verankerte Recht auf gleiche Teilhabe hat in Deutschland zum Beispiel dazu geführt, dass nunmehr auch schwer geistig behinderte Menschen an Parlamentswahlen teilnehmen dürfen. Damit sie von ihrem Wahlrecht verantwortungsvoll Gebrauch machen können, aber auch damit sie ganz allgemein leicht verständlichen Zugang zu offiziellen Informationen erhalten, sollen nun Behörden nach dem neu gefassten Behindertengleichstellungsgesetz auf ihren Netzseiten, in Broschüren oder anderen amtlichen Dokumenten vermehrt Angebote in Leichter Sprache bereitstellen.

Dem von Kritikern vorgebrachten Hinweis auf den hohen finanziellen Aufwand und auf das Fehlen jedweder Bedarfsanalysen wird seitens der Behindertenlobby in der Regel nicht mit Argumenten begegnet, sondern mit einem umso entschiedeneren moralischen Rigorismus. Dies nimmt auch nicht weiter Wunder, denn im Gegensatz zu den mantraartig vorgebrachten Bekundungen nach einem Mehr an Selbstbestimmung für behinderte Menschen, geht es der Sozialindustrie und ihren politischen Stichwortgebern doch vor allem um einen Ausbau ihrer Machtstrukturen und um den Erhalt staatlicher Subventionen. Dies zeigt sich auch beim Thema Leichte Sprache. Die Standardtexte auf Formularen und Netzseiten von Behörden müssen erst einmal vereinfacht und dann laufend aktualisiert werden. Bereits hier halten Lobbyverbände zumeist das erste Mal die Hand auf.

In einem zweiten Schritt werden die umformulierten Inhalte auf Verständlichkeit hin geprüft. Dies geschieht meist durch geistig behinderte Personen, an die sich die Texte ja letztlich auch richten. Aus nachvollziehbaren Gründen bieten nur wenige entsprechend beeinträchtigte Menschen eine solche Leistung als Angestellte oder Freiberufler auf dem freien Markt an. Um also einen Text überprüfen lassen zu können, kommt man an den die behinderten Menschen betreuenden Verbänden, wie AWO, Diakonie oder Lebenshilfe, kaum vorbei. Ähnlich, wie beim Gender-Mainstreaming, geht es also nicht wirklich um Gleichbehandlung, sondern vor allem um Ideologie und Geld. *Dirk Pelster*



Übersetzer fürs simple Deutsch haben viel zu tun. Es muss ständig aktualisiert werden Bild: PA

Die Bundeswehr

... in Leichter Sprache erklärt

Die Bundes-wehr ist eine sehr große Gruppe von Menschen in Deutschland.

So wie die Polizei. Oder die Feuer-wehr.

Es gibt Frauen und Männer in der Bundes-wehr.

Und sie arbeiten in vielen verschiedenen Berufen.

Zum Beispiel im Büro. Oder als Mechaniker.

Die meisten in der Bundeswehr sind Soldaten oder Soldatinnen.

Die Soldaten und Soldatinnen verteidigen unser Land.

Das bedeutet: Sie wehren sich, wenn ein anderes Land unser Land angreift.

Soldatinnen und Soldaten tragen Uniformen.

Das bedeutet: Sie müssen bestimmte Kleidung tragen.

Und sie haben Waffen. Zum Beispiel ein Gewehr.

So können sie uns und unser Land besser verteidigen.

Von der Internetseite des Bundesamtes für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr

Das Ostpreußenblatt



Nr. 26 – 30. Juni 2017

Wolfskinder im litauischen Parlament

Wilna: Erstmals konnten Betroffene über ihr schweres Schicksal im Zentrum der litauischen Macht berichten

Im litauischen Parlament in Wilna (Vilnius) ist die Ausstellung „Wolfskinder: Auf dem Brotweg von Ostpreußen nach Litauen 1945–1948“ eröffnet worden. Sie zeichnet einen Weg voller Verzweiflung und Lebenswillen in einer Zeit voller Gewalt nach.

Diese Kinder sind Teil der Geschichte Litauens geworden. Und dies in einer Zeit, als das litauische Volk selbst Schreckliches erlitten hatte und erneut erlitt: Der eigenen Staatlichkeit beraubt, vom Dritten Reich im Hitler-Stalin-Pakt verraten und ausgeliefert: Sowjetischem Terror gegen die Litauer folgte die deutsche Besatzung im Krieg, mit immensen Opfern unter der jüdischen Gemeinde, dann erneute sowjetische Besatzung mit der Anmaßung Stalins, ganze Völker mit Mord, Totschlag und Sklaverei bestrafen zu dürfen, wenn sie ihm, dem „Führer und Lehrer aller Völker“, nicht botmäßig waren.

Die Litauer waren und blieben Patrioten, sich selbst treu, und sie widerstanden den Ideologien der einfachen Geister. Ihre wenigen regulären Soldaten kämpften von 1940 bis 1952 einen aussichtslosen, aber wegweisenden Kampf um Heimat und Freiheit. In den Wäldern kreuzten sich ab 1944 ihre Wege mit denen der Kinder aus Ostpreußen. Sie verband ein gemeinsamer Feind: die Sowjetsoldaten, die ihre Familien vergewaltigten, abschlachteten und in die Sklaverei verschleppten: 132 000 Litauer wurden in die Sklaverei gezwungen, 70 Prozent von ihnen waren Frauen und Kinder. 30 000 von ihnen starben durch die direkten Maßnahmen. 50 000 kamen aus Sibirien nie wieder nach Hause zurück.

Das Grauen, das die Einwohner Ostpreußens ereilte, Deutsche, Litauer, Masowier und Polen, sowie Fremd- und Zwangsarbeiter war gleichfalls unbeschreiblich. „Im Nachkrieg in dieser Zeit starben im Königsberger Gebiet über 100 000 Menschen. Das waren 50 Prozent der Bevölkerung,“ so Wolfgang von Stetten. Für die Erlebnisse der Familien fanden die Überlebenden zumeist keine Worte mehr. Die Kinder haben, so sie denn zu den Überlebenden gehörten, alles mit angesehen, alles miterlebt, mit durchlebt.

Der grausame Tod ihrer nächsten Angehörigen war begleitet von Erniedrigung und Hilflosigkeit. Von Stellen: „Im Königsberger Gebiet, heute Kaliningrad, herrschte sowjetischer Terror. Frauen, junge Mädchen wurden vergewaltigt. Oft im Beisein ihrer Kinder oder Geschwister. Wer sich wehrte, wurde erschossen.“

Etwa 25 000 Kinder waren so obdach-, eltern- und heimatlos geworden. Sie wanderten jahrelang zu Fuß oder als versteckte Mitfahrer auf den Güterzügen. Eisenbahnmiliz und Sowjetsoldaten warfen sie als Feinde mitleidlos von den fahrenden Zügen. Vom Hunger gepeinigt, aßen sie Hunde, Katzen, Mäuse, Ratten und Aas. Für etwas Essbares, und war es noch so wenig, legten sie viele Kilometer zurück und bekämpften sich untereinander erbarmungslos. Hunger und Angst waren die ständigen Begleiter ihrer Kindheit. Tausende Kinder, Halbwüchsige mit kleinen und kleinsten Geschwistern im Alter von zwei, drei Jahren strebten Richtung Litauen. Sie waren dabei ständig von Hungertod, Vergewaltigung und Mord durch Sowjetsoldaten und Plünderer bedroht.

Es war vor allem die Initiative der Wolfskinder selbst, dass diese in jeder Hinsicht historische Wanderausstellung in diesen Tagen im litauischen Parlament eröffnet werden konnte, in der sie exemplarisch ihre ganz eigene Geschichte erzählen. Über 30 von ihnen waren selbst erschienen. Herzlich, voller Freude, die anderen Überlebenden zu treffen, dankbar gegenüber ihren litauischen Freunden und ihren deutschen Unterstützern.

Die litauischen Abgeordneten wie der Vorsitzende des Seimas, Professor Viktoras Pranckietis, Audronius Ažubalis oder Vida Aciene suchten das Gespräch mit deutschen Vertretern und Wolfskindern. Der Schirmherr der Ausstellung, Arvydas Anušauskas, hob hervor, dass die tragischen Schicksale der Kinder, die Opfer dieses schrecklichen Krieges waren, in der Zeit der Sowjetunion verschwiegen wurden. Die Generaldirektorin des litauischen Forschungs-Zentrums für Genozid und Widerstand, Terese Birute Burauskaite, berichtete, wie sie durch Angelika und Olaf Pasenau auf die Schicksale der 25 000 Kinder aufmerksam gemacht wurde und wie schwierig es für die Opfer war, über einen Teil ihrer Erlebnisse zu sprechen. Der Direktor des Museums für die Opfer des Genozids, Eugenijus Peikštenis, kündigte an, dass die Ausstellung zunächst in Litauen, aber ab 2018 auch in Deutschland zu sehen sein werde.

Der vormalige Botschafter Litauens in Deutschland, Deividas Matulionis, und die deutsche Botschafterin, Jutta Schmitz, konnten den Eindruck echter Völkerverständigung mitnehmen. Die deutschen Redner dankten wie von Stetten in seiner Rede dem litauischen Volk, weil sie 10 000 bis 15 000 Kinder aus Ostpreußen vor dem Hungertod bewahrt haben. Für die Landsmannschaft Ostpreußen nahm der stellvertretende Sprecher Hans-Jörg Froese an dieser bewegenden Veranstaltung teil. *Gunnar Digutsch*



Bild: Froese

Bild: G.D.

Im Seimas (Parlament) gezeigt: Schautafeln zeugen vom Leidensweg einzelner Wolfskinder, deren Weg visuell veranschaulicht wird (o.). Mit dabei: Museumsdirektor Eugenijus Peikstenis, eine Mitarbeiterin von ihm, die Vorsitzende des Vereins Edelweiß, Hans-Jörg Froese, Wolfskinder und Wolfgang von Stetten (2.v.r.).

Stimmen Betroffener:

„Wir mussten alles mit ansehen und alles essen … Ich weiß nicht, wie wir das überlebt haben.“ – (Horst Fischer, Wolfskind)

„Für Brot musste man bereit sein, alles zu tun.“ (Gisela Launert, Wolfskind)

„Wer bin ich?“ (Renate Markewitz, Wolfskind)

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. 7: Elbing [Elblag] – Jazowa, Baustelle; Liebemühl [Miłomłyn] – Osterode [Ostróda], Baustelle; Osterode – Hohenstein [Olsztynek], Baustelle; Bergheim [Gorki] – Schwenteinen [Swietajny], Baustelle; Zalusken [Zaluski] – Napierken [Napierki], Baustelle. Straße Nr. 7j: Zalusken – Neidenburg [Nidzica], Baustelle. Straße Nr. 15: Rheinsgut [Rynskie] – Mörlen, Baustelle. Straße Nr. 16: Osterode – Alt Jablonken, Baustelle; Podleiken – Dietrichswalde, Baustelle; Groß Borken – Sorquitten, Baustelle. Straße Nr. 16c: Allenstein – Fittigsdorf, Baustelle. Straße Nr. 51: Heilsberg, Baustelle; Allenstein – Pagelshof, Baustelle. Straße Nr. 53: Schönwalde – Klaukendorf, Baustelle; Davidshof – Ortelsburg, Baustelle; Friedrichshof [Rozogi], Baustelle. Straße Nr. 59: Friedrichshof, Baustelle. Straße Nr. 63: Angerburg, Baustelle. *PAZ*

Fest der Minderheiten

In Göttkendorf trafen sich Angehörige verschiedener Nationalitäten

Die Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit hat einen Tag der nationalen und ethnischen Minderheiten veranstaltet. Das Fest fand in der Niederlassung der Kosaken „Ataman“ in Göttkendorf statt. Nach dem Gottesdienst, den Domherr André Schmeier hielt, traten die einzelnen Minderheiten mit ihren Gruppen auf der Bühne auf.

Die litauische Minderheit präsentierte sich mit der Volkstanzgruppe „Seina“, die ukrainische mit „Wodohraj“ und „Tuhaj Bej“ und die der Zigeuner mit der Sing- und Tanzgruppe „Hitano“.

Die deutsche Volksgruppe wurde von der Volkstanzgruppe „Saga“ vertreten. Die nationalen und ethnischen Minderheiten hatten auch die Möglichkeit, den Besuchern an Ständen einen Einblick in ihre Tätigkeit zu gewähren. Es wurden Bücher, Zeitschriften und Handarbeiten gezeigt. Außerdem wurde Gebäck verteilt. Die Veranstaltung fand bei wunderschönem Wetter am Dirschau-See statt. *E.G.*



Fröhliches Treiben bei schönstem Sonnenschein: Fest der Minderheiten in der Niederlassung der Kosaken Bild: E.G.

Großer Arbeitgeber

20 Jahre Philips in Rastenburg

Philips in Polen umfasst fünf Werke mit etwa 9000 Beschäftigten. Allein in Rastenburg sind mehr als 1000 Menschen beschäftigt. Das Unternehmen ist nun über zwei Jahrzehnte in Rastenburg ansässig und damit einer der größten Arbeitgeber im südlichen Ostpreußen.

Marek Huzarewicz, Vorsitzender der Gesellschaft „Philips Lighting Poland“ und Direktor der Niederlassung in Rastenburg, sagte bei einem Gespräch mit Radio Allenstein: „Ich bin seit dem Aufbau des Werkes und vor allem seit seinem Ausbau dabei. Damals waren wir Produzenten von Beleuchtungseinrichtungen für ganz Europa, und wir bauten die Firma aus von einer lokalen zu einer internationalen.“

Rastenburg ist ein Industriezentrum im südlichen Ostpreußen, wenn auch nicht viele Personen das wissen. „Wir wollen, dass die Marke Philips wegen ihrer Qualität und Innovation gebraucht wird, egal wo sich die Produktionsstätte befindet, letzteres ist nachrangig. Ich achte darauf, dass wir, für jedermann ersichtlich, ein lokales Zentrum sind“, so Huzarewicz weiter.

Schätzungsweise hat der Konzern in das Rastenburger Werk in den vergangenen 20 Jahren über 50 Millionen Euro investiert. Das habe ausgereicht, um eine eigene Forschungsbasis für die Entwicklung neuer Produkte einzurichten. Da das Werk sich inzwischen zu einem europäischen Produktionszentrum entwickelt hat, betrachtet der Vorsitzende die Investition als eine Anlage, die sich gelohnt hat. *PAZ*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

zunächst muss ich um etwas Geduld bitten, wenn sich die Bearbeitung einiger Anfragen verzögert, ich werde mich nach – wieder gewonnenen – Kräften bemühen, alle erfüllbaren Anliegen zu bearbeiten. Es hat sich allerhand getan in meiner Abwesenheit, und die Freude über erhoffte und überraschende Erfolge machen mir den Anfang leichter. Da ist ein Brief von Herrn **Bernd Brandes** aus Hann. Münden, der sich zusammen mit seinem Freund **Manfred Schweinehagen** der noch in Litauen lebenden „Wolfskinder" angenommen und eine persönliche Hilfsaktion gestartet hat, wobei ihn unsere Ostpreußische Familie – nachdem ich hierüber in unserer Kolumne berichtet hatte – kräftig unterstützte. Geplant war, einige der nach der russischen Okkupation als elternlose Kinder aus dem Königsberger Gebiet nach Litauen geflüchteten und ein Leben lang dort verbliebenen Landsleute zu einem Besuch nach Deutschland einzuladen, wo sie liebevoll betreut werden sollten – für die heute betagten „Wolfskinder" eine Traumreise, die sie sich selber nie hätten leisten können. Die Finanzierung sollte durch gespendete Beiträge ermöglicht werden und war bereits gesichert, als etwas geschah, womit die Initiatoren nicht gerechnet hatten: Eine der vorgesehenen Teilnehmerinnen, Frau **Ursula Haak** aus Tauroggen, verstarb unerwartet im Februar. Da sie die Hauptakteurin und eine wichtige Vermittlerin gewesen war, brach die Gruppe nun schon im Vorfeld auseinander. Den Initiatoren blieb nichts anderes übrig, als die Planung aufzugeben und andere Wege für die Hilfsaktion zu suchen, die sich nun auf die Unterstützung der „Wolfskinder" vor Ort konzentriert wie Herr Brandes schreibt: „Dieser Sterbefall zeigt uns mal wieder, dass eine Hilfe vor allem in Form einer finanziellen Unterstützung vor Ort mehr als nötig ist, die Zeit läuft uns davon. Wir haben eine Verpflichtung sowohl gegenüber unseren Spendern als auch gegenüber den Wolfskindern. Aufgrund der Artikel in der *PAZ* haben wir momentan eine Spendensumme in Höhe von 2100 Euro auf dem Konto. Wir werden diesen Betrag bei der geplanten Reise nach Litauen Ende August 2017 in Mirjampole den dort lebenden Wolfskindern überreichen." Inzwischen haben die Herren Brandes und Schweinehagen schon eine andere Hilfeleistung auf den Weg gebracht: Rund 80 Kartons mit Spenden wurden von ihnen gepackt, um nach Memel und Heydekrug versandt zu werden. Sie sind für die Wolfskinder und die beiden evangelischen Diakonien in den beiden Orten bestimmt. Die Kartons wurden von der Mündener Möbelspedition Hofmeister kostenlos nach Nienburg gebracht, wo die Sendung von der Spedition Göllner zum weiteren Transport nach Litauen übernommen wurde. Da Herr Brandes den Versand fotografisch dokumentiert hat, werden wir sie auch in unserer Kolumne bildlich belegen. Über das Treffen mit den Wolfskindern in August werden wir ebenfalls berichten, damit unsere Leser, die mit ihren Spenden zu dieser großartigen Aktion beigetragen haben, wissen, wo und wie ihre Hilfe angekommen ist.

Wolfskinder – da war doch noch etwas gewesen, das unsere Leser zum Mitmachen aufgefordert hat, weil nur sie als Zeitzeugen authentische Angaben machen können. Richtig: In Folge 6 hatten wir die Anfrage eines Frankfurter Gymnasiums gebracht, ob wir Verbindungen zu ehemaligen Wolfskindern oder zu Informanten über deren Lebenslauf vermitteln könnten. Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge wollte zusammen mit der Abiturklasse eine Dokumentation erstellen und diese in Buchform herausgeben. Ich war etwas skeptisch, weil einige Fragen deutlich aufzeigten, dass die Schüler wenig Ahnung vom Schicksal der in Litauen verbliebenen Kinder aus Ostpreußen hatten – so wurde zum Beispiel nach Tagebuchaufzeichnungen oder Fotos aus den Fluchtjahren gefragt. Der verantwortliche Lehrer, Dr. **Bjoern Schaal**, zeigte sich sehr aufgeschlossen für dieses Thema. Einige Informationen erreichten uns inzwischen, so dass wir annahmen, dass die Aktion erfolgreich verlaufen ist, aber es fehlten belegte Angaben – und die erhielt ich nun von einer engagierten Leserin, die der Aufforderung zur Beteiligung gefolgt war. Frau **Roswitha Kulikowski** aus Hemmingen schreibt:

„Ich selber war kein Wolfskind, aber als Leiterin der Ostpreußischen Jugendgruppe in Hannover hatte ich viel über das Schicksal der Wolfskinder erfahren. Zwei von ihnen, **Erich Schwarz** und sein Freund **Siegfried** waren Mitglieder unserer Jugendgruppe. Erich schrieb ein Buch über die letzten Tage in Königsberg und ein zweites über den Überlebenskampf in Litauen in den Jahren 1947/48. Ich meldete mich bei Dr. Schaal und bot ihm das Buch von Erich Schwarz an, zusammen mit einem im März 1990 erschienenen Bericht im „Ostpreußenblatt" 'Auch wir waren Wolfskinder' von **Sieglinde Kerzer**. Vor kurzer Zeit habe ich bei Dr. Schaal angerufen und nachgefragt, wie das Projekt gelaufen ist. Er war ganz begeistert, die Jugendlichen waren sehr interessiert, viele befragten nun ihre Großeltern nach deren Kriegs-und Nachkriegserlebnissen. Der Bayrische Rundfunk hat sich bei ihm gemeldet. Er will eine Sendung über das Abi-Projekt und damit über die Wolfskinder senden. Also ein Erfolg, der wieder einmal beweist, wie wichtig Zeitzeugen sind. Dieser Erfolg ist wieder durch Ihre Arbeit zustande gekommen. Das musste ich Ihnen doch berichten. Ich denke, dass Dr. Schaal Ihnen nach dem Abschluss einen Bericht zusenden wird." Das hoffe ich auch, liebe Frau Kulikowski, aber wir sind schon froh und dankbar über Ihre Mitteilung, denn jeder Erfolg ist für uns auch die Bestätigung: Weiter machen!

Und immer wieder gibt es Überraschungen wie die Meldung auf einer Karte von Frau **Karin Matray** aus dem französischen Pouilly, die als Tochter eines ostpreußischen Försters an ihrer masurischen Heimat hängt, die sie als Vierjährige verlassen musste. Noch immer fährt sie nach Masuren, denn sie hat mit der polnischen Försterfrau, die heute in dem Forsthaus wohnt, eine für beide Frauen beglückende Freundschaft geschlossen, die über eine persönliche Beziehung hinausgeht: Gemeinsam versuchen die beiden Frauen, die Heimatgeschichte des Gebietes um das zwölf Kilometer von Arys entfernte Forsthaus Gortzen aufzuarbeiten und festzuhalten.

Diesem Zweck soll auch ein altes Foto dienen, das wir in Folge 16 veröffentlichten, auf dem eine Gruppe von Männern zu sehen ist, die vor einem Gasthaus stehen und die aus Gortzen oder Umgebung stammen müssten. Einige Namen waren vermerkt, andere waren unvollständig oder fehlten ganz. Karin Matray bat uns, dass etwa Ende der 30er Jahre gemachte Foto zu veröffentlichen in der Hoffnung, dass sich Leser melden würden, die zu den abgebildeten Männern und dem Ort Gortzen etwas sagen könnten. Ich war etwas skeptisch, denn schließlich hatte das masurische Dorf vor der Vertreibung nicht einmal 200 Einwohner gehabt.

Aber nun kam diese Karte von Karin Matray sozusagen als Eilmeldung: „Tausend Dank für Ihre Hilfe und Freundlichkeit. Ich bat Sie im März, mir zu helfen auf der Suche nach zwölf Männern auf einem alten Foto aus dem Dorf Gortzen. Im April war das Foto abgebildet. Die Freude in meiner Familie war groß, denn von einem der Herren bekam ich Post!" Also, wenn das keine Überraschung ist. Sicher werden wir noch mehr von diesem Erfolg hören.

Den wir auch unserem Leser **Norbert Haack** wünschen, der uns ebenfalls ein Foto übersandte, das den von Kriegseinwirkungen zerstörten Marktplatz einer ostpreußischen Stadt zeigt. Herr Haack schreibt dazu: „Seit geraumer Zeit habe ich eine Ansichtskarte 'Zerstörte Straße (1.WK) in Ostpreußen', auf der Rückseite nur der Herstellerangabe: Knackstedt & Co. Lichtdruck. Diese Karte konnte ich bisher noch keiner ostpreußischen Stadt zuordnen. Nichts Ähnliches in meiner umfangreichen AKt-Sammlung, auch auf Ostpreußen-Treffen oder sonstwo konnte diese Stadt nicht identifiziert werden. Bleibt als letzte Hoffnung nur die Ostpreußische Familie." Also diesmal bin ich nicht sehr skeptisch, denn einige markante noch halbwegs erhaltene Gebäude sind erkennbar. Es wäre also keine Überraschung, sondern die berechtigte Erfüllung einer Hoffnung, wenn Herr Haack die richtige Antwort bekäme. (E-Mail: haack-norbert@t-online.de)

Eure

Ruth Geede



In welcher ostpreußischen Stadt wurde diese Aufnahme gemacht? Bild: Haack

Die ostpreußische Familie

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie" nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter" der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.



Bild: Pawlik

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Auch der Kanzler der Deutschen in Polen

Jenseits der Neiße bleibt Helmut Kohl derjenige, der die Grenze anerkannte

Er konnte nicht wissen und wusste nicht, welche Konsequenzen der Erfolg der Solidarnosc für Deutschland hatte", heißt es in der konservativen Tageszeitung „Rzeczpospolita" unter dem Titel „Kanzler der Wendezeit" über den Tod Helmut Kohls. Mit stolzgeschwellter Brust heißt es weiter. „Er wurde gänzlich vom Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 überrascht. Damals war er mit einer offiziellen Visite in Polen, die er unterbrach, um diese nach einigen Tagen weiterzuführen und mit Tadeusz Mazowiecki an der berühmten Versöhnungsmesse in Kreisau teilzunehmen. Damals entstanden das neue Europa, das neue Deutschland und die neuen Fundamente für die von den Dämonen der Vergangenheit befreiten polnisch-deutschen Beziehungen, deren Ausdruck der ein Jahr später geschlossene Grenzvertrag und der Vertrag über die guten Nachbarschaftsverhältnisse wurden. Damals wurde aus dem gewöhnlichen deutschen Politiker eine Visionär, der bewies, dass er eine Gabe zur Gestaltung der Zukunft hatte."

Das Urteil über Kohl ist in Polen wohl auch deswegen ein so positives, da die Wendezeit aus polnischer Sicht letztendlich im Aufatmen über „sichere Grenzen" gipfelte. Dass sich Kohl einst in Sachen Oder-Neiße-Grenze zierte, ist dabei weitgehend vergessen. Vergessen ist aber auch, dass die Deutschen in Polen die Regierung Kohl 1989/90 durchaus in gehörige Schwierigkeiten hätten bringen können. So fragte das „Wochenblatt", die Zeitung der Volksgruppe, Kohls Berater, den aus dem sudetendeutschen Kuhländchen stammenden Horst Teltschik, 2010 im Interview, was denn eigentlich passiert wäre, hätte damals eine Gemeinde in Oberschlesien ihren Beitritt zur Bundesrepublik erklärt und damit die Fiktion herausgefordert, dass in anderen Teilen Deutschlands nach deren Beitritt das Grundgesetz in Kraft treten könne. Teltschik wischte dies damit beiseite, es handele sich um eine reine Spekulation und bloße Theorie. Immerhin sah sich Teltschik genötigt, eine häufig zitierte Annahme, nach der das „Wochenblatt" gar nicht gefragt hatte, zu dementieren: „Auch jetzt (Anm. der Red.: 2010) gibt es seit jüngstem das Gerücht, das der 'Spiegel' in Deutschland veröffentlicht hat, dass angeblich ein sowjetischer General unserem Botschafter in Moskau angeboten habe, das nördliche Ostpreußen könne wieder zu Deutschland zurückkehren. Das ist alles Schwachsinn. Von Anfang an war klar: Wiedervereinigung heißt Bundesrepublik Deutschland plus DDR."

»Kohls Verdienste sind enorm, aber wir verdanken ihm auch unsere heutigen Probleme«

Das Interesse an Teltschik beziehungsweise Kohl in Reihen der Deutschen in Polen begründet sich letztlich aus der besonderen Bedeutung des Kohl-Besuches, den der Mauerfall unterbrach. Ein Besuch Kohls auf dem Annaberg in Oberschlesien ließ Polen nicht zu. Zu groß war die Angst vor einer Massenmanifestation der Deutschen, die auch zahlreich im fernen Kreisau in Niederschlesien erschienen. Richard Urban aus Nakel schockierte damals die Welt mit seinem Plakat „Helmut, Du bist auch unser Kanzler", nach dem bisher übrigens kein einziges Museum angefragt hat. Angeblich hatte der schon erkrankte Kohl immer einmal wieder ein nachgeholtes Treffen mit Mazowiecki am Annaberg ins Auge gefasst, zu dem es aber nicht mehr kam. Die deutsche Volksgruppe verlieh jedoch den neuen Preis „Brücken des Dialogs" im Jahr 2010 an den Alt-Kanzler und überbrachte Kohl die Statue mit mehreren ihrer Vertreter nach Oggersheim. All dies bleiben Fußnoten.

Gazeta.pl erinnert nach Kohls Tod nun ebenso gestrafft daran, dass während Kohls Regierungszeit der Schengen-Vertrag unterzeichnet wurde, „der uns heute erlaubt, kontrollfrei die Grenzen zu passieren" und dass seine Regierung die deutsch-polnischen Verträge unterzeichnete, die endgültig die Oder-Neiße-Grenze anerkannten. Die polnische Onlineausgabe der „Newsweek" stellt dem die Frage nach der Persönlichkeit Kohls entgegen und sucht die Antwort fast ausschließlich in Heribert Schwans Buch der „Kohl-Protokolle". Am Ende des Beitrages zitiert das Blatt Wolfgang Munch von der „Financial Times", der betont, dass die Wiedervereinigung nicht nur einer der latenten Gründe der Krise in der Euro-Zone sei, sondern auch Ursache dafür, dass man diese nicht bewältigen könne. „Um es abzukürzen: Kohl war die Wiedervereinigung so eilig, dass er die Sache mit dem Euro vermasselte. Kohls Verdienste sind ernorm, aber wir verdanken ihm auch unsere heutigen Probleme", so Newsweek.pl.

Edmund Pander

Wir gratulieren ...

ZUM 100. GEBURTSTAG

Geschwandtner, Fritz, aus Rauhdorf, Kreis Ebenrode, am 3. Juli
Saager, Lore, geb. **Drengwitz**, aus Lyck, Bismarckstraße 16, am 1. Juli

ZUM 99. GEBURTSTAG

Cudnochowsky, Anna, geb. **Reinert**, aus Großdorf, Kreis Johannisburg, am 3. Juli

ZUM 97. GEBURTSTAG

Dittmar, Heinz, früher **Dibrowski**, aus Neidenburg, am 2. Juli

ZUM 95. GEBURTSTAG

Anger, Else, geb. **Lyssewski**, aus Sieden, Kreis Lyck, am 2. Juli
Clausen, Elise, geb. **Joswig**, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 3. Juli
Fricke, Hildegard, geb. **Röder**, aus Treuburg, am 5. Juli
Hensel, Elfriede, geb. **Domieniuk**, aus Bunhausen, Kreis Lyck, am 6. Juli

ZUM 94. GEBURTSTAG

Karnahl, Margarethe, geb. **Apsel**, aus Quilitten, Kreis Heiligenbeil, am 3. Juli
Kruppa, Ilse, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 5. Juli
Richter, Dr. Brigitte, geb. **Loertzer**, aus Lyck, Hindenburgstraße 3–4, am 3. Juli
Sander, Hildegard, geb. **Jeromin**, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 1. Juli
Seidel, Elli, geb. **Krause**, aus Friedrichsthal, Kreis Wehlau, am 5. Juli
Skalla, Hilde, geb. **Prostka**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 5. Juli

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bandilla, Otto, aus Milussen, Kreis Lyck, am 2. Juli
Bessel, Werner, aus Zohpen, Kreis Wehlau, am 30. Juni
Gebhardt, Alice, geb. **Raven**, aus Neidenburg, am 5. Juli
Genoch, Waltraut, geb. **Kompa**, aus Maldanen, Kreis Ortelsburg, am 1. Juli
Hahn, Rotraud, geb. **Holstein**, aus Königsberg, am 5. Juli
Hoff, Helmut, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 5. Juli
Hoffmann, Gerda, geb. **Retat**, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 4. Juli
Krüger, Anneliese, aus Lyck, am 3. Juli
Pyko, Karl, aus Plöwken, Kreis Treuburg, am 30. Juni
Suchodolski, Luise, geb. **Serra**, aus Alt Werder, Kreis Ortelsburg, am 2. Juli

ZUM 92. GEBURTSTAG

Biskupek, Ingeborg, geb. **Till**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 1. Juli
Lettau, Erika, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 6. Juli
Luxa, Norbert, aus Jürgen, Kreis Treuburg, am 5. Juli

ZUM 91. GEBURTSTAG

Gropp, Antonie, geb. **Wilkat**, aus Rauschmünde, Kreis Ebenrode, am 30. Juni
Hildebrandt, Elfriede, geb. **Reinert**, aus Großdorf, Kreis Johannisburg, am 28. Juli
Fibiger, Anton, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 4. Juli
Lange, Elsa, aus Starkenburg, Kreis Wehlau, am 18. Juni
Pingel, Olga, aus Graiwen, Kreis Lötzen, am 4. Juli
Scheel, Hedwig, geb. **Niedzwetzki**, aus Ulrichsfelde, Kreis Lyck, am 3. Juli

ZUM 90. GEBURTSTAG

Dukatz, Sigfrido, aus Lyck, am 5. Juli
Fischer, Hans, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 4. Juli
Gall, Prof. Dr. Christian, aus Lötzen, am 1. Juli
Jaschinski, Heinz, aus Ortelsburg, am 3. Juli
Kerat, Waltraud, aus Brandenburg, Kreis Elchniederung, am 1. Juli
Klabuhn, Erika, geb. **Fuhrmanski**, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 6. Juli
Laurien, Heinz, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 3. Juli
Ludwiczack, Tereza, geb. **Waltraud Rogowski**, aus Siegersfeld, Kreis Lyck, am 6. Juli
Sarzio, Günter, aus Milussen, Kreis Lyck, am 6. Juli
Spieß, Elfriede, geb. **Nowak**, aus Babeck, Kreis Treuburg, am 3. Juli

ZUM 85. GEBURTSTAG

Albrozeit, Hannelore, geb. **Eder**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 6. Juli
Claussen, Wally, geb. **Mindt**, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 30. Juni
Galensa, Ernst, aus Seesken, Kreis Treuburg, am 1. Juli
Haase, Ingetraud, geb. **Paleit**, aus Gaistauden, Kreis Tilsit-Ragnit, am 3. Juli
Heizmann, Elisabeth, geb. **Scheffler**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, und aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 30. Juni
Kositzki, Jürgen, aus Ortelsburg, am 5. Juli
Krzykowski, Artur, aus Flammberg, Kreis Ortelsburg, am 2. Juli
Macke-Schlote, Brunhilde, geb. **Pukies**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 6. Juli
Martin, Irmgard, geb. **Unruh**, aus Schölen, Kreis Heiligenbeil, am 4. Juli
Mohrlang, Bruno, aus Quilitten und Schreinen, Kreis Heiligenbeil, am, 6. Juli
Olias, Erwin, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am 3. Juli
Petruck, Gertrud, geb. **Bethke**, aus Warschkeiten, Kreis Preußisch Eylau, und aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 30. Juni
Petz, Siegfried, aus Thomaten, Kreis Elchniederung, am 3. Juli
Prohl, Charlotte, geb. **Kamann**, aus Gerhardsweide, Kreis Elchniederung, am 5. Juli
Rock, Siegfried, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 4. Juli
Stieleke, Gerda, geb. **Brattumil**, aus Schönwiese, Kreis Elchniederung, am 5. Juli
Ziwitza, Herta, geb. **Jeromin**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 2. Juli

ZUM 80. GEBURTSTAG

Behnk, Edeltraut, aus Pillau, Kreis Samland, am 1. Juli
Böttger, Gisela, geb. **Klett**, aus Fuchshügel, Kreis Wehlau, am 4. Juli
Glinka, Hildegard, aus Friedrichshof-Abbau, Kreis Ortelsburg, am 4. Juli
Gobel, Waltraud, geb. **Ignatowitz**, aus Brämerhusen, Kreis Schloßberg, am 4. Juli
Grigo, Helmut, aus Krassau, Kreis Lyck, am 5. Juli
Grigo, Manfred, aus Petzkau, Kreis Lyck, am 2. Juli
Grunwald, Margarete, Ortsgruppe Magdeburg, am 1. Juli
Heymuth, Jürgen, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 3. Juli
Jendrysiak, Peter, aus Breslau, am 4. Juli
Kalkschmidt, Lothar, aus Eschenberg, Kreis Elchniederung, am 30. Juni
Osygus, Elfriede, geb. **Jekubyk**, aus Hügelwalde, Kreis Ortelsburg, am 3. Juli
Pasternak, Waltraud, aus Wehlau, am 5. Juli
Rath, Hedwig, geb. **Zimmeck**, aus Ulrichsfelde, Kreis Lyck, am 6. Juli
Richter, Helga, geb. **Sbosny**, aus Groß Lasken, Kreis Lyck, am 1. Juli
Sallowsky, Reinhard, aus Trammen, Kreis Elchniederung, am 4. Juli
Schlisio, Horst, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 2. Juli
Sonnenberger, Paul, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 1. Juli
Strehl, Hans, aus Lyck, am 1. Juli
Subel, Dieter, aus Ortelsburg, am 1. Juli
von Lojewski, Wolf, aus Rodental, Kreis Lötzen, am 4. Juli
Wolf, Gisela, geb. **Furiath**, aus Neidenburg, am 4. Juli
Wuttke, Elli, geb. **Buslowski**, aus Schwiddern, Kreis Treuburg, am 3. Juli
Ziemek, Ursula, aus Prostken, Kreis Lyck, am 5. Juli

ZUM 75. GEBURTSTAG

Erwied, Dietmar, aus Neuginnendorf, Kreis Elchniederung, am 30. Juni
Feller, Gerhard, aus Masuren, Kreis Treuburg, am 4. Juli
Harzig, Heidemarie, geb. **Galla**, aus Narthen, Kreis Neidenburg, am 2. Juli
Mollenhauer, Gudrun, geb. **Weidmann**, aus Groß Nuhr, Kreis Wehlau, am 5. Juli
Preuß, Lothar, aus Grünheide, Kreis Treuburg, am 3. Juli
Schäfer, Reinhard, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 6. Juli
Skorloff, Günter, aus Sprosserweide, Kreis Elchniederung, am 6. Juli
Stolz, Jürgen, aus Neusorge, Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 6. Juli
Wieczorrek, Hubert, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 30. Juni

Termine der LO

2017
22. bis 24. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
21. bis 23. Oktober: 11. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Helmstedt
13. bis 19. November: Werkwoche in Helmstedt

2018
17. bis 18. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt
7. bis 8. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine in Sensburg

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

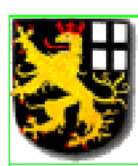


EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

Heimatfahrt

7. bis 16. Juli ab Wuppertal mit diversen Zustiegsmöglichkeiten: Heimatfahrt. Anfragen: Scheer-Reisen, Leonhardstraße 26, 42281 Wuppertal, Telefon (0202) 500077, E-Mail: info@scheer-reisen.de. Die Reise findet gemeinsam mit der Kreisgemeinschaft Schlossberg statt.



MOHRUNGEN

Kreisvertreterin: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079. Stellv. Kreisvertreterin; Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. Stellv. Kreisvertreterin Monika Buddych, Op de Dümmer 32, 45772 Marl/Westf., Telefon (02365) 691690. Schatzmeister: Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452. Geschäftsstelle Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365.

Prökelwitzer und Schlobitter

Sonntag, 2. Juli: Heimattreffen der Prökelwitzer und Schlobitter in Bücken. Beginn ist um 10 Uhr mit dem Gottesdienst im Dom zu Bücken. Anschließend: Landhaus Hünecke, 27333 Warpe.



Ortelsburg: Im niedersächsischen Fintel hielten die Ostpreußen aus Schwentainen und Rogonnen ihr Jahrestreffen ab Bild: privat



ORTELSBURG

Kreisvertreter: Dieter Chilla, Bussardweg 11, 48565 Steinfurt, Telefon (02552) 3895, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de. Stellvertretender Vorsitzender: Marc Plessa, Hochstraße 1, 56357 Hainau. Geschäftsführerin: Karola Kalinski, Meisenstraße 13, 45698 Gladbeck. Internet: www.kreis-ortelsburg.de

Schwentainen und Rogonnen

Vom 28. Mai bis 2. Juni trafen sich die ostpreußischen Landsleute wie jedes Jahr in Fintel in der Nordheide im herrlichen Eurostrand, einem Hotel. Das freundliche Personal hatte für uns schon viele schöne Überraschungen vorbereitet.

Am Sonntag nach dem Abendbrot trafen sich unsere beiden Gruppen zum Begrüßungsabend in einem separaten Raum. Die Freude beim Wiedersehen war groß. Der Pillkaller stand schon bereitet und wurde zur Begrüßung von den netten jungen Serviererinnen gereicht.

Harald und Hannelore Kedzierski überreichten jedem Teilnehmer ein kleines Geschenk. Zum Mitsingen wurden Liederbücher bereitgestellt. Hannelore Kedzierski begrüßte alle sehr herzlich. Harald Kedzierski trug das Lied der Glocken, ein Stück aus den Vertreibungsgebieten, vor. Anschließend erklang das Masurenlied.

Die Totenehrung folgte nun für beide Gruppen. Symbolisch dafür stand eine große weiße Kerze mit dem Wappentier der Ostpreußen dem Elch. Die Namen der im vorigem Jahr Verstorbenen wurden bekannt gegeben. Eine Minute stillen Gedenkens für unsere Lieben folgte. Dann wurde das Ostpreußenlied gesungen. Hanne Wiberny trug ein selbstgeschriebenes schönes Gedicht über ihre Heimat vor. Zu diesem herrlichen Sommerwetter, welches uns der Himmel geschenkt hatte, sangen wir das Lied „Der Mai ist gekommen“.

Erwin Kossak sprach über seine ganz persönlichen Erlebnisse der Flucht und Vertreibung. Als Kind ist er mit seiner Schwester allein herumgeirrt, da sie ihre Mutter verloren hatten. Erst nach zwei Jahren haben sie ihre Eltern wiedergefunden. Alle waren über dieses Schicksal sehr betroffen. Nach dem ergreifenden Bericht und einer kurzen Pause wurde das kleine Kulturprogramm fortgesetzt. Wir sangen „Ännchen von Tharau“. „Heimat, ein heiliges Wort“ wurde vorgetragen von Hannelore Kedzierski. „Am Brunnen vor dem Tore“ erinnerte uns an unser kleines Dörfchen, wo heute noch der Brunnen steht.

Bärbel Franke erzählte eine lustige Geschichte aus der Kinderzeit. Peter Koch beschrieb in seinem gleichnamigen Vortrag „wie die Elche abends aus den Dünen treten“. Zum Abschluss reichten wir uns stehend die Hände und sangen gemeinsam: „Kein schöner Land!“

Die gemeinsamen schönen Tage, auf die wir uns freuten, begannen. Am Montag fuhren wir mit dem Planwagen „Heideexpress“. Wir unternahmen eine Halbtagsfahrt nach Rothenburg an der Wümme, eine Ganztagsfahrt mit hervorragender Stadtführung ging nach Hamburg. Bei einer Kutschfahrt durch die Heide erlebten wir Schneeverdingen.

Es ist wunderbar, dass so viele noch so gesund und fit sind, um die Fahrten erleben zu können. Ja, die alten Ostpreußen lassen sich nicht so schnell unterkriegen. Mit 90 Jahren war Erich Druba aus Bergenau in unserer frohen Runde in Fintel dabei. Ich verneige mich vor ihm und sage Dank für seine Teilnahme und für die vielen guten Gespräche mit ihm. Er kann uns noch sehr viel erzählen und kennt die Familien von Bergenau.

Unsere Gemeinschaft ist für uns sehr wichtig und wertvolle Freundschaften sind entstanden. Im Mittelpunkt unserer Treffen steht unsere Heimat Ostpreußen. Nun freuen wir uns alle auf ein gesundes frohes Wiedersehen im nächsten Jahr. Wir treffen uns im Eurostrand vom 27. Mai bis zum 01. Juni. *Hannelore Kedzierski*



RÖSSEL

Kreisvertreter (komm.): Paul Thiel, Haydnstraße 23, 66333 Völklingen, Telefon (06898) 25327. Redaktion Rößeler Heimatbote: Gisela Heese-Greve, 23562 Lübeck, Tel. (0451) 58249090.

Tag der offenen Tür

Neuss – Donnerstag, 6. Juli, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17, Neuss: Tag der offenen Tür.

Heimatkreisgemeinschaften Fortsetzung auf Seite 16

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 15

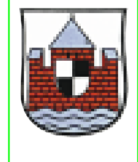


SENSBURG

Kreisvertreterin: Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 768799. Alle Post an: Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de, www.kreisgemeinschaftsensburg.de

Ortstreffen

1. bis 3. Juli, Hotel „Krone-Post“, Hauptstraße 1, **69412 Eberbach am Neckar:** 32. Ortstreffen Steinhof und Groß Steinfelde.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Tilsiter trafen sich in Leipzig



Tilsit-Stadt: Mit besonderer Herzlichkeit begrüßten die Tilsiter den Stellvertretenden Sprecher der Landsmannschaft, Hans-Jörg Froese (hintere Reihe, stehend, links) Bild: privat

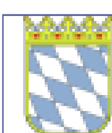
Das Regionaltreffen in Leipzig fand bei den Tilsitern großen Anklang. Dezentrale Regionaltreffen tragen dazu bei, angesichts nachlassender Mobilität die Anreisewege zu verkürzen und die Teilnahme zu erleichtern. Mit dem Glockengeläut des Königsberger Doms wurde die Veranstaltung feierlich eröffnet. Im Namen der Stadtgemeinschaft Tilsit hieß Vorstandsmitglied Erwin Feige die Teilnehmer herzlich willkommen. Ein besonderer Dank galt Eberhard Grashoff, der das Treffen mit großer Perfektion organisiert hatte.

Der stellvertretende Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Hans-Jörg Froese, hob in seiner Rede hervor, dass Regionaltreffen einen festen Platz bei der Pflege des Zusammenhalts der Kreisgruppen gefunden haben. Er würdigte die Bedeutung der Kreisgruppen bei der Bewahrung und Weitergabe des heimatlichen Erbes sowie bei der Verständigung mit den heutigen Bewohnern. Mit einem Vortrag unter dem Titel „Angekommen in der neuen Heimat“ schilderte Professor Heinz Radszuweit aus Cottbus seinen Lebensweg vom ostpreußischen Dorfjungen bis in die Höhen der medizinischen Wissenschaft. Das Treffen wurde umrahmt von musikalischen Darbietungen des Kinder-Ensembles „Sonnenschein“, das bereits mit großem Erfolg im Leipziger Gewandhaus aufgetreten ist. Am Nachmittag erfreute der Chor „Heimatmelodie“ aus Dresden die Teilnehmer mit ostpreußischen Liedern, die zum kräftigen Mitsingen animierten und schließlich sorgte das Blasorchester der Freiwilligen Feuerwehr Seehausen für gute Stimmung. Am Tilsiter Bücherstand, der von Manfred Urbschat betreut wurde, herrschte rege Nachfrage. Man war sich einig, im nächsten Jahr wieder nach Leipzig zu kommen.

Johanna-Wolff-Schule

Das diesjährige Treffen der ehemaligen Johanna-Wolff-Schüler findet vom 9. bis 13. August im Balance-Hotel, Alte Messe Leipzig, Breslauer Straße 33, 04299 Leipzig statt. Der Preis für ein Einzelzimmer beträgt 60 Euro und für ein Doppelzimmer 75 Euro mit Frühstück und einem Tikket der Mitteldeutschen Verkehrsbetriebe für Fahrten in Leipzig mit den öffentlichen Verkehrsmitteln. Geplante Unternehmungen: Stadtrundfahrt mit Begleitung, Besuch des Völkerschlachtdenkmals, Schiffsrundfahrt und Besuch der Thomaskirche mit Kantaten oder Motetten. Anmeldungen zum Treffen nimmt die Schulsprecherin Frau Irmgard Steffen unter der Telefonnummer (0611) 844938 gerne entgegen.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Sonnabend, 8. Juli: Tagesausflug nach Würzburg, mit Schifffahrt auf dem Main und Besuch des Bürgerspitals. Anmeldung bei Landsmann Bethke, Telefon (09831) 80961.

Hof – Sonnabend, 8. Juli, 15 Uhr, Altdeutsche Bierstube: Sommer in Ostpreußen.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

KREISGRUPPEN



Bartenstein – Anfragen für gemeinsame Treffen bei Elfriede Fortange, Telefon (030) 4944404.



Königsberg – 14. Juli, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben-Straße 10, 10709 Berlin-Halensee. Anfragen an Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



Rastenburg – 9. Juli, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin. Anfragen: Martina Sontag, Telefon (033232) 18 88 26.

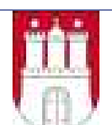


BRANDENBURG

Vorsitzender: Hans-Jörg Froese, Phoebener Chausseestraße 10, 14542 Werder, Telefon: (03327) 741603, E-Mail: lo.lg.brandenburg@googlemail.co, Internet: https://lolgbrandenburg.wordpress.com/

Landesgruppe – Sonnabend, Freitag, 30. Juni, 18 Uhr, Am Neuen Markt 9d, 14467 Potsdam: Der Vorstand der Landesgruppe lädt herzlich zur diesjährigen Mitgliederversammlung ein. Die Versammlung wird in der Museums-Galerie „Die Ersten Preußen“ stattfinden. Der Veranstaltungsraum wird ab 17.30 Uhr geöffnet sein, sodass die Dauerausstellung der Prußenstiftung Tolkemita besichtigt werden kann. Die vorgesehene Tagesordnung:

1. Begrüßung, Totenehrung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit, Annahme der Tagesordnung
3. Kurzbericht des Vorstands über die Aktivitäten im vergangenen Jahr 2016
4. Tätigkeitsbericht des Vorstands
5. Bericht des Kassenwarts, Jahresrechnung
6. Bericht der Kassenprüferin
7. Aussprache, Entlastung des Vorstands
8. Vorhaben im Jahr 2017
9. Verschiedenes
10. Vortrag „Reise durch Ostpreußen im Juni 2017“ – Von Potsdam über Danzig, Allenstein, Lyck, Tauroggen, Memel bis nach Nidden und zurück über Kiel nach Potsdam.

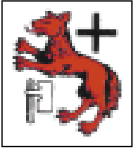


HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

Landesgruppe – 15. Juli, Gastronomie „NewLivingHome“, Julius-Vosseler-Strasse 40: Sommerfest mit dem Chor LAB unter der Leitung von Dieter Dziobaka, mit einem fröhlichen Sommerprogramm. Achtung, neuer Veranstaltungsort ist die Gastronomie „NewLivingHome“ in der Nähe der U2-Haltestelle Hagenbecks Tierpark. Vom Bahnhof aus stehen für Gehbehinderte Rolltreppen und Fahrstühle zur Verfügung. Zum Veranstaltungsort sind es zirka fünf Gehminuten. Im Hugh-Greene-Weg 2 stehen kostenlose Tiefgaragenplätze zur Verfügung. Für Kaffee und Kuchen ist gesorgt. Ein Stück Torte und Kaffee satt kosten neun Euro. Weiter Auskünfte erteilen Siegfried Grawitter, Telefon (040) 205784, Reinhard Mallée, Telefon (040) 22589.

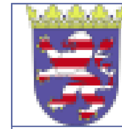
KREISGRUPPEN



Heiligenbeil – Sonnabend, 1. Juli, 14 Uhr, AWO Seniorentreff, in den neuen Räumen der AWO, im Stadtteilhaus „Horner Freiheit“, Am Gojenboom 46: Sommerfest Kreisgruppe Heiligenbeil, in der Landesgruppe Hamburg. Bei Kaffee und Kuchen sowie Urlaubsbildern aus der Heimat, wollen wir in geselliger Runde mit Ihnen einige fröhliche und besinnliche Stunden miteinander verbringen. Sie erreichen den AWO Seniorentreff mit der U 4 Richtung Billstedt oder U 2 Richtung Mümmelmannsberg, bis Horner Rennbahn, hier den Ausgang „Am Gojenboom“ benutzen, direkt gegenüber ist das Stadtteilhaus Horner Freiheit, für Rollstuhlfahrer und Rollatoren gibt es einen Fahrstuhl, hier sind es dann aber drei bis vier Minuten Fußweg, bis zum Stadtteilhaus, Am Gojenboom 46. Anmeldung bis 30. Juni bei Landsmann Konrad Wien, Telefon (040) 32049041.



Osterode – Sonnabend, 1. Juli 14 Uhr, Magnolienzimmer, Restaurant Riebeling, Fuhlsbüttler Straße 755, Hamburg-Ohlsdorf: Sommerfest. Das Restaurant liegt direkt am Bahnhof Ohlsdorf, Ausgang Fuhlsbüttler Straße. Wir beginnen mit einer gemeinsamen Kaffeetafel und begrüßen den herannahenden Sommer mit Liedern und Gedichten.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Viel zu tun in Hamburg

Wahl des Landesvorstandes beim Bund der Vertriebenen in Hamburg: Am 12. Juni bestätigten die zehn Verbände, die dem BdV in der Hansestadt angehören, Willibald C. Piesch und seine beiden Stellvertreter Peter Voß und Hartmut Klingbeutel (Ostpreußen) in ihren Ämtern. Alle drei wurden einstimmig wiedergewählt.

Wichtige Aufgaben kommen auf sie zu: 2018 läuft der Mietvertrag für das Haus der Heimat aus. Dort stehen zudem Umbauten an. Auch in den einzelnen Mitgliedsverbänden sind einige Veränderungen zu organisieren.

Darmstadt/Dieburg – Bei unserem letzten Treffen vor der Sommerpause (Juli und August) am 10. Juni stand das Plachandern als Hauptthema auf der Tagesordnung. Da der musikalische Teil bei unserem Treffen am 20. Mai „Begrüßung des Frühlings mit Musik“ wegen der nachzuholenden erforderlichen Vorstandswahl vernachlässigt werden musste, erfreute uns Herr Fischer, auch auf ausdrücklichen Wunsch unseres Geburtstagskindes, wieder mit Musik. Obwohl die Teilnehmerzahlen kleiner werden, kam doch ostpreußische Plachanderstimmung auf, die sehr schön musikalisch untermalt war.

Gerhard Schröder und Christian Keller sprachen ihre Begrüßungsworte und es gab Anlass zum Feiern. Anni Oest hatte Geburtstag, und spendierte reichlich Kaffee und Kuchen für alle Anwesenden. Den Glückwunsch und die Blumen von uns nahm sie gerne entgegen. Auch Herr Fischer gab einen musikalischen Extra-Glückwunsch zum Besten. Ein weiterer Anlass zum Feiern: Die Eiserne Hochzeit des Ehepaars Rosel und Siegfried Kugies. Auch hier wurden unsere nochmaligen Glückwünsche musikalisch begleitet. Der Tischplatz war extra mit einer Rosengirlande geschmückt.

Die Geburtstagskinder der letzten Wochen wurden mit einem kleinen Gedicht von Anni Oest beglückwünscht. Auch das geistige Wort von Herrn Turowski hat nicht gefehlt. Erwähnenswert ist natürlich auch, dass wir unsere Blumenfee Waltraud Barth begrüßen konnten, die nach einem Krankenhausaufenthalt heute wieder für den Blumenschmuck auf den Tischen gesorgt hat.

Zum Thema Frühling wurden Gedichte und Textpassagen in ostpreußischer Mundart vorgetragen. Mit musikalischer Begleitung näherten wir uns dem Ende des heutigen Treffens und sangen gemeinsam das Ostpreußenlied. Den Abschluss bildete ein Trompetensolo von Herrn Fischer.

Wir wünschen allen einen schönen Sommerurlaub, allen Kranken eine gute Genesung und freuen uns auf unser nächstes Treffen am 16. September 2017. Für diesen Tag haben wir uns das Thema „Wer bin ich und wo komm ich her“ ausgesucht. Hier bitten wir alle, sich mit einem kurzen Beitrag zu beteiligen, um zu erfahren, wie nach der Flucht die Integration in der neuen Heimat gelungen ist. Die Erfahrungen der Partner mit uns Vertriebenen wäre ein wesentlicher Bestandteil.

– Eiserne Hochzeit –

Seit 65 Jahren gemeinsam durchs Leben gegangen sind Siegfried und Rosel Kugies. Am 23. Mai 1952 haben sie in Trebur geheiratet. Mit sehr viel Eigenleistung und Engagement konnte am 16. Januar 1956 das Eigenheim in Trebur bezogen werden. Das Ehepaar wohnt noch heute darin. Der Sohn, Dr. Hans-Ulrich Kugies, lebt mit seiner Familie ebenfalls in Trebur und hat den Vater bei seinen vielen Aktivitäten immer unterstützt.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

Siegfried Kugies hat Karriere gemacht bei der Deutschen Bundesbahn als Bahnhofsvorsteher in Walldorf (Hessen) und zuletzt als Touristenbetreuer für amerikanische Soldaten in Deutschland. Viele Reisen zeugen von der Sehnsucht nach seiner masurischen Heimat, genau wie zahlreiche humanitäre Transporte nach Angerburg und der Schüleraustausch zwischen Trebur und Benkheim, die von ihm organisiert und mitfinanziert wurden.

Er erhiel+t zahlreiche Auszeichnung so im Jahre 1980 das Bundesverdienstkreuz am Bande. Am 12. September 1997 verlieh ihm die Gemeinde den Titel „Ehrenvorsitzender der Gemeinde Trebur“. Mit dem „Silberne Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen“ wurde er am 11. September 2010 ausgezeichnet. Den Kulturpreis des Landkreises Rotenburg (Wümme) erhielt er im September 2011 für sein Buch „Der Ostpreußische Eisenbahner und die Amerikaner“.

Gemäß dem Spruch „Hinter jedem starken Mann steht eine starke Frau“ waren diese Aktivitäten nur durch die tatkräftige Mithilfe seiner Frau Rosel möglich. Wir gratulieren dem noch so aktiven und rüstigen Ehepaar Kugies ganz herzlich zu diesem außergewöhnlichen Ehejubiläum und wünschen noch viele gemeinsame glückliche Jahre bei bester Gesundheit.

Wetzlar – Sonnabend, 1. Juli, 13 Uhr, Schützenhaus am Bobenhöllerwald in Nauborn: Grillfest. Weitere Informationen erteilt Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559.

Wiesbaden – Dienstag, 11. Juli, 15 Uhr, Gaststätte beim Wiesbadener Tennis- und Hockey-Club, Nerotal: Frauengruppe, Kaffeetrinken im Grünen. ESWE-Bus: Linie 1, Haltestelle Nerotal (Endhaltestelle). Wer Lust auf einen Spaziergang hat, steigt bereits an der Haltestelle „Kriegerdenkmal“ aus. Von dort geht die Gruppe um 14.30 Uhr durch die Nerotal-Anlage zur Gaststätte. Organisation und Leitung Helga Kukwa. – Donnerstag, 13. Juli, 12 Uhr, Gaststätte „Haus Waldlust“, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach: Stammtisch. Wir essen à la carte. Wegen der Platzdisposition bitte unbedingt anmelden bis spätestens 7. Juli bei Irmgard Steffen, Telefon (061) 844938. ESWE-Bus: Linie 16, Haltestelle Ostpreußenstraße. – Donnerstag, 27. Juli, 15 Uhr, Erbenheim, Kleingartenverein am Wasserwerk: Sommer-Gartenfest. Am Grill werden Steaks und Würstchen zubereitet. Zu Beginn verwöhnen wir Sie mit Kaffee und leckeren Kuchen. Musikalisch unterhält Sie das bewährte Duo Budau und Dr. Hübethal. Wir freuen und, wenn Sie am Gartenfest teilnehmen. Wegen der Essensdisposition bitte anmelden bei Frau Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938 bis zum 17. Juli. Sollten Sie nach erfolgter Anmeldung am Gartenfest nicht teilnehmen, muss das bestellte Essen dennoch bezahlt werden, da wir die gemeldeten Portionen verbindlich gebucht haben. Das Gartenfest findet bei jeder Witterung statt, überdachte Bereiche stehen zur Verfügung.



Darmstadt/Dieburg: Rosel und Siegfried Kugies feierten ihre Eiserne Hochzeit Bild: privat

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Landesgruppe – ein eindrucksvoller Vortrag über Martin Luther von Wolfgang Thüne, Berichte der Bezirks-, Kreis- und Ortsgruppenvorsitzenden über ihre Arbeit und ihre Aktivitäten vor Ort, die Ehrung verdienter Ehrenamtsträger sowie der Rückblick der Landesvorsitzenden auf die Arbeit der Bundeslandsmannschaft und den Bund der Vertriebenen bildeten die Schwerpunkte der Jahreshauptversammlung der Landesgruppe, die in Celle stattfand.

Dank und große Anerkennung zollte die Landesvorsitzende, Barbara Loeffke, den Ehrenamtsträgern, die mit großem persönlichen Einsatz ihre Gruppen führen und mit ideenreichen Veranstaltungen, mit Vorträgen, Ausflügen und Besichtigungen zum Teil seit sieben Jahrzehnten die Erinnerung an Ostpreußen aufrechterhalten. Agnes Miegel, Ernst Wiechert, Hermann Sudermann und andere ostpreußische Dichter und Schriftsteller bieten auch heute noch Gelegenheit, die Heimat auferstehen zu lassen. Aber es werden auch geschichtliche Themen über Ostpreußen und Deutschland hinaus behandelt. Unternehmen werden besichtigt, Kulturfahrten zu den befreundeten Heimatmuseen, in das östliche Europa und natürlich auch in die Heimat selbst runden die Zusammenkünfte ab. Trotz abnehmender Mitgliederzahlen lebt Ostpreußen fort und wird so in die Zukunft getragen.

Die Landesvorsitzende richtete in ihrem Rückblick das Augenmerk auf die Arbeit der Bundeslandsmannschaft und die Beschlüsse der Landesvertretung im Jahr 2016. Zu einem Erfolg wurde das Jahrestreffen 2017 der Ostpreußen in Neuss. das den Zusammenhalt der Ostpreußenfamilie zeigte. Der Bund der Vertriebenen tritt in Hannover und in Berlin mit dem Tag der Heimat an die Öffentlichkeit. Nicht unerwähnt ließ Barbara Loeffke die Tagungen der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, die Aktivitäten des Ostpreußischen Landesmuseums und den Fortgang seines Aus- und Erweiterungsbaus. Das ostpreußische Landesmuseum wird hoffentlich im Jahre 2018 mit seiner erweiterten Gesamtschau wiedereröffnet werden.

Bei den satzungsgemäß stattfindenden Wahlen wurde Barbara Loeffke als Landesvorsitzende in ihrem Amt bestätigt. Aus dem Vorstand ist aus gesundheitlichen Gründen der langjährige verdienstvolle Kassenwart und Schriftführer Gerhard Schulz ausgeschieden. Zu seiner Nachfolgerin wurde Hilde Pottschien gewählt.

Ebenfalls ein wichtiger Programmpunkt der Zusammenkunft: Die Ehrung verdienter Amtsträger. Wolfgang Thüne, Vorstandsmitglied der Bundeslandsmannschaft, überreichte Renate Bohn und Gerold Plewa, das Silberne Ehrenzeichen der Landsmannschaft für ihre Verdienste um die Heimat. Renate Bohn, geboren in Adlig Linkuhnen im Kreis Elchniederung, ist der Landsmannschaft durch ihre Mitarbeit in der Ortsgruppe Holzminden schon seit der Zeit, als noch Lothar Brzezinski die Ortsgruppe führte, verbunden. Mit ihr hat Landsmann Brzezinski eine sehr würdige Nachfolgerin gefunden. Seit 1988 Schriftführerin in der Gruppe Holzminden, wurde sie 2003 zur Vorsitzenden gewählt. In den regelmäßig durchgeführten Veranstaltungen wird nicht nur die Erinnerung an Ostpreußen gepflegt, sondern mit einem abwechslungsreichen Veranstaltungsprogramm sorgt sie auch für den Zusammenhalt der Gruppe. Besondere Verdienste hat sie sich durch die Betreuung alter und kranker Mitglieder erworben. Jährlicher Höhepunkt im Veranstaltungskalender der Ortsgruppe ist die mit einer Andacht verbundene Weihnachtsfeier. Dank der vielfältigen Aktivitäten von Renate Bohn gehört die Gruppe Holzminden zu den größten und lebendigsten in der Landesgruppe.

Der Vorsitzende der Ostpreußengruppe Soltau, Gerold Plewa, geboren in Rundfließ im Kreis Lyck, ist der Landsmannschaft Ostpreußen seit Jahrzehnten eng verbunden. Von 1991 bis 2004 Stellvertretender Vorsitzender, wurde er 2004 zum Vorsitzenden der Gruppe und auch zum Stellvertretenden Vorsitzenden der Bezirksgruppe Lüneburg der Landsmannschaft gewählt.

Plewa zeichnet sich nicht nur durch seine Arbeit als Vorsitzender der Ortsgruppe Soltau mit der vorbildlichen Betreuung ihrer Mitglieder aus, sondern auch durch seine Aktivitäten über die Ortsgruppe hinaus. Sein Wissen über Ostpreußen findet Niederschlag in der Mitwirkung bei vielen Vortragsveranstaltungen über Soltau hinaus. So bereichert er die Zusammenkünfte der Bezirksgruppe Lüneburg und der benachbarten Ortsgruppen mit Vorträgen über die deutsche und europäische Geschichte und über Reiseeindrücke von der Heimat in Vergangenheit und Gegenwart. Auch nicht-ostpreußische Einrichtungen, wie der Bund der Vertriebenen, profitieren von seinem Wissen. Sein Einsatz für Ostpreußen wurde bereits 2013 durch die Verleihung der Verdienstabzeichens der Landsmannschaft Ostpreußen gewürdigt.

Ein ganz großer Deutscher stand dann wenig später im Mittelpunkt der Jahreshauptversammlung: „Martin Luther und die Reformation in Ostpreußen“, hieß das Thema, das Wolfgang Thüne abschließend vortrug.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18



Ehrender und Geehrte in Niedersachsen: Wolfgang Thüne (M.) übergab das Silberne Ehrenzeichen an Renate Bohn und Gerold Plewa. Außen stehend: Fritz Folger und Barbara Loeffke Bild: privat

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 17

Rinteln - Donnerstag, 13. Juli, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, 31737 Rinteln: Thomas Weishaupt, Präventionsbeauftragter des Weissen Ring e.V., Niedersachsen Süd, wird zum Thema „Kriminalitätsvorbeugung für Junggebliebene“ sprechen. Zu diesem Monatstreffen der Gruppe sind neben Mitgliedern, Angehörigen, Freunden und Bekannten auch interessierte Gäste aus Nah und Fern herzlich willkommen. Weitere Auskünfte gibt es bei Joachim Rebuschat, dem Vorsitzenden der landsmannschaftlichen Gruppe, unter Telefon (05751) 53 86 oder über: rebuschat@web.de



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Auch in diesem Jahr findet an der Gedenkstätte des Deutschen Ostens auf Schloss Burg eine Kulturveranstaltung der Landsmannschaften Ostpreußen, Pommern und Schlesien, Landesgruppen, statt. Wir wünschen uns, dass wir am 2. Juli, ab 11 Uhr (Zeit zum Plachandern) recht viele Landsleute und Gäste auf unserem „Kleinen Ostpreußen-, Pommern- und Schlesiertreffen“ begrüßen können. Wie schon in den vergangenen Jahren besteht die Veranstaltung aus einem offiziellen (14 Uhr) und einem unterhaltsamen Teil. Zu Beginn läuten die Glocken aus Königsberg und Breslau, wir gedenken unserer Toten und hören das Trompetensolo "Ich hatt' einen Kameraden“ (Trompeter F. Braun). Renata Zasjaczkowska aus Schlesien wird die Ansprache halten. Bärbel Beutner führt Sie durch die Veranstaltung. Für das leibliche Wohl sorgen die Damen verschiedener Gruppen mit Spezialitäten. Zahlreiches Erscheinen ist der Lohn für die Veranstalter mit ihren ehrenamtlich Mitwirkenden.

Bielefeld – 6. Juli, 15 Uhr, in den Räumen der Kreisvereinigung, 2. Stock, Wilhelmstraße 1b, 33602 Bielefeld: Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt.

Bonn –Dienstag, 4. Juli, 18 Uhr, „Haus am Rhein“, Elsa-Brändström-Straße 74: Sommerstammtisch. Freier Meinungsaustausch in lockerer Runde.

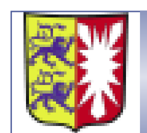
Dortmund – Montag, 17. Juli, 14.30 Uhr, Heimatstube, Landgrafenstraße 1-3, Eingang Märkische Straße: monatliche Zusammenkunft.

Düsseldorf - Jeden Mittwoch, 18.30-20 Uhr, Eichendorff-Saal, Gerhart-Hauptmann-Haus: Chorproben der Düsseldorfer Chorgemeinschaft unter der Leitung von Radostina Hristova. – Montag, 3. Juli, 19 Uhr, GHH: Buchvorstellung mit Dr. Christopher Spatz „Nur der Himmel blieb derselbe“.

Neuss – Sonnabend, 15. Juli, 12 Uhr, Cornelius-Kirche in Neuss-Erfttal: großes Grillfest mit ostpreußischen Spezialitäten.

Witten – Montag, 17. Juli: Fahrt ins Blaue.

Wuppertal – Sonntag, 2. Juli: Die Juli-Ostpreußenrunde fällt aus wegen der Kulturveranstaltung auf Schloss Burg a. d. Wupper ab 11 Uhr.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Bad Oldesloe - Nach Begrüßung der Ost- und Westpreußen in Bad Oldesloe berichtete die Vorsitzende über das Heimatkreistreffen der Marienwerderer in der Patenstadt Celle am Himmelfahrtswochenende. Dabei ging es auch um den Fortbestand unserer Heimatarbeit. Die Vorstandsmitglieder in den Heimatkreisen und in den Ortsverbänden sind über 80 Jahre alt. So hat der Bundesvorstand ins Gespräch gebracht, die Landsmannschaft Westpreußen in „Westpreußische Gesellschaft“ umzubenennen. Man erwartet, dass sich dann eventuell auch junge Leute, die zu Westpreußen gar keine Verbindung haben, für diese historische und kulturelle Gesellschaft interessieren und vielleicht sogar mitarbeiten.

Thema des Nachmittags war die Gründung des Ostseebades Kahlberg auf der Frischen Nehrung.

Schon 1424 gab der Deutsche Orden das Privileg für einen Krug in Kahlberg, und die Postlinie über die Nehrungsstraße unterhielt dort eine Station zum Wechseln der Pferde. Erste Segler kamen später von Elbing und Braunsberg dorthin, um in der Ostsee zu baden. Doch es dauerte bis 1841, ehe Dampfer hier regelmäßig ankamen und der Ort sich zu einem Seebad entwickelte.

Um das Jahr 1830 herrschte in Elbing Cholera. Elbinger Ärzte entdeckten diesen Ort zur Erholung. Eine Gesellschaft „Seebad Kahlberg“, an der auch der Industrielle Ferdinand Schichau beteiligt war, begann ab 1871 mit dem Ausbau des Ortes. 1929 konnten etwa 5000 Badegäste gezählt werden. Kahlberg war der bekannteste und beliebteste Badeort auf der Frischen Nehrung.

Gisela Brauer

Burg – Der jüngste Ausflug führte die Mitglieder und Gäste bei herrlichem Wetter in die Klosterstadt Rehna, wo im Jahre 1230 ein Nonnenkloster errichtet wurde, dass zum Bistum Ratzeburg gehörte und im 14. und 15. Jahrhundert zu den bedeutendsten Klöstern Mecklenburgs zählte. Dieses wurde unter fachkundiger Führung besichtigt, ebenso der angrenzende Klostergarten der wunderschönen Anlage.

Danach ging die Fahrt in die Landeshauptstadt von Mecklenburg-Vorpommern nach Schwerin, wo ein Mittagessen in einer Gaststätte am See mit Blick auf das Schloss eingenommen wurde. Eine Altstadtführung schloss sich an.

In der Schlossgärtnerei von Schloss Wiligrad, das in einem Waldgebiet am Steilufer des Schweriner Außensees liegt, wurde zum Abschluss der Fahrt im Garten unter altem Baumbestand Kaffee getrunken. Dieses Kleinod ist eines der jüngsten Schlösser Mecklenburgs-Vorpommerns. Ein Spaziergang durch den wunderschön angelegten Schlosspark wurde zum Abschluss der Fahrt von der Gruppe unternommen und danach die Heimreise angetreten. Fazit der Reise: Es war wunderschön!

Flensburg – Donnerstag, 13. Juli, 16.30 Uhr: Besichtigung der Classic-Yacht-Werft Osthafenbereich anschließend gemeinsames italienisches warmes Abendessen. Zu erreichen per Bus mit der Linie 5, Ausstieg Industriehafen, anschließend Fußweg an der Firma Jacob-Zement vorbei, weiter zum Hafen zirka 300 Meter bis zum Ziel.

Neumünster – Mittwoch, 12. Juli, 13.30 Uhr (Abfahrt), hinter dem Finanzamt: Jahresausflug. Die unterhaltsame Kaffeefahrt führt uns mit dem Dehnreisebus nach Rendsburg an die Schwebefähre-Schiffsbegrüßungsanlage-Café Brückenterrassen. Anmeldung bitte bis zum 7. Juli unter Telefon (04321) 82314.

Schwarzenbek – Im gut gefüllten Bus unternahm die Gruppe am 7. Juni ihre Ausfahrt nach Kiel. Sinn und Zweck war es, an die Flucht 1945 über See zu erinnern. Wenn auch sehr verspätet, wollten wir uns für die beispiellose Rettungsaktionen der damaligen Marine von 2,4 Millionen Flüchtlingen, Verwundeten und Soldaten aus Ostpreußen, Westpreußen und Pommern bedanken.

Kurzfristig vor dem Termin teilte die Flottille 1 mit, dass man sich mit der Kriegsmarine nicht identifiziere und deshalb einen Dank für „Ereignisse und Maßnahmen im Zusammenhang mit der Rettung einer großen Zahl von Menschen aus Baltijsk und Gdynia“ nicht entgegen nehmen könne. Wir waren in Deutschland aus deutschen und nicht aus polnischen Häfen gerettet worden. Stattdessen wurde uns ein Vortrag über die Flottille mit anschließender Aussprache angeboten. Diese Absage erzeugte großen Missmut, war doch eine beträchtliche Anzahl der Reiseteilnehmer durch Schiffe der damaligen Kriegs- und Handelsmarine unter Einsatz des Lebens der Besatzungen dieser Schiffe vor den Russen gerettet worden. Der Besuch der Kaserne wurde von uns deshalb umgehend abgesagt, denn an einem Vortrag, der wohl auch in der Aussprache zu Kontroversen geführt hätte, waren wir nicht interessiert.

Stattdessen unternahmen wir eine sehr schöne und informative Stadtrundfahrt durch Kiel unternommen. Die Besichtigung des Ehrenmals Laboe, insbesondere der Gedenkhalle mit einer ausgezeichneten Führung hat alle Teilnehmer sehr bewegt. Beeindruckend war es, die Nachbildungen der Schiffe zu sehen, die uns damals retteten, aber auch der Schiffe, die durch Bomben und Torpedoabschüsse versenkt wurden, unter Mitnahme vieler Tausend Flüchtlinge in das nasse Grab, unter anderem die „Wilhelm Gustloff“. Bei der Besichtigung konnten wir dann in eindrucksvollem Rahmen unseren Dank für unsere Rettung vorbringen. Es war eine beeindruckende Ausfahrt, an die wir sicherlich noch lange zurückdenken werden.

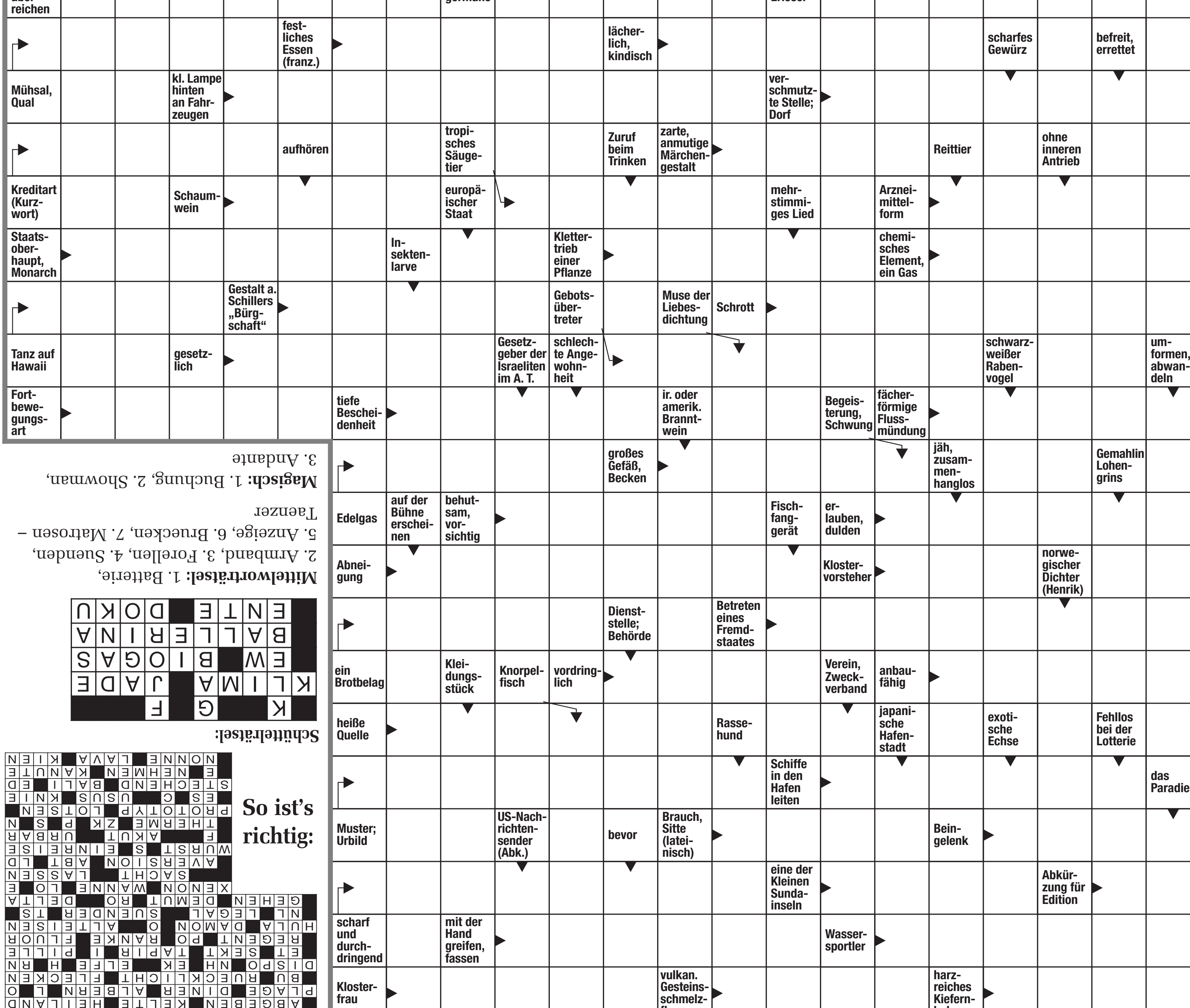
Uetersen – Dienstag, 4. Juli: Busfahrt ins Blaue gemeinsam mit dem Verein zur Erhaltung ostdeutschen Kulturgutes und dem KvD.

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen!

Wir benötigen eine starke Gemeinschaft, jetzt und auch in Zukunft. Sie können unsere Arbeit unterstützen, indem Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. werden. Dabei ist es egal, ob Sie in Ostpreußen geboren sind oder ostpreußische Vorfahren haben. Uns ist jeder willkommen, der sich für Ostpreußen interessiert und die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen unterstützen möchte.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur Wahl eines Delegierten für die Ostpreußische Landesvertretung (Mitgliederversammlung) zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen informiert und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg. Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60 Euro. Der Aufnahmeantrag lässt sich auf www.ostpreussen.de (Unterbereich „Mitgliedschaft“) ganz einfach herunterladen, oder Sie können ihn schriftlich anfordern bei:

Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Dr. Sebastian Husen,
Bundesgeschäftsführer
Buchtstraße 4
22087 Hamburg
husen@ostpreussen.de



Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

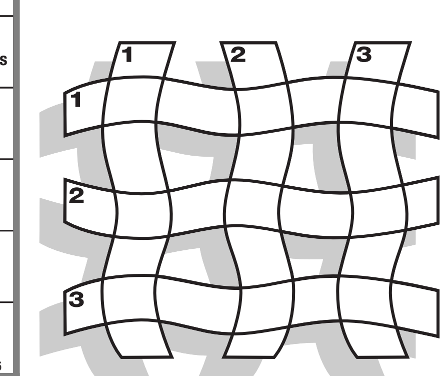
BEEKL · AINW · ABEGL · DFJOR · AGIO · ADKN · AESU · ADEJ · AIKLM · ABGIOS · AABEILLNR · EENT · DKOU

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein künstlerischer Beruf (Ballett).

1	AUTO		POL
2	GOLD		UHR
3	BACH		TEICH
4	JUGEND		BOCK
5	KLEIN		TAFEL
6	HOLZ		BOGEN
7	LEICHT		ANZUG

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Bestellung eines Flugtickets
2 Unterhaltungskünstler (engl.)
3 mäßig langsames Musikstück

So ist's richtig:

Schüttelrätsel: K, G, F, KLIMA, JADE, EW, BIOGAS, BALLERINA, ENTE, DOKU

Mittelworträtsel: 1. Batterie, 2. Armband, 3. Forellen, 4. Suenden, 5. Anzeige, 6. Bruecken, 7. Matrosen – Taenzer

Magisch: 1. Buchung, 2. Showman, 3. Andante

O wie Ollsche, P wie Pamel

„2300 Wörter und Redensarten, damit nicht ganz vergessen wird, wie man in Ostpreußen schabbern konnte", heißt das Büchlein, das der aus Gumbinnen stammende Pfarrer Felix Arndt (1908–1999) in fleißiger Kleinarbeit zusammenstellte. Die PAZ *bringt in loser Folge Auszüge. An dieser Stelle geht es mit Folge 38 weiter:*

O

von oberwärts = aus dem „Reich" westlich des polnischen Korridors, etwas Besseres sein
obstenatsch = widersetzlich
Ohrbetongs = Ohrringe
ojahnen = gähnen
Ollsche = scherzhaft: Ehefrau
oppendopsch sein = rebellisch, schwer von Begriff, daher leicht zu Missverständnissen neigend und sich dennoch aufpielen wollen
zu öpperscht = zuoberst

P

Pacheidel = Bündel
Pachulke = schlechter Kerl
padollsch = unbeholfen
Pallochem = Gefängnis
Paggel = ein Stück kleingemachtes Holz
Palietsch = Pflugschar
Pamel = alt gewordene Brötchen
pameln = lange kauen
Pämms, pämmsen = Prügel, schlagen
Pampuschen = warme Hausschuhe
Panjebraatsch = plump, vertraulich
Papännter = Brotanschnitt
Paräsken = unmoderne Schuhe
Pasche = einfacher Kuchen
paschen = mischen (die Spielkarten)
Pasen = Füße
Paslak = abhängiger, aufdringlicher Begleiter

Was siegreiche Völker nicht tun dürfen

Auch ein hoher ausländischer Staatsgast war bei der Gedenkstunde der Opfer von Flucht und Vertreibung dabei

Eine Premiere brachte der dritte bundesweite Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibungen am Dienstag, 20. Juni, im Schlüterhof des Deutschen Historischen Museums: Zum ersten Mal hielt ein ausländischer Würdenträger die Gedenkansprache. Der rumänische Staatspräsident Klaus Johannis war auf Einladung des Veranstalters, das Bundesministeriums des Innern (BMI), gekommen und berichtete von der Geschichte Rumäniens im Hinblick auf Vertreibung, Deportation und Unterdrückung der dortigen deutschen Volksgruppen. Johannis, selbst deutschstämmig, ging aber auch auf die Herausforderungen der heutigen Zeit ein, denen sich nicht allein Rumänien oder Deutschland, sondern Europa als Ganzes zu stellen hätte.

Eröffnet wurde die Gedenkstunde vom Gastgeber, Bundesinnenminister Thomas de Maizière. Ausgehend vom Beispiel des rund 180 Jahre alten Gedichtes „Mondnacht" des oberschlesischen Dichters Joseph Freiherr von Eichendorff wies er auf Werke hin, die zum deutschen „identitätsstiftenden Kulturerbe" gehören – deren Entstehungsorte heute jedoch nicht in der Bundesrepublik liegen. Dieses Kulturerbe verlange geradezu eine aktive Auseinandersetzung mit der Geschichte und vergegenwärtige auch immer wieder Krieg und Vertreibung.

Eichendorff und das Kulturerbe

Für ein geistliches Grußwort war Erzbischof Dietrich Brauer, Oberhaupt der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Russland, nach Berlin gekommen. Der Erzbischof bekannte, dass das Thema Vertreibung ihn spätestens seit Beginn seines Pastoraldienstes begleite. Die Salzburger Kirche in Gumbinnen [Gussew], wo er seine erste Pfarrstelle hatte, sei 1732 von Protestanten errichtet worden, die aus dem Fürsterzbistum Salzburg vertrieben worden waren. Das berühmte Altarbild zeige die Flüchtlinge von damals. Die auch gegen Kirche und Glauben gerichtete Oktoberrevolution vor 100 Jahren und die Verbannung und Zerstreuung der Russlanddeutschen zu Beginn des Zweiten Weltkrieges sei darüber hinaus prägend für viele Familienbiografien. Daher gelte es, das Vertrauen auf Gott zu richten und aus der Vergangenheit die richtigen Lehren zu ziehen.



Gedenkstunde im historischen Ambiente: Die Feierlichkeiten fanden im Schlüterhof des Deutschen Historischen Museums statt. Am Rednerpult: Rumäniens Staatpräsident Klaus Johannis

Auch Staatspräsident Johannis, beklagte, dass die Stimme der Erinnerung „die Waffen in unserer Welt nicht immer zum Schweigen" bringe. Trotz der Erfahrungen der Vergangenheit seien Flucht, Vertreibung und Leid bis heute weltweit zu beobachten. Der Blick auf den Zweiten Weltkrieg und seine Nachwirkungen zeige 60 Millionen Todesopfer, darunter 40 Millionen Zivilisten. Er zeige aber auch die größten Vertreibungen der Geschichte: 30 Millionen Menschen seien damals deportiert oder vertrieben worden – darunter unzählige Deutsche. Allein aus Rumänien seien 70000 nach Russland deportiert worden. 10000 Menschen hätten dies nicht überlebt. Viele Deutsche seien nach ihrer Rückkehr fremd in der eigenen Heimat und Gefangene totalitärer Regime geworden. Johannis erinnerte an die 200000 Deutschen aus Rumänien, die von der Bundesrepublik in den 1970er und 1980er Jahren „freigekauft" wurden. Rumänien stehe zu diesen unauslöschlichen Teilen seiner Geschichte. „Uns damit auseinanderzusetzen, wird dazu beitragen, eine bessere Wahrnehmung zu entwickeln, darüber wer wir sind und was wir in Zukunft zu tun haben", so der Staatspräsident, der selbst den Siebenbürger Sachsen angehört.



Unter den Gästen: Marianne Becker vom der Berliner Landesgruppe, LO-Sprecher Stephan Grigat und sein Stellvertreter Hans-Jörg Froese Bilder (2): Kai Lüdemann

Das Schlusswort zur Gedenkstunde kam, fast schon in guter Tradition, dem Präsidenten des Bundes der Vertriebenen, Bernd Fabritius, zu. Er erinnerte zunächst daran, dass jeder Mensch, der vertrieben oder gezwungen werde, seine Heimat zu verlassen, ein Opfer sei und „einen dramatischen Bruch in der eigenen Biografie" erlebe. „Das war 1945 so und es gilt in Gegenwart und Zukunft", betonte Fabritius.

»Keine Kollektivschuld der Bevölkerung«

Die immerwährende Verantwortung wegen der von Deutschen im Zweiten Weltkrieg begangenen Verbrechen schmälere nicht das Unrecht der Vertreibungen, so der BdV-Präsident. Umso wichtiger sei es, dass die deutschen Heimatvertriebenen mit ihrer zukunftsweisenden Charta schon 1950 „dem Teufelskreis aus Rache und Vergeltung" eine Absage erteilt hätten. Eindringlich mahnte Fabritius, es gehöre „eben nicht zu den durch Kriegs- oder Völkerrecht gedeckten Privilegien der sieg-reichen Mächte, dass im Krieg besiegte Volk aus seiner jahrhundertealten Heimat zu vertreiben", Flüchtlingstrecks zu bombardieren, Frauen zu vergewaltigen oder der Zivilbevölkerung eine Kollektivschuld an Krieg oder Kriegsverbrechen zuzuweisen. *PAZ*

Kollwitz in Ellingen

Ausstellung über die Königsberger Jahre

Die in Königsberg geborene Grafikerin, Malerin und Bildhauerin Käthe Kollwitz (1867–1945) zählt zu den bekanntesten deutschen Künstlerinnen des 20. Jahrhunderts. Welchen Einfluss aber hatten die Königsberger Jahre auf ihr Schaffen? Der französische Maler Marc Chagall hat einmal gesagt: „Jeder Maler ist irgendwo geboren. Und auch wenn er sich später den Einflüssen anderer Atmosphären zuwendet, so bleibt doch eine gewisse Substanz seines Geburtsortes an seinem Werk hängen."

Jutta Bohnke-Kollwitz, die Enkelin von Käthe Kollwitz, stellte dieses Zitat im Juni 1991 in Königsberg an den Anfang einer Ansprache über ihre Großmutter. Zum Ausdruck brachte sie, dass die Wurzeln von Käthe Kollwitz und ihre Lebensanschauung in Königsberg lagen. Eine Feststellung, die auch die Autorin Alexandra von dem Knesebeck in ihrer Arbeit unter dem Titel „Käthe Kollwitz – Die prägenden Jahre" bestätigte.

In der Ausstellung „Käthe Kollwitz: Königsberger Jahre – Einflüsse und Wirkung" werden das Elternhaus und die Familie, die Bibliothek des Vaters, die Freie Gemeinde, die ersten Königsberger Lehrer, aber auch die Stadt Königsberg vorgestellt, die als zentrale Erinnerungsorte eine formende Kraft auf die Weltanschauung und auf das Kunstverständnis von Käthe Kollwitz hatten. Die Texte und Abbildungen berufen sich dabei zum Teil auf eigene Äußerungen der Künstlerin in „Erinnerungen" und „Rückblick auf frühere Zeit".

Die Kabinettausstellung wurde vom Museum Stadt Königsberg in Duisburg erarbeitet und kann noch bis zum 31. August im ersten Obergeschoß des Kulturzentrums Ostpreußen im bayerischen Deutschordensschloss Ellingen besichtigt werden. Öffnungszeiten: Täglich, außer montags, von 10 bis 12 Uhr und von 13 bis 17 Uhr.

Weitere Informationen: Kulturzentrum Ostpreußen, Schloßstraße 9, 91792 Ellingen, Telefon (09141) 86440, Fax: (09141) 864414, Internet: www.kulturzentrum-ostpreussen.de E-Mail: info@kulturzentrum-ostpreussen.de

Kleine Geschichtsbücher

Warum ein tschechischer Kellner im schwäbischen Vaihingen plötzlich nachdenklich wird

Mit Kellnern kann man sich gut unterhalten. Weil sie viel sehen, hören und erleben. Man denke nur an Bohumil Hrabals witzige Geschichte „Ich habe den englischen König bedient". Mein Kellner indes hatte derart hochgestellte Gäste wohl noch nicht. Ich staune aber immer wieder, was er so alles weiß. Er kommt übrigens auch „von drüben". Wie Bohumil Hrabal ist er Tscheche.

Wissen Sie", sagte ich ihm neulich, „manchmal wird mir das schon unheimlich. Vor 70 Jahren haben Eure Großväter die Deutschen herausgejagt, und jetzt kommt ihr hierher, einer nach dem anderen. Florierende Wirtschaft, kaum Arbeitslose, die höchste Aufnahmequote an Flüchtlingen. Eure Deutschen haben da fleißig mitgeholfen. Haben von Anfang an zugepackt. Hättet ihr zu Hause jetzt nicht auch gute Arbeit, wenn ihr sie behalten hättet?"



Der Kellner im gebrochenen Deutsch: „No ja, weiß ich von Vaihingen, gibt es dort Brünner Straße, Iglauer Straße ..." Bild: Zitka

Mein Kellner nickt verlegen und sagt in gebrochenem Deutsch: „No ja, weiß ich von Vaihingen, gibt es dort Brünner Straße, Iglauer Straße, Znaimer Straße und andere. Sind viele unsere Deutsche dort!" Er ist aus Znaim, „ze Znojmo", und hat mal in Vaihingen gearbeitet. Seine Frau (sie ist auch schon hier) ist aus Brünn. Und ihre 12, 13 Jahre alte Tochter ist auch da. Jetzt sind sie also alle hier, und die Großmutter will auch noch kommen.

Kaum zu fassen: Wer hätte je gedacht, dass schon die Kinder und Kindeskinder jener, welche die Deutschen 1945 aus ihrem Land hinausgetrieben haben, ihnen nachkommen werden, dahin, wo jene damals mit ein paar Bündeln und Taschen aus den Viehwaggons ausgeladen wurden. „Geht heim ins Reich!", hat man ihnen noch nachgerufen. Ehe sie sich da einen halbwegs ähnlichen Lebensstandard erarbeiten konnten, brauchte es 20 Jahre und mehr, und ehe ihre Kinder es zu halbwegs etwas brachten, vergingen mindestens weitere 20 Jahre.

Verrückt, aber wahr. Und so sind viele Städte in Deutschland ein kleines Geschichtsbuch. Mit einer Breslauer Straße, einer Kolberger Straße, einer Königsberger Straße, einer Marienburger Straße, einer Tilsiter, Stettiner Straße und ... und ... und. So hat man vielerorts Straßen nach den Herkunftsorten der Vertriebenen benannt und den Menschen, die damals wahrlich nicht mit Halleluja und Willkommenskultur empfangen wurden, kleine Denkmäler gesetzt. Weil sie, vom Schicksal hart getroffen, mitgeholfen haben, das Land wieder aufzubauen und trotz aller Verzweiflung über den Verlust ihrer Heimat niemals Terroristen und Attentäter geworden sind.

Ob aber den Migranten und Asylanten von heute jemals Straßen als Erinnerungsmarken gewidmet werden? Das bleibt wohl dahingestellt. *Hans-Roland Zitka*

Keil zwischen Mann und Frau

Zu: Pharmaindustrie am Pranger (Nr. 23)

Ich finde es grundsätzlich sehr lobenswert, dass Sie das Thema der massiven Nebenwirkungen von (hormonellen) sogenannten Verhütungsmitteln prominent ansprechen. Der Text greift jedoch viel zu kurz, indem er nur die Hormonspirale als problematisch beschreibt und die Ursachen im Grunde in der Pharmaindustrie sucht.

Das Problem sind jedoch die Verhütungsmittel als solche und vor allem die damit einhergehende Verhütungsmentalität. Sie lassen Frauen meinen, dass ohne Verhütung ein Leben nicht vorstellbar sei und sie dafür einen schwerwiegenden pharmazeutisch-chemischen Eingriff in ihren Körper ertragen müssen für das höhere Gut, vor Schwangerschaften „sicher“ zu sein.

Davon abgesehen, dass dies ein Trugschluss ist, denn Verhütungsmittel sind keineswegs „sicher“, zieht die Verhütungsmentalität neben den im Text genannten gesundheitlichen Risiken auch noch soziale und ethische Probleme nach sich. Prophetischer und besser hat es Papst Paul VI. bereits in der Enzyklika „Humanae Vitae“ gesagt. Deshalb von mir nur zwei kurze Anmerkungen: Mit der sogenannten Verhütung und dem Versprechen der Frau dem Mann gegenüber, keinesfalls schwanger zu werden, gibt die Frau die Sorge des Mannes um sie und das (potenzielle) Kind auf und stellt letztlich beides der männlichen Disposition anheim.

Der mit Abstand häufigste Grund, warum Frauen abtreiben, ist, dass sie sich vom Vater des Kindes unter Druck gesetzt fühlen, weil dieser das Kind nicht will. Aus seiner Sicht auch völlig verständlich, denn die Frau hat „verhütet“. Verhütung und Abtreibung treiben also einen Keil zwischen Mann und Frau, die eigentlich aufeinander hin geschaffen sind („Das endlich ist Bein von meinem Bein und Fleisch von meinem Fleisch“).

Dem Menschen als mit Vernunft und freiem Willen ausgestatteten Wesen widerspricht Verhütung zutiefst, weil sie den Menschen letztlich zum triebgesteuerten Tier degradiert. Die einzige Weise, auf die Mann und Frau gemeinsam verantwortlich mit der Schöpfung und der Fruchtbarkeit umgehen können, ist das Erlernen eines der Systeme Natürlicher Empfängnisregelung wie NER oder fertilitycare.

Die Auswüchse, die Eva Herman in dem Artikel beschreibt, sind nur die Spitze des Eisbergs, das Problem liegt viel tiefer. Ich wünsche allen im Text beschriebenen Frauen, dass sie körperliche und geistige Heilung erfahren mögen.

Silja Fichtner, München



Bei der Verhütung wird meistens der Frau die Verantwortung zugewiesen. Neben gesundheitlichen Risiken für den weiblichen Körper zieht die Einnahme der Verhütungspille (Foto) auch soziale und ethische Probleme nach sich. Die Pharmaindustrie kümmert sich weder um das eine noch um das andere

Bild: Colourbox

Linker Faschismus

Zu: Parteien streiten über linke Gewalt (Nr. 23)

Die linke Gewalt in Berlin ist nichts Neues (siehe 30 Jahre gewaltsamer 1. Mai), doch dieser neue rot-rot-grüne Senat, besetzt mit unfähigen, überwiegend demokratiefeindlichen und ideologisch ausgerichteten Personen, begrüßt die Gewalttaten, freut sich über Gewaltexzesse (besonders gegen Polizeibeamte), kümmert sich nicht um Abhilfe, aber will für Radfahrer diverse Freiräume schaffen und den Autoverkehr einschränken, während sich der Justizsenator um irgendwelche Toilettenhäuschen kümmert. Rechtssicherheit ist ein Grundpfeiler des Staates, doch in Berlin kommt Faschismus aus der linken Ecke zu Ärger und Angst der Bürger.

Günter Aigner, Berlin

Eine Perversion

Zu: Befristete Grenzkontrollen (Nr. 24)

Für den Innenminister hat die Sicherheit des Hamburger G20-Gipfels Vorrang. Welche Perversion! Die Sicherheit der Deutschen ist ihm egal. Die Politiker entlarven sich selbst. Das Establishment gehört weg. Vaclav Klaus hat völlig recht.

Peter Wimmer, Freilassing

Den Klimawandel akzeptieren

Zu: Kritik an Klimapolitik in der Union (Nr. 24)

Es ist erfreulich, dass sich die Klimaskeptiker allmählich formieren. Alleine schon die falsche Terminologie wie Klimakiller, Klimaleugner, Klimaschutz zeigt, wie wenig die Katastrophenbefürworter vom Klima verstehen. Denn was ist Klima? Klima ist der statistische Mittelwert der meteorologischen Daten eines Ortes, in der Regel bezogen auf die 30-Jahresperiode 1961 bis 1990. Ergo kann man das Klima (einen statistischen Mittelwert) weder killen noch leugnen noch schützen. Der Kardinalfehler, den diese Leute begehen, ist, dass sie den Klimawandel mit dessen Ursachen verwechseln. Klimawandel hat es gegeben, seit die Erde existiert. Allein während des Quartärs gab es vier Kaltzeiten mit jeweils verschiedenen Stadien und dazwischen geschalteten Temperatur-, Kohlendioxid-, Gletscher- und Meeresspiegelschwankungen.

Den Klimawandel leugnen oder ihn bekämpfen zu wollen ist genauso hirnrissig wie die Behauptung, es gäbe ihn erst seit dem Industriezeitalter. Denn er ist nicht menschengemacht, sondern ein Naturphänomen.

Und da liegt der Hase im Pfeffer: Die Temperaturkurve der Atmosphäre wird von der Sonnenenergie und den Meeresströmungen gesteuert und nicht, wie immer wieder behauptet, durch Kohlendioxid. Dieses stammt zu 96 Prozent aus der Natur, von mehreren tausend tätigen und erloschenen, aber noch Gase emittierenden Vulkanen, hunderten von Waldbränden, verdunstendem Oberflächenwasser der Ozeane und verrottenden Organismen der Wälder. Ganze vier Prozent stammen von der Verbrennung fossiler Rohstoffe, und sie machen nur 0,15 Prozent des in der Atmosphäre befindlichen Kohlendioxids (CO_2) aus.

Im Übrigen war während des längsten Teils der Erdgeschichte der CO_2-Gehalt der Atmosphäre höher als heute, zugunsten der Biodiversität. Fazit: Wir sollten den Klimawandel als Naturphänomen akzeptieren und uns ihm anpassen. Anpassung ist das Gebot der Stunde.

Dr. Burkhard Hofmeister, Bad Reichenhall

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Lustvoller Weg in den Untergang

Zu: Taktisches Irrlicht (Nr. 22)

Seit vielen Jahren lese ich gern Ihre Wochenzeitung, da sie sich wohltuend von den Zeitgeistmedien und der durch sie verbreiteten Gehirnwäsche abhebt, die – sicher wie das Amen in der Kirche – zur Zerstörung der abendländischen Kultur und zu Verteilungskämpfen führen wird. Die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien tun nämlich alles, um das deutsche Volk, seine in über 1000 Jahren aufgebaute Kultur und den erarbeiteten Wohlstand abzuwickeln.

Die deutschen Berufspolitiker haben auch dafür gesorgt, dass Politik (Legislative) und Justiz nicht mehr unabhängig voneinander arbeiten, denn sie bestimmen Parteigenossen zu Richtern des Bundesverfassungsgerichtes. Darunter ist sogar ein ehemaliger Ministerpräsident. Diese parteiischen Richter entscheiden dann im Rahmen ihres richterlichen Ermessens höchst politisch aus eigener Machtvollkommenheit und ohne zu bedenken, was ihre Entscheidungen für schlimme Folgen haben werden.

Der Beitrag „Taktisches Irrlicht“ nennt einige der von Angela Merkel bewusst herbeigeführten Probleme. Merkel als „taktisches Irrlicht“ zu bezeichnen, ist leider stark untertrieben. Diese Fehleinschätzung der *Preußischen Allgemeinen* ist bedauerlich, denn Bundeskanzlerin Merkel zerstört die durch unsere Vorfahren mit unbeschreiblichen Opfern geschaffene deutsche kulturelle Identität, und dies mit Zustimmung der Regierungsparteien, der Grünen und – mit Abstrichen – der Linken sowie ihrer Wähler, die wie verblendet unangenehme Entwicklungen und Tatsachen ausblenden, diese nicht wahrhaben wollen und immer wieder zerstörerische Parteien als jeweils kleineres Übel wählen.

Ist es nicht zynisch und heuchlerisch, ständig die Opfer von zugewanderten Verbrechern zu beklagen und zugleich die Einheimischen nicht durch strenge Grenzkontrollen zu schützen? Kein kritischer Zeitbeobachter wird den lustvollen Weg der Parteien und ihrer Wähler in den Untergang jemals verstehen können.

Wolfgang Hendlmeier, München

Gewinnbringende Naturgewalten

Touristen fliegen regelrecht auf Island – Ein Vulkan und ein Sportteam sind auf der Insel für viele die Sieger der Herzen

Vor einem Jahr schied das isländische Team bei der Fußballeuropameisterschaft erst im Halbfinale aus. Die Euphorie, die durch diesen Erfolg entstand, löste einen Tourismusboom aus.

Im Jahr 2010 erinnerte der Zungenbrecher Eyjafjallajökull die Welt daran, dass Island eine Vulkaninsel ist, indem er den internationalen Flugverkehr durch gigantische Aschewolken wochenlang lahmlegte. Eyjafjallajökull klingt übrigens dramatischer als seine Bedeutung – übersetzt heißt der Vulkan einfach nur „Inselberggletscher“. Frei nach dem Motto, „Es gibt keine schlechte PR“, hatte der Eyjafjallajökull mit seinem Ausbruch kostenlose Werbung für die Tourismusbranche des Inselstaates betrieben. Das Augenmerk wurde darauf gelenkt, was sich im kalten Norden unter der Aschewolke verbarg.

Sobald diese verschwunden und der Flugbetrieb wieder aufgenommen wurde, waren schon viele Reisen in das neuentdeckte Urlaubsziel gebucht, wo auf einer Fläche, die etwa einem Drittel Deutschlands entspricht, sich nur 340000 Menschen verteilen. Das ist weniger als die Population Wuppertals. Die Touristenanzahl auf Island nach dem Vulkanausbruch stieg jährlich um bis zu 20 Prozent. Im Jahr 2000 waren erstmals mehr Touristen als Einwohner auf Island. Inzwischen hat sich die jährliche Anzahl der Reisenden mehr als verfünffacht. Sie werden angezogen von der verborgenen Vielseitigkeit der Natur des Nordens.

Eine große Ringstraße führt einmal um die Insel an Gletschern, heißen Quellen, einsamen Dörfern und Wasserfällen vorbei. Zwischen den Attraktionen befinden sich endlose Weiten aus Lavagestein und Moosen. Wälder sucht man vergebens, weil Pflanzen durch den starken Wind niedrig wachsen. Der Magie dieser einsamen Idylle steht Reykjavík als Metropole gegenüber, in der beinahe zwei Drittel der Landesbevölkerung wohnen. Die Stadt schlägt einen Spagat zwischen einer Großstadt der Moderne und skandinavischer Holzhausidylle.

Auch in der am Meer gelegenen Hauptstadt erinnern die Bergmassive, die diese umranden, an die wilde isländische Landschaft.

Vulkane und Geysire sind nicht die einzigen Naturgewalten, die Island zu bieten hat. Vor genau einem Jahr war es eine sportliche Unterart jenes Völkchens, das sich im 9. Jahrhundert auf der Insel niederließ, die mit ihrer Unberechenbarkeit die Aufmerksamkeit der Welt auf sich zog. Im Jahr 2016 qualifizierte sich die isländische Fußballnationalmannschaft das erste Mal in der Geschichte des Landes für die Europameisterschaft in Frankreich. Das kleine Volk rekrutierte eine Mannschaft, die nacheinander Spitzenteams wie das der Niederlande oder Portugals besiegte, um sich schließlich im Kampf ums Halbfinale gegen den Gastgeber Frankreich geschlagen zu geben.



Nächtliches Naturspektakel auf Island: Polarlicht im Gletschergebiet des Vatnajökull Bild: Mauritius

Die Überraschung der anderen Nationen über diesen Vormarsch wurde mit der der Isländer geteilt. Diese drückten ihre Freude mit einer Volksverbundenheit aus, die den Rest der Welt rührte. Die unverhofft in der Europameisterschaft spielenden Isländer eröffneten jedes Spiel in Richtung ihrer Fans gedreht, um mit ihnen nervenaufreibende Wikingerrufe im Crescendo zu brüllen. Während der Spiele herrschte auf Islands Straßen Totenstille, da die Einschaltquote bei bis zu 99,8 Prozent lag. Die Euphorie der Inselstaatler war so ansteckend, dass auch Millionen aus anderen Ländern auf den isländischen Sieg hofften. Am 3. Juli war dieser Traum mit der Niederlage gegen Frankreich vorbei – die Isländer hatten sich aber in die Herzen aller gespielt.

Diesen familiären Zusammenhalt lebten die Isländer schon im Jahre 2010 vor, als die Regierung per Volksentscheid beschloss, sich auf eigene Faust aus der Finanzkrise zu retten. Die Gesellschaft wirkt dynamisch und modern. Sie hat aber auch ihre sonderbaren Seiten. Straßen sind um Felsen herumgeführt, um die dort wohnenden Trolle nicht zu belästigen.

Eines der traditionellen Nationalgerichte ist immer noch „Svið“, im Ganzen zubereiteter Schafskopf. Die Feierlaune der Isländer ist groß – ob es nun etwas zu feiern gibt oder nicht. So ist ein ungeahnt groß zelebriertes Ereignis der alljährliche Eurovision Song Contest, obwohl sich die isländischen Qualifizierten meist nur ins hintere Drittel der Platzierungen sangen.

Bürgermeister von der Spaßpartei

Politisch äußerten die Hauptstädter Protest, indem sie 2010 den Komiker Jón Gnarr aus der Spaßpartei Besti Flokkurinn („Die beste Partei“) in das Amt des Bürgermeisters von Reykjavík wählten. Zum parodierten Wahlprogramm gehörten Punkte wie freie Handtücher in allen Schwimmbädern und einen Eisbären für den Zoo in Reykjavík.

Die vulkanischen und sportlichen Coups der letzten Jahre gaben der Tourismusindustrie einen kräftigen Anstoß. Fast 15 Prozent der Isländer sind mittlerweile in der Tourismusbranche beschäftigt – das sind mehr als in der Fischereiindustrie. Beinahe die Hälfte der Gäste kommt aus den USA, Großbritannien und Deutschland. Von der steigenden Anzahl der Besucher profitieren viele Unternehmen Islands. Busunternehmen und Autovermieter ermöglichen die Reise innerhalb des Landes. Hotels und Herbergen, aber auch Bauernhöfe und Gehöfte bieten Unterkünfte der verschiedensten Art.

Für Attraktionen ist von Natur aus gesorgt, zu denen die Reiseanbieter unzählige Ausflüge anbieten. Ohne Nachbarländer, isoliert im Atlantik, liegt Island einsam und ist nur mit dem Flugzeug oder der Fähre zu erreichen. Seit 2012 verkehrt die isländische Billigfluglinie Wow Air zwischen Reykjavík und internationalen Flughäfen, was das unabhängige Reisen mit kleinem Budget erheblich erleichtert.

Mal sehen, welche Naturgewalt die Insel als Nächstes zu bieten hat, damit Besucher wieder auf Island fliegen. *Melinda Heitmann*

Schatzsuche am Goldsteig

Wanderweg im Bayerischen Wald feiert Jubiläum mit Festivitäten

Der Bayerische und Oberpfälzer Wald lassen sich seit zehn Jahren über den Goldsteig erwandern. Seine 660 Kilometer, die auf abwechslungsreichen Pfaden von Marktredwitz durch den Bayerischen Wald bis nach Passau führen, machen den Goldsteig zum längsten Qualitätswanderweg Deutschlands. Der Weg, der durch einen Nationalpark und fünf Naturparks führt, bietet faszinierende Natureinund Ausblicke von Gipfeln.

Zum zehnten Jahrestag kann man den Goldsteig durch zahlreiche Jubiläumsveranstaltungen kennenlernen. So kann man jeden Sonnabend um 10 Uhr am Dreisesselhaus mit GPS-Unterstützung an einer Schatzsuche teilnehmen. Bis Oktober gibt es jeden Donnerstag in St. Englmar ab 9.30 Uhr geführte Wandertouren. Die wilde Ilz lässt sich jeden Donnerstag von Schneidermühle aus mit einem Wanderführer erkunden. Ein unterhaltsamer Höhepunkt am Goldsteig ist das Freiluft-Fest auf der Burg Weißenstein, wo am 8. Juli das Musikkabarett „Bairisch-Diatonischer Jodelwahnsinn“ auftritt und eine aufwendige Lichshow zu sehen sein wird.

Weitere Festivitäten entlang des Goldsteigs gibt es am 23. Juli in Schaufling (Goldsteigfest), am 5. August in Wiesenfelden (Felsenkellerfest) und am 6. August in Obermurach (Burgfest). Alle Termine finden sich auch im Internet unter www.goldsteig-wandern.de/10-jahre-goldsteig.

Die Geschichte des Goldsteigs ist aber eigentlich älter als zehn Jahre. Der Weg verläuft teilweise auf den über 40 Jahre alten Europäischen Fernwanderwegen E6 und E8, aber auch auf den bis ins Mittelalter zurückgehenden Goldenen Steigen oder dem Burgenweg sowie auf alten Handels-, Schmuggler- und Grenzpfaden.

Wer auf dem Goldsteig wandert, kann zwischen zwei Varianten wählen und einen Nationalpark sowie fünf Naturparks kennenlernen. Während die Haupttrasse vor allem bei Fernwanderern beliebt ist, lädt ein dichtes Netz aus rund 750 Kilometern Zuwegen am Goldsteig zusätzlich zu individuellen Rundtouren oder Sternwanderungen und kürzeren Etappen ein.



Auszeit am Goldsteig: Picknick am Flussufer Bild: Goldsteig

64 wanderfreundliche Gastgeber säumen den Goldsteig und laden zum Rasten und Kraft tanken ein. Die Hotels, Pensionen, Campingplätze und Jugendherbergen mit Hotelklassifizierung und dem Gütesiegel „Qualitätsgastgeber Wanderbares Deutschland“ vom Deutschen Wanderverband haben sich zusammengeschlossen. Wer am Eingang das Schild „Goldsteig-Ge(h)nuss-Partner“ entdeckt, darf sich als Wanderer auf besonderen Service und ein herzliches Willkommen freuen. Die engagierten Wirte verknüpfen das Wandern mit dem Genießen in kulinarisch ganz besonderer Weise.

Wer entlang des Goldsteigs genussvoll ruhen möchte, der tut dies auf Designermöbeln aus heimischer Fichte und Granit. An ausgewählten Stellen und Aussichtspunkten warten auf den Wanderer Sonnenliegen, Bänke, Unterstände, Sitzgruppen und Informationstafeln zum Bestaunen und Benutzen. Rund 1600 Arbeitsstunden, 13 Tonnen Granit, 90 Kubikmeter Holz und zwei Tonnen Eisen stecken in den kunstvollen Objekten, die eigens für den Goldsteig entworfen wurden.

Besonders praktisch ist der Tourenplaner mit GPS-Download, der eine gezielte Tourensuche nach Kriterien wie Standort, Länge oder Familientauglichkeit ermöglicht. Zudem werden alle Zu- und Rundwege sowie Alternativrouten ausführlich dargestellt. Etappenbeschreibungen und Übernachtungsmöglichkeiten sowie alle weiteren wichtigen Informationen rund um den Wanderweg Goldsteig findet man auf der Internetseite www.goldsteig-wandern.de. *Harald Tews*

Lohnender Halt

Zur Essens-Pause in die Franche-Comté

Für viele deutsche Urlauber ist die ostfranzösische Provinz Franche-Comté nur eine Transitregion auf dem Weg zur Côte d'Azur. Doch ein Halt in dieser schönen Unbekannten lohnt sich – allein schon wegen des fruchtigen Juraweins und des herzhaften Comté-Käses.

Die unberührte Natur ist ein gewichtiges Pfund, mit dem die Region wuchern kann. Aber die wahren Schätze dieser Gegend entdeckt erst, wer sich in einem der zahlreichen Restaurants die regionalen Spezialitäten schmecken lässt. Bei Chardonnay oder Savagnin aus dem Jura, bei Strohwein oder jungem Poulsard lassen sich die kulinarischen Köstlichkeiten genießen, die auch heute noch in Handarbeit hergestellt werden.

So zieren im Haut Doubs zwischen den Ausläufern von Vogesen und Jura riesige Räucherkamine die Bauernhöfe. Hier werden Spezialitäten vom Schwein wie der Räucherschinken, die Montbéliard-Wurst, eine Schweinswurst gewürzt mit Knoblauch und Kümmel sowie der Luxeuil-Schinken nach traditionellen Rezepten hergestellt. Morbier- und Munsterkäse, frische Forellen mit Bleu-Käse oder Masthuhn mit Morillen in Vin-Jaune-Sauce ergänzen die Speisekarte. Beim Nachtisch finden die Früchte in verschiedensten Konfitüren, Obstkuchen und Fruchtsäften Verwendung. Außerdem ist die Franche-Comté für ihren Honig mit Geschmacksrichtungen wie Tanne, Rottanne oder Sonnenblume berühmt. Dieser passt gut zum Lebkuchen, einer Spezialität der Stadt Dole. Der wird dort sogar zu Speiseeis verarbeitet.

Wer als Aperitif ein trockenes Glas Crémant du Jura bestellt, ist womöglich so begeistert davon, dass er in Zukunft das fein perlende Getränk aus dem Jura jedem Champagner vorziehen wird. Einblick in die traditionelle landwirtschaftliche Produktionsweise geben die Betriebe der Organisationen „Bienvenue à la ferme“ und „Accueil Paysan“. Sie bieten neben Unterkunft oder Gastronomie auch Führungen durch Haus und Hof. Restaurants, Gasthöfe und die familienfreundlichen „Tables d'Hôtes“ bieten überall gutes Essen für jeden Geschmack und Geldbeutel an.

Kulinarische Schätze — Bild: Atout France

Die vielen Kalorien arbeitet man am besten gleich sportlich zu Lande, zu Wasser, in der Luft oder unter der Erde ab: Wandern, Kajakfahren, Höhlentauchen, Sportfliegen, Ballonfahren, Skifahren sind nur einige der Sportarten, die in der Franche-Comté – je nach Saison – an der Tagesordnung sind. Für Kulturinteressierte stehen mittelalterliche Burgen, die Kapelle von Le Corbusier in Ronchamp, die Saline von Arc-et-Senans – Teil des UNESCO-Welterbes – sowie viele malerische Städte und Dörfer auf dem Programm. *Andreas Guballa*

Deutschsprachige Infos unter: de.bourgognefranchecomte.com

Köstlich speisen am Gardasee

Es gibt viele Wege, an den Gardasee zu gelangen. Einer davon führt über Trattorien und Osterien. An den Gaststätten kommt man als Urlauber wegen der köstlichen Spezialitäten, die dort angeboten werden, nicht vorbei. Um nicht den Überblick über die vielen Genusstempel zu verlieren, erscheint als Orientierungshilfe für Touristen seit einigen Jahren der Gourmetführer „Kulinarische Entdeckungen am Gardasee“. Der jetzt in sechster Auflage neu gestaltete und komplett überarbeitete Band vereint auf 296 Seiten nützliche und interessante Informationen zu Restaurants und Einkaufsadressen in einer der beliebtesten Urlaubsregionen der Deutschen.



Das Buch enthält über 350 Genussadressen und bietet aktuelle Einkaufsadressen für Olivenöl, Käse sowie Wein. Dazu gibt es praktische Tipps für die Anreise und nützliche Übersichtskarten.

Für die aktuelle Ausgabe hat Heike Hoffmann unermüdlich die Restaurants getestet, hinter die Kulissen geblickt und den Küchenchefs wertvolle Geheimnisse entlockt. Wie immer finden Genießer sorgfältig recherchierte und ausgewählte Lokale der drei Gardaseeregionen Venetien, Lombardei und Trentino. Das Spektrum reicht von der einfachen Trattoria über die Osteria mit lauschigem Innenhof bis zum edlen Restaurant mit Seeblick. Der Band „Kulinarische Entdeckungen am Gardasee“ ist im Verlag Hubert Kiebler erschienen und kostet 19,90 Euro. *H. Tews*

Kein Respekt

Wie der Islam freie Gesellschaften unterwandert

Ein erstaunliches Buch einer Muslimin, die 1981 als Siebenjährige mit ihren Eltern aus Skopje/Mazedonien kam, sich hier integrierte, alle Freiheiten unserer Rechtsordnung zu nutzen lernte, sich zum Urfeminismus bekannte und nun gegen ihre Glaubensschwestern nicht nur zu Felde zieht, sondern sie als „Gefahr“ bezeichnet. Der Titel „Die verschleierte Gefahr. Die Macht der muslimischen Mütter und der Toleranzwahn der Deutschen“ weckt Neugier und hält, was er verspricht, wenn auch manches etwas übertrieben idealistisch klingt.

Unter einem „Hidschab“ total verschleierte Musliminnen bezeichnet sie provokativ als „gesichtslose Stoffsäcke“. Das Buch ist übersichtlich gegliedert und beginnt mit „Lektionen in gelebtem Islam“. Hier schildert die Autorin familiäre Probleme, wie sie sich vom Islam emanzipierte, vor ihrer Mutter in ein „Frauenhaus“ flüchtete und sich der CDU anschloss. Im Kapitel „Die muslimische Frau – immer nur ein Opfer?“ bezeichnet sie diese als „Täterinnen“, denn diese erziehen die Kinder: „Mütter erziehen die Jungs zu Prinzen und Machos, die Mädchen zu ergebenen Dienerinnen der Männer. Die Frauen sind die größten Unterdrücker der Töchter. Die Hand einer muslimischen Mutter fliegt schnell!“ Während die Mädchen zur Keuschheit verdammt seien, dürften die Jungen ihre Triebe ausleben. „Nichtmuslimische Frauen sind Freiwild.“

Dann wirft die Autorin einen Blick „Zurück in die Vergangenheit“. „Wo immer der Islam Gesetz wird, wo immer der politische Islam die Macht ergreift, hält die Verhüllung der Frauen Einzug.“ Das war in Kairo so, in Bagdad, in Kabul, in Teheran. „Jüngstes Beispiel eines solchen Backlashs ist die Türkei.“ Hier erlebten wir direkt, wie eine ehemals säkulare Gesellschaft Schritt für Schritt konsequent islamisiert wird: „Kopftuch und Vollverschleierung sind die Leichentücher der freien Gesellschaft.“ Die Islamisierung übertrage sich auf europäische Großstädte wie Den Haag, London, Madrid, Paris oder Berlin. „Wir haben den Kampf gegen den Hidschab schon fast verloren. Weil wir als Gesellschaft so tolerant sind.“ Noch konkreter: „Verschleierung bedeutet Islamismus, Salafismus, Fundamentalismus, Scharia und Dschihadismus. Sie bedeutet Geschlechter-Apartheid und Demokratiefeindlichkeit. Wieso das die deutschen liberalen Kulturrelativisten nicht sehen wollen, ist mir schleierhaft.“

Ramadani flüchtete vor ihrer Mutter

Nach dem Kapitel „Falsche Feministinnen“ widmet Ramadani sich der „Gewalttätigen Religion“ und beschreibt „den Glauben als Grundlage für den islamistischen Terror“. Ihre Meinung: „Dieser Islam gehört nicht zu Deutschland.“ In einem historischen Rückblick erörtert sie die Frage, woher Rückständigkeit und Gewaltneigung bei Muslimen kommen. Nur das Alevitentum könne „ein friedlicher EU-Islam“ sein. Erörtert wird auch das Problem, wie das „Scharia-Recht“ langsam das „deutsche Rechtswesen“ unterwandert, „Parallelgesellschaften“ wie „Paralleljustizen“ entstehen. Der Islam vertrete die Einstellung: „Ungläubigen schuldet kein Muslim Respekt“ und „Deutsche Männer sind Weicheier“. Interessant ist auch der Blick auf die „Tabus der Muslimfunktionäre“, die „nicht nach den Fehlern ihrer Glaubensbrüder“ stöberten, eher die Radikalisierung aktiv förderten. Das letzte Kapitel heißt „Aus Fehlern lernen“. Die Autorin fordert die Politik auf, Alternativen anzubieten. „Wir müssen den Willigen helfen, sich aus ihrer Unmündigkeit zu befreien – und die Unwilligen des Landes verweisen.“

Ihr Fazit: „Einen diesen Staat und diese Gesellschaft ablehnenden, radikalen, vorgestrigen, unmodernen Islam brauchen wir nicht. Dieser Islam gehört nicht zu Deutschland.“ Als Vorbild propagiert sie Kanada und fordert, die „Deutsche Islam Konferenz“ aufzulösen, für gescheitert zu erklären. Um „die radikalislamischen Einflüsterer und Hassprediger in den hiesigen Moscheen kontrollieren zu können, müssen wir per Gesetz festlegen, dass dort in deutscher Sprache gepredigt wird“. *W. Thüne*

***Zana Ramadani: „Die verschleierte Gefahr. Die Macht der muslimischen Mütter und der Toleranzwahn der Deutschen“**, Europaverlag, Berlin 2017, gebunden, 262 Seiten, 18,90 Euro*

Überarbeitete Stadtpläne

Königberg und Tilsit/Ragnit von Blochplan

Zwei Neuauflagen der Stadtpläne des Berliner Stadtplaners Dirk Bloch sind ab sofort verfügbar.

Der Plan von Königsberg ist bereits in dritter Auflage erschienen. Im Vergleich zur ursprünglichen Fassung ist die Karte etwas größer geworden. Das erlaubt, die Innenstadtkarte von 1931 der heutigen direkt gegenüberzustellen, sodass man sofort beide im Blick hat. Neu ist die Überlagerungskarte von 1931 und heute im Maßstab 1:5800 sowie eine Nebenkarte von Ponarth im Stadtplan-Maßstab 1:12 000.

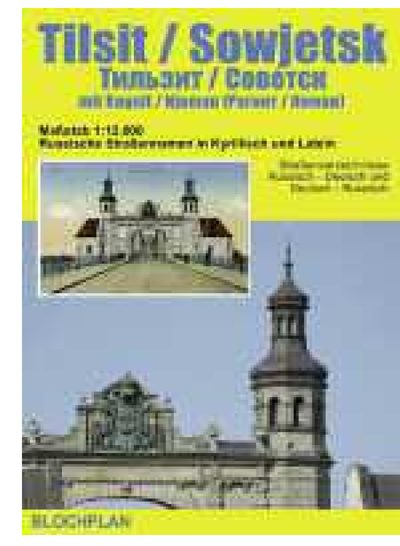
Die zweite Auflage des Stadtplans Tilsit/Ragnit enthält ebenfalls die Gegenüberstellung der Innenstadt von 1930 und heute. Eine Umgebungskarte zeigt einen Ausschnitt aus der Landkarte Nord-Ostpreußens Norden. Der kleinere Stadtplan von Ragnit befindet sich auf der Innenseite. Beide Karten enthalten die deutschen Straßennamen und die heutigen kyrillischen mit der dazu gehörigen lateinischen Umschrift. *MRK*

***„Königsberg 1931/Kaliningrad heute“**, Maßstab 1:12 000, 3. erweiterte und aktualisierte Auflage, Blochplan, Berlin 2017, 8,95 Euro*

***„Tilsit/Sowjetsk, mit Ragnit/Njeman“**, Maßstab 1:12 000 2. überarbeitete Auflage, Blochplan, Berlin 2017, 6,95 Euro*

Bezugsquelle: Blochplan, Elisabethkirchstraße 14, 10115 Berlin, Telefon (030) 4495339, E-Mail: info@blochplan.de





Ostpreußische Zeitungen bis 1945

Ein umfangreiches Nachschlagewerk

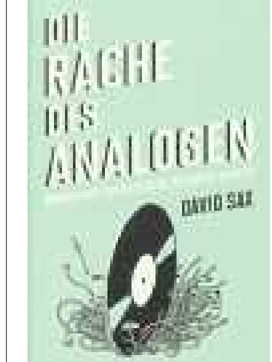
Gert Hagelweides umfangreiches Werk „Ostpreußische Presse von den Anfängen bis 1945“ bietet erstmals eine auf umfangreichem Quellenmaterial basierende Übersicht über das Pressewesen in Ostpreußen. Es handelt sich um eine historisch-wissenschaftliche Untersuchung, in der über 2000 Zeitungen nebst Informationen zu Verlegern, Druckern und Journalisten in zwei Bänden aufgeführt werden. Ein Register, alphabetisch nach Ortsnamen gegliedert, rundet das Nachschlagewerk ab.

Zwar wendet es sich in erster Linie an Forscher, da die Schriftenreihe „Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung“ des dortigen Instituts für Zeitungsforschung, in der die beiden Bände erschienen sind, sich zentral mit Printmedien und dem Journalismus als professioneller Tätigkeit beschäftigen. Dennoch dürfte das umfangreiche Nachschlagewerk auch für ostpreußische Leser von Interesse sein. Da es sich um eine hochpreisige Publikation handelt, dürfte sie jedoch vor allem in Bibliotheken Verbreitung finden. *PAZ*

***Gert Hagelweide: „Ostpreußische Presse von den Anfängen bis 1945“**, Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung 68/1 und 68/2, De Gruyter Verlag, Berlin 2016, gebunden, 2015 Seiten, 299 Euro*

Doch keine Trendwende

David Sax sieht eine alle ergreifende Sehnsucht zurück zum Analogen



Die Welt wird immer umfassender digitalisiert. Einige schon als altmodisch abgestempelte Branchen wie die Schallplattenproduktion oder der Buchladen um die Ecke sind aber wieder im Aufwind. Daran knüpft der kanadische Autor David Sax in seinem Buch „Die Rache des Analogen“ an. Der Untertitel klingt etwas bescheidener: „Warum wir uns nach realen Dingen sehnen“, heißt es da.

Man kann der mittelprächtig unterhaltsamen Reportage mit dem Autor als Kundschafter über „haptische Erfolgsmodelle“ und deren Hersteller durchaus Interessantes entnehmen. „Die Rückkehr des analogen Films“, „Die Rückkehr der Handarbeit“, „Die Rückkehr der Schule“ und „Die Rückkehr des Analogen im Digitalen“ lauten einige Kapitelüberschriften. Schnell wird klar, dass es dabei um sehr verschiedene Produkte und Kategorien geht, die Sax allesamt zur Beweisführung für die von ihm beschworene dynamische Rückkehr des Analogen in unsere digitalisierte Lebenswelt heranzieht. Das kann nicht funktionieren, unter anderem weil er einigen Nischenprodukten und Randerscheinungen zu viel Gewicht beimisst.

Die „Rückkehr des Einzelhandels“ kann er nur mit einigen aufwärts weisenden Statistiken in den USA belegen, und die betreffen vor allem den Buchhandel. Sicherlich werden Bücher aus Papier nie von der Bildfläche verschwinden, und Schulen werden nie vollständig auf analoge, also herkömmliche Materialien für den Unterricht verzichten. Aber das reicht nicht aus, um den behaupteten Trend zu belegen.

Als Hintergrundthema beleuchtet Sax ausgiebig die Folgen der Digitalisierung im privaten und öffentlichen Leben. Was von Politik und Wirtschaft energisch vorangetrieben wird, hat zur Vernichtung zahlloser Arbeitsplätze in der Industrieproduktion geführt – neu ist das nicht. In etlichen Branchen habe die Umstellung auf digitalisierte Produktionsmethoden nicht so viel mehr Profit abgeworfen als erwartet, betont Sax. Aber die Tatsache, dass der Autohersteller Toyota in den letzten Jahren einige Roboter durch menschliche Arbeit ersetzt hat und dass in Detroit erfolgreich Designeruhren der Marke Shinola hergestellt werden, bedeutet noch lange keine „Rache des Analogen“.

Zu bedenken ist auch, dass der Einzelhandel und die Hersteller von Vinyl-Schallplatten oder Analogkameras zukünftig wieder schmerzhafte Verluste erleben könnten, etwa in Zeiten einer schwächelnden Wirtschaft. Demgegenüber ist zu erwarten, dass der Internet-Handel in Zeiten knapper Kassen umso stärker anzieht, da Kunden bekanntlich oft die Preise im Einzelhandel prüfen, um dann im Netz günstiger einzukaufen.

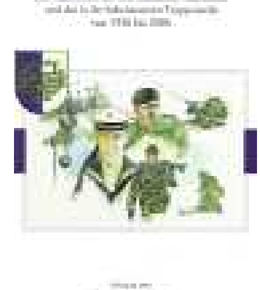
Mit der Stigmatisierung der digitalen sozialen Medien „als Betäubungsmittel der Einsamkeit“ wird erneut Altbekanntes vorgebracht. Aus nachvollziehbarem Grund wurde der Komplex des Onlinebankings und der Onlinebuchung hier ausgespart. Es sind nämlich gerade diese Anwendungen, welche die Menschen immer enger mit der unsichtbaren Arbeit der elektronischen Rechner und ihren eigenen Nutzergeräten verbinden.

Unbenommen des vom Autor beschworenen Sehnens Aller nach realen Dingen, bedeuten die von ihm ausgemachten Trends eben keine Trendwende. *D. Jestrzemski*

***David Sax: „Die Rache des Analogen. Warum wir uns nach realen Dingen sehnen“**, Residenz Verlag, Salzburg/Wien 2017, kartoniert, 315 Seiten, 24 Euro*

Glückstädter Marine – Eine stolze Truppe

Mit viel Herzblut geschrieben – Ralf Zielinski legt eine ausführliche Geschichte der Marinekaserne Glückstadt vor



Muss man das kennen? Die Frage wird sich mancher stellen, wenn er von Glückstadt liest. Müssen muss man nicht, aber zehntausende ehemalige Bundeswehrangehörige kennen die Kleinstadt an der Elbe zwischen Hamburg und Nordsee trotzdem, haben sie hier doch einen Teil ihrer Dienstzeit bei der Marine absolviert. In den letzten sieben Jahrzehnten vor der Aufgabe des Standortes im Jahre 2004 kam so ziemlich jeder, der in der Kriegs- oder der Bundesmarine diente, irgendwann einmal hierher. Denn seit dem Bau der Kaserne Am Neuen Deich im Jahr 1936 fanden hier fast ununterbrochen neben der Grund- und der Gefechtsausbildung der Marineangehörigen weiterführende Lehrgänge der unterschiedlichsten Art statt. Außerdem war der Standort seitdem der Hauptwaffenplatz der infanteristischen Truppenteile der Marine. Wer hier, unter welcher Flagge auch immer, über den „Marineschleifstein“ gezogen wurde, hat Glückstadt nie vergessen – und damit sind keinesfalls nur negative Bezüge gemeint. Ganz im Gegenteil.

So vielfältig wie die Erinnerungen, so vielfältig waren auch die in der Marinekaserne untergebrachten Truppenteile und Ausbildungseinrichtungen. Aber ihre Angehörigen hatten stets eines gemeinsam: Sie waren der feldgraue beziehungsweise der olivgrüne und zuletzt fleckgetarnte Teil der Marine, dem Heer in manchem ähnlicher als ihren Kameraden im blauen Rock. Das machte sie gewissermaßen zu Außenseitern innerhalb ihrer eigenen Teilstreitkraft, denen nicht selten mit Hochmut begegnet wurde, was wiederum den Zusammenhalt förderte. Die Glückstädter, das war ein verschworener Haufen, „eine stolze Truppe“, wie Herausgeber Lars Bünning in seinem Vorwort schreibt. Einst war er selbst ein Teil davon, ein weiterer der Autor Ralf Zielinski.

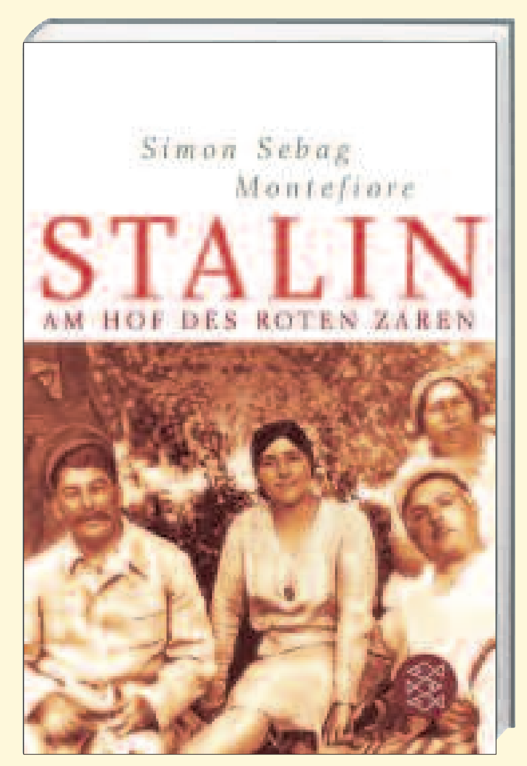
Man merkt, dass Zielinski mit diesem Buch nicht bloß eine selbst auferlegte Chronistenpflicht erfüllt. In dem Buch steckt unendlich viel Herzblut. Nicht nur seines, sondern auch das des Herausgebers und vieler seiner Kameraden, die Unterlagen, Bilder und ihre Erinnerungen beigesteuert haben. Das Buch soll, so der Autor, „keine wissenschaftliche Ausarbeitung, sondern eine chronologische Auflistung von Ereignissen und persönlichen Erinnerungen“ sein. Im Einzelnen auf die Gliederung oder den Inhalt des Buches einzugehen, würde den Rahmen dieser Rezension sprengen. Auch wenn Zielinski darauf hinweist, dass es nicht den Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, lässt es keine Wünsche offen, mögen vielleicht auch einige unbedeutende Details unberücksichtigt geblieben sein.

Der Leser wird erschöpfend über die Entstehung der Kasernenanlage informiert und erfährt alles Wissenswerte über die in ihr stationierten Truppenteile. Dabei erschöpft sich die lückenlose Schilderung nicht in der Nennung von Daten und Ereignissen, sondern stets geht es darin auch um die Menschen, die hier als Soldaten und Zivilbedienstete „Geschichte im Kleinen“ geschrieben haben. Bemerkenswert ist die unglaubliche Fülle an hochwertigen Abbildungen. Der umfangreiche Anhang enthält unter anderem Informationen über Auftrag und Gliederung der Marinesicherungstruppe, Ausrüstung, Bewaffnung und Fahrzeuge sowie Übersichten über das Schlüsselpersonal ab 1956. Ehemaligen Glückstädtern wird bei der Lektüre mehr als nur ein Seufzer der Erinnerung entfahren.

Das Buch ist aber auch einem breiteren Publikum zu empfehlen, vereint es doch Elemente der Lokal- und Architekturgeschichte mit denen der Marinegeschichte, der allgemeinen Militärgeschichte, der Standortgeschichte und der Formationsgeschichte der Marine. Für jeden, der Soldat in der ältesten deutschen Marinegarnison (seit 1617) war und sich daran eine gute Erinnerung bewahrt hat, ist es geradezu Pflichtlektüre.

Möge das Buch trotz des Vertriebshemmnisses, dass es nicht über den Handel, sondern nur über den Verfasser zu beziehen ist, weite Verbreitung finden. *Jan Heitmann*

***Ralf Zielinski: „Die Geschichte der Marinekaserne Glückstadt und der in ihr beheimateten Truppenteile von 1936 bis 2004“**, Glückstadt 2017, Hardcover, 202 Seiten, 24,90 Euro zzgl. 4,80 Versand, Bestellungen unter E-Mail: ZielinskiZille2@t-online.de*



Simon Sebag Montefiore
Stalin
Am Hof des Roten Zaren
Mörderische Intrigen, geheime Bündnisse und unablässige Rivalitäten bestimmten das Leben hinter den Kremlmauern. Aber man feierte auch, spielte mit den Kindern und fuhr gemeinsam in die Sommerfrische ans Schwarze Meer. Stalins eisige Macht im Kreml wäre ohne seinen „Hofstaat" nicht möglich gewesen. Unveröffentlichte Briefe, u.a. von seiner zweiten Frau Nadja, geheime Tagebücher, Notizen und Protokolle von Ministern und Beratern wie Molotow oder Beria erzählen uns in Simon Sebag Montefiores Bestseller auf höchst anschauliche Weise den Alltag am Hof des roten Zaren. Die neue Stalin-Biografie ist bis zur letzten Seite spannend. 896 Seiten
Nr. P A1038 Taschenbuch **12,95 €**



Reinhard Tischer
Der Lagerjunge
17 Jahre in Baracken – Eine Kindheit in Nachkriegsdeutschland
144 Seiten/Kartoniert
Nr. P A0590 **11,90 €**

Reinhard Tischer, geb. 1939 in Zindel, Kreis Breslau in Schlesien, ging Anfang 1945 mit einem bäuerlichen Treck auf die Flucht vor der heranstürmenden Roten Armee. Die Flucht dauerte vom 20. Januar bis 15. März 1945 und fand in Niederbayern nahe Straubing vorerst ihr Ziel. Mitte Juli 1945 erfolgte der Umzug in das Lager Mistelbach nahe Bayreuth, wo die Familie bis 1962 lebte. Nach dem Besuch der Volksschule und einer Ausbildung zum Polsterer heiratete Reinhard Tischer und hat heute zwei erwachsene Söhne. Er lebt heute in Streitberg in der Fränkischen Schweiz. Das Buch erzählt das beispielhafte Schicksal eines jugendlichen Flüchtlings und seiner Familie am Ende des 2. Weltkriegs.



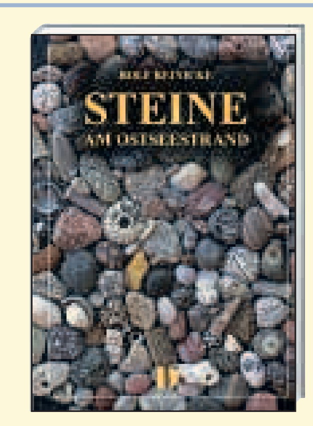
Agnes Miegel
Ostpreußen – Es war ein Land
Agnes Miegel liest aus eigenen Dichtungen, Lieder und Balladen der Heimat. Zwischen den einzelnen Stücken ertönen bekannte ostpreußische Lieder. (Laufzeit 40 Minuten)
Nr. P 5893 CD **9,95 €**



Arvydas Barysas
Zwischen Wanderdünen
Nidden – Künstlerkolonie auf der Kurischen Nehrung
Eine öde Gegend, der ärmste Landstrich, die „Preußische Sahara" – alles Bezeichnungen für die Kurische Nehrung im 19. Jahrhundert. Und doch kam sie ab Ende des 19. Jahrhunderts zu einiger Berühmtheit als Ort der Sommerfrische, der Ruhe, der Abgeschiedenheit und Natürlichkeit. Schriftstellern und Malern verdankt die Kurische Nehrung ihren allmählich wachsenden Ruhm. Ihr künstlerisches Zentrum wurde das kleine Fischerdorf Nidden, das den Titel einer Künstlerkolonie erhielt. Schon vor dem Ersten Weltkrieg kamen berühmte Künstler in diesen abgelegenen Ort, dessen außergewöhnlicher Charakter sich aber unter Künstler und Intelektuellen allmählich herumsprach. Einfach ging es da zu, ohne Luxus und modernsten Komfort. Aber das suchten die Reisenden dort, ein wenig Ausstieg aus der Zivilisation. Dieser Film zeigt anhand vieler Dokumente und alten wie neuen Aufnahmen, wie die Künstler dort lebten und arbeiteten, was sie sahen und heute noch sehen. Durch eindrucksvolle Landschaftsaufnahmen und kleine Spielszenen entsteht erstmalig ein lebendiger Eindruck vom Wesen der Künstlerkolonie Nidden. Spieldauer: 47 Minuten.
Nr. P A0932 DVD **24,95 €**



Nationalpark Vorpommersche Boddenlandschaft
Vor 20 Jahren wurde der „Nationalpark Vorpommersche Boddenlandschaft" ins Leben gerufen – eine faszinierende Region, die von der Küste am Darß bis nach Westrügen reicht und die Insel Hiddensee mit einschließt. Die Autoren stellen den Nationalpark vor, die Besonderheiten der Flora und Fauna und das Zusammenspiel von Meer und Ufer. 96 S.
Nr. P A0683 Gebunden **14,99 €**



Rolf Reinicke
Steine am Ostseestrand (80 Seiten)
Der Autor, ein erfahrener Geologe, ist zu Hause an den Stränden der Deutschen Ostseeküste. Er hat zusammen mit seiner Frau alle Steine in diesem Besuch gesammelt, fotografiert und deren Herkunft bestimmt.
Nr. P A0875 Kartoniert **9,95 €**



Dieter Peeters
Vermisst in Stalingrad
Als einfacher Soldat überlebte ich Kessel und Todeslager 1941–1945
120 Seiten/Kartoniert
Nr. P A0853 **12,80 €**

Am 2. Februar 1943 endet die Schlacht von Stalingrad. Kein anderer Ort ist seither so fest mit dem Zweiten Weltkrieg verknüpft. Die Katastrophe an der Wolga gilt als der Wendepunkt des Krieges im Osten. Dieter Peeters ist einer der letzten Überlebenden von Stalingrad. Er schildert die Wochen in der Hölle des Kessels aus der Sicht eines einfachen Soldaten. Nach seiner Gefangennahme im Januar 1943 gilt er wie Zehntausende andere als „vermißt in Stalingrad". Er durchlebt das Grauen in einem Todeslager und sechs lange Jahre in einem Straflager am Ural. 1949 kehrt er heim nach Deutschland. Seine Erinnerungen, ergreifend geschrieben, sind ein erschütterndes Dokument des Leidens. Nach seiner Heimkehr stieg er zum Verkaufsleiter in einem bedeutenden Edelstahlunternehmen. Dieter Peeters lebt heute in Düsseldorf.



Heimatklänge aus Ostpreußen
Berühmte ostpreußische Lieder, Gedichte und Schmunzelgeschichten mit Agnes Miegel, Marion Lindt, Ruth Geede und Dr. Alfred Lau.
Ein Hörerlebnis für jeden Ostpreußen. (Laufzeit 77 Minuten)
Nr. A0098 CD **12,80 €**

Jerry Brotton
Weltkarten
Meisterwerke der Kartografie von der Antike bis heute
„Wer die Welt kennt, beherrscht sie." Dieser Ausspruch kommt nicht von ungefähr, denn das Wissen um Geografie war seit jeher ein strategischer Vorteil immenser Größe. Mit zunehmendem Fortschritt und voranschreitender Aufklärung wandelten sich auch die Weltkarten und geben heute faszinierende Einblicke in die geschichtliche Entwicklung unserer Sicht auf die Welt. Die in „Weltkarten" abgebildeten historischen Karten erzählen dabei nicht unbedingt davon, wie die Welt vor 100 oder 1.000 Jahren ausgesehen hat. Sie erzählen etwas über die Kartografen, über deren Abenteuer und auch darüber, wie unsere Vorfahren die Welt gesehen haben. Sei es eine babylonische Weltkarte von 750 v. Chr. oder eine Londoner Armutskarte aus dem ausgehenden 19. Jahrhundert. Lassen Sie sich von den insgesamt 700 Abbildungen verzaubern und erfahren Sie, wer die Personen hinter den Abbildungen der damaligen Welt waren – 60 Meilensteine der Kartografie erzählen eine ganz eigene Geschichte von der Entwicklung unserer Zivilisation. 256 Seiten
Nr. P A0896 Gebunden mit Schutzumschlag **34,95 €**



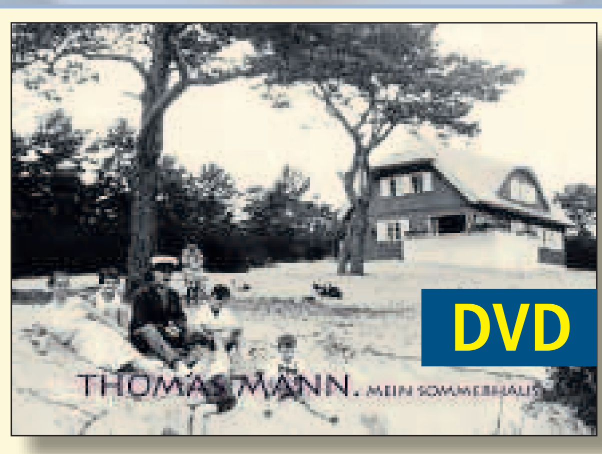
Cognacfarbenes Naturbernsteinherz mit schwerer Silberschlaufe und Lederband
Bernsteinherz ca. 2 x 3 cm
Lederband ca. 45 cm Länge
Nr. P A1160 **39,90 €**

Armin Müller-Stahl
Dreimal Deutschland und zurück
240 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A0940 **12,99 €**

„Mein ganzes Leben lang habe ich eine Heimat gesucht. Immer nach Westen: Tilsit, Prenzlau, Berlin, München, Los Angeles – wo der Westen sein Ende hat. Doch dann ist da dieses eigentümliche Gefühl im Frühling, wenn ich auf die Ostsee schaue: Da geht mir das Herz auf!" Zum 25. Jahrestag der Wende wirft Armin Mueller-Stahl, am 17. Dezember 1930 in Tilsit geboren, einen Blick zurück auf das Land, das viele Länder war und ihm doch Heimat geblieben ist: Kaum ein Schauspieler ist in Deutschland so beliebt wie Armin Mueller-Stahl. Und kaum einer hat Deutschland in so vielen Facetten erlebt und durchlitten wie er. Hier erzählt er von Flucht, Ausbürgerung und Verrat – aber auch von Erfolg, Ruhm und höchsten Anerkennungen.



Michael Prinz von Preußen (Herausgeber)
Friedrich der Große
Aufgeklärter Monarch, Feldherr und Philosoph zugleich – Friedrich II. steht wie kein anderer für die Faszination des Hauses Preußen. Berühmt sind die illustren Tafelrunden in Sanssouci ebenso wie das „Mirakel des Hauses Brandenburg" und der damit verbundene Aufstieg Preußens zu einer Großmacht. In Sanssouci, im Neuen Palais und den königlichen Gärten in Potsdam kann man noch heute den Spuren Friedrichs des Großen folgen. Michael Prinz von Preußen gewährt Einblicke in Kindheit und Jugend Friedrich II., der unter der strengen Erziehung seines Vaters litt, und schildert das Leben am Hofe und das dortige literarische, philosophische und künstlerische Treiben. Den Widersprüchen seines Königtums – getrieben vom Idealismus einer gerechten Politik und Preußens Erfolg in der europäischen Machtpolitik – geht der Herausgeber in besonderer Weise nach. Ein differenziertes Porträt einer großen Persönlichkeit. „Seine Pflicht erkennen und tun, das ist die Hauptsache." Großformat-Band 24 x 30 cm. 128 Seiten
Nr. P A0927 Gebunden mit Schutzumschlag **7,99 €**



Arvydas Barysas
Thomas Mann
Mein Sommerhaus
Thomas Mann erzählt im Film von seinem Sommerhaus in Nidden auf der Kurischen Nehrung, so, wie er es vor den Münchner Rotariern am 1. September 1931 tat. Sein Text wird gelesen von seinem Enkel Frido Mann.
1929 verbrachte Thomas Mann erstmals Sommerferien an der ostpreußischen Ostseeküste. Mit seiner Familie besuchte er Nidden. Begeistert von der Landschaft zwischen Haff und See beschlossen sie, sich in Nidden einen Sommersitz zu bauen. Ein Bauplatz fand sich auf einer Düne über dem Haff, ein Memeler Architekt wurde mit dem Bau eines leichten reetgedeckten Hauses im Stil der Niddener Fischerhäuser beauftrag. In ihm verbrachten Thomas Mann und die Seinen die Sommer 1930 bis 1932. Zu den Worten Thomas Manns zeigt der Film die Natur der Nehrung, wie sie Thomas Mann faszinierte, und er dokumentiert traditionelles Niddener Leben der Vorkriegszeit.
Meine Worte können Ihnen keine Vorstellungvon der eigenartigen Primitivität und dem großartigen Reiz des Landes geben. Ich möchte mich hier auf Wilhelm von Humboldt berufen, der dort war, und speziell von Nidden so erfüllt war, dass er erklärte, man müsse dieses Gegend gesehen haben, wie man Italien oder Spanien gesehen haben müsse („wenn einem nicht ein Bild in der Seele fehlen soll").
Dieser Film wurde beim 51. Filmfestival „Tage des nordischen Films in Lübeck" im Jahr 2009 vorgeführt. Spieldauer: 20 Minuten.
Nr. P A0933 DVD **24,95 €**

Joachim Castan
Der Rote Baron
Die ganze Geschichte des Manfred von Richthofen
360 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A0985 **12,95 €**

Man glaubt den „Roten Baron" zu kennen, wenn man dessen Autobiografie gelesen und Kinospielfilme über ihn gesehen hat. Doch was steckt tatsächlich hinter der strahlenden Fassade des schon zu Lebzeiten umjubelten Kriegshelden. In seinem spannend erzählten Buch zeigt der Autor, was sich hinter der Legende Richthofen verbirgt und wie der Mythos bis heute nachwirkt. Aufgrund bisher unbekannter Quellen aus dem Familienbesitz entsteht ein Panorama, das neben dem Helden auch den Menschen zeigt. Eingebettet ist Richthofens Lebensgeschichte in den Horizont der Strategien des Ersten Weltkriegs.

Klaus Marczinowski
Frida Jung
Leben und Werk
156 Seiten.
Kartoniert
Nr. P A0021 **7,95 €**

Das Werk der ostpreußischen Erzählerin und Lyrikerin Frieda Jung wird 80 Jahre nach ihrem Tod mit ausgewählten Texten wieder greifbar. Die biografischen Darstellungen des Autors bilden den Rahmen für die feinfühlig gewählten Auszüge aus Frieda Jungs Werken. Deren bekannteste sind die Sammlungen von Lyrik und Prosa – Freud und Leid (1905) sowie Gestern und Heute (1928) und die Erzählung – In der Morgensonne (1910). Frieda Jung beschreibt in ihren Büchern prägnant ihr Leben, das in dem kleinen Ort Kiaulkehmen beginnt und geprägt ist durch Flucht und bittere Tage des Verlustes ebenso wie durch freudige Erlebnisse. Durch ihr ganzes Leben zieht sich wie ein roter Faden das Gottvertrauen, das ihr so häufig Kraft und Stärke gab.



Lachauer/Rutsch/ Borodziej
Als der Osten noch Heimat war
Was vor der Vertreibung geschah
320 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A0338 **9,99 €**

Pommern, Schlesien, Westpreußen – die Namen stehen für eine Welt, die 1945 untergegangen ist. Millionen deutscher Flüchtlinge verloren ihre Heimat. Wie aber genau sah diese Heimat aus? Wie sah diese Welt damals aus, die viele Vertriebene in Erinnerung behielten? Eine Frage, die bis heute in Deutschland kaum gestellt wird und deren Beantwortung einen ungewöhnlichen Blick auf die Vorgeschichte von Flucht und Vertreibung ermöglicht. Die Autoren Ulla Lachauer, Wlodzimierz Borodziej, Gerald Endres, Hans-Dieter Rutsch und Beate Schlanstein breiten ein fesselndes historisches Panorama aus.



Ilse Gräfin von Bredow
Denn Engel wohnen nebenan
Rückkehr in die märkische Heide
256 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A1031 **10,00 €**

Nach der Wiedervereinigung kehrt Ilse Gräfin von Bredow in ihre Heimat Lochow zurück und lässt die unbeschwerten Jahre der Kindheit und Jugend Revue passieren, aber auch den Krieg, die Flucht und den Neuanfang. Die große Erzählerin nimmt uns mit auf eine eindrucksvolle Reise zwischen Gegenwart und Vergangenheit. Ilse Gräfin von Bredow wurde 1922 in Teichenau/Schlesien geboren. Sie wuchs im Forsthaus von Lochow in der märkischen Heide auf und besuchte später ein Internat. Während des Krieges musste Kriegshilfsdienst leisten. Seit Anfang der Fünfzigerjahre des letzten Jahrhunderts lebte Gräfin Bredow als Journalistin und Schriftstellerin in Hamburg und veröffentlichte zahlreiche erfolgreiche Bücher. Ilse Gräfin von Bredow verstarb im April 2014 in Hamburg.

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg
GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

E-Autos auch »Klimakiller«?

Berlin – Die Herstellung der Batterien für Elektroautos setzt im Schnitt so viel Kohldioxid frei wie ein Pkw mit Benzinmotor in 30000 bis 100000 Kilometern Fahrt. Damit fällt die sogenannte „Klimabilanz“ der E-Autos deutlich trüber aus als gemeinhin angenommen. Dies meldet die „Taz“, die sich auf eine Untersuchung im Auftrag der Schwedischen Energieagentur beruft. Grund der schlechten Bilanz sei der ökologisch miserable Strommix in vielen Herstellerländern. *H.H.*

Kein Dinner zum Ramadan

Washington – US-Präsident Donald Trump hat mit der (noch jungen) Tradition gebrochen, muslimische Würdenträger zum Fastenbrechen während des Ramadan ins Weiße Haus einzuladen. Stattdessen sandte er den Moslems in den USA bloß „herzliche Grüße“. Die Frau des damaligen Präsidenten Bill Clinton, Hillary, hatte mit den Einladungen 1996 begonnen. *H.H.*

ZUR PERSON

Prinz Salman, der Größte

Der Orient gerät derzeit gehörig in Bewegung. Nachdem Ägypten durch die „Arabellion“ seine Führungsrolle in der islamischen Welt eingebüßt hat, lassen die Türkei, der Iran sowie Saudi-Arabien ihre Muskeln spielen. Die Saudis demonstrierten ihre Macht erst jüngst, indem sie auf das kleine Katar diplomatisch kräftig eindroschen. Und mit **Mohammed bin Salman** hat dessen Vater, König Salman senior, jetzt einen Kronprinzen installiert, der gegenüber den vom Erzfeind Iran protegierten Schiiten nicht gerade zimperlich ist.

Unter ihm als Verteidigungsminister führt eine saudische Allianz im Jemen einen zermürbenden Stellvertreterkrieg gegen den Iran. Der Bundesnachrichtendienst warnte schon vor zwei Jahren, als Salman junior das Ministeramt übernahm: Seine Machtfülle „birgt latent die Gefahr, dass er bei dem Versuch, sich zu Lebzeiten seines Vaters in der Thronfolge zu etablieren, überreizt“.



Der 31-jährige Salman gilt als Hardliner und als Lieblingssohn seines Vaters, des 81-jährigen Königs. Dieser entmachtete jetzt den bisherigen Kronprinzen, einen Vetter Salman juniors, und beförderte seinen Sohn zusätzlich zum stellvertretenden Premierminister. Unter dem jungen Mann, der nicht – wie unter der Elite des Landes üblich – im westlichen Ausland, sondern in Riad Jura studiert hat, könnte sich der Konflikt mit dem Iran und dessen Verbündetem, der Türkei, verschärfen. Nachdem die erste Auslandsreise von US-Präsident Donald Trump nach Saudi-Arabien führte, kann Salman sich der Unterstützung durch die USA gewiss sein.

Sollte der angeblich mit einer Ehefrau monogam lebende Vater von vier Kindern einmal seinen Vater als König nachfolgen, könnten Jahrzehnte von aufregenden Zeiten im Orient folgen. *H. Tews*



Fernsicht

Faules Getöse

Wie Merkel »es« schon wieder getan hat, wie die SPD auf 20 Prozent zielt, und wie die Grünen das abgekartete Rollenspiel einüben / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Die Lage ist völlig verfahren. Daher können wir den hysterischen Ausfall von Martin Schulz gut verstehen. Also zumindest der Stimmung nach. Sie verübe einen „Anschlag auf die Demokratie“, hat er CDU-Chefin Merkel vor den Latz geknallt.

Warum? Weil sie die offene Feldschlacht verweigert. Weil sie dem Streit mit ihm systematisch aus dem Wege geht. Ob die Angeklagte ein Einsehen hat? Im Gegenteil: Kaum hatte Schulz seinen Jammer in die Welt geheult, tat sie es schon wieder.

SPD, Grüne und FDP hatten auf der Suche nach Profil die Nüstern kräftig aufgebläht und die Forderung „Ehe für alle“ geschnaubt. Auch gleichgeschlechtlichen Paaren müsse das volle Adoptionsrecht gewährt werden. Dies sei Grundbedingung für eine Koalition mit der Merkel-Partei. Vor allem Schulz stampfte mächtig auf in der Hoffnung, dass die Kanzlerin Widerstand leisten möge mit Rücksicht auf ihren christlich-konservativen Parteiflügel.

Merkel dachte gar nicht dran und führte ihren geübten Kniff aus: Sie übernahm die Forderung in den eigenen Bauchladen und machte sie damit für den Wahlkampf unschädlich. Im Bundestag solle zu dem Thema nun jeder – ausnahmsweise? – nach seinem Gewissen abstimmen dürfen, so Merkel. Clevere Lösung: Dann kommt durch, was die Kanzlerin, die SPD, die FDP und die Grünen wollen, doch die überstimmten Gegner in der Union können später trotzdem sagen, dass sie schließlich dagegen waren.

Mit diesem Zug hat Merkel abermals die Luft aus einem SPD-Vorstoß gelassen. Schulz’ Kampagnenwagen bleibt auf platten Reifen liegen.

Und jetzt? Der SPD-Spitzenkandidat könnte stattdessen natürlich ein paar ganz heiße Eisen anfassen, die der Regierung richtig wehtäten: Die ungesteuerte Zuwanderung, Merkels Bruch des Versprechens, abgelehnte Asylbewerber konsequent abzuschieben, die schwindende innere Sicherheit und die Terror-Gefahr, die weltrekordhohen Steuern und Abgaben in Deutschland, die vergammelnde Infrastruktur, ein Sozialstaat, der bei immer weiter steigenden Kosten immer weniger bewirkt, die desolate Lage bei der Bundeswehr und der Polizei, die Bedrohung der Versammlungsfreiheit durch marodierende Linksextremisten, die völlig versemmelte „Energiewende“, die Enteignung der Sparer durch politisch gewollten Nullzinsen, die regelwidrige Rettung von Banken und Pleitestaaten in der Euro-Zone und was noch alles. Da liegt ein ganzes Fuder an Politikversagen im Flur, mit dem man die Regierung solange zum Nordpol und zurück jagen könnte, bis ihr „Image“ in Fransen herunterhängt.

Nur leider fiele der SPD jedes dieser Themen genauso schwer auf die Füße wie der Union. Selbst der „Opposition“ aus Grünen und Linkspartei erginge es nicht weniger verheerend, wenn die genannten, wirklich wichtigen Probleme zum Wahlkampfgegenstand gemacht würden. Deswegen tut das keiner. Lieber schwadroniert Schulz über „Gerechtigkeit“, während Merkel sich jetzt schon überlegt, wann und wie sie die Steuersenkungs-Versprechen ihrer Partei nach der Wahl zerknüllt und im Papierkorb versenkt.

> Es gäbe ja genug heiße Themen, nur dass die allen zugleich auf die Füße fallen würden

Am Ende läuft es wieder auf eine völlig unpolitische Persönlichkeitswahl hinaus, bei der die Deutschen aus dem Bauch heraus darüber abstimmen, wen von den beiden Kandidaten sie sympathischer, glaubwürdiger oder kompetenter „finden“. Das Verb „finden“ sagt alles, denn mit Fakten hat es nichts zu tun, es stammt aus der Sprache der Kinder. Bei denen gewinnt immer die Beste, und das ist bekanntlich Mutti.

Der SPD richtet sich bereits auf die Niederlage ein. Warum sonst haben die Sozialdemokraten den abgehalfterten Generalsekretär Hubertus Heil zurückgeholt? Warum wohl: Der kennt sich seit seinem Totalschaden bei der Bundestagswahl 2009 eben aus mit 20-Prozent-Ergebnissen.

Aber was wird aus dem armen Schulz, wenn Heils zweites Wahldesaster sogar noch kläglicher ausfällt als sein erstes? Nun, Schulz muss zunächst natürlich die „volle Verantwortung“ übernehmen, damit sich all die anderen Versager ungesehen hinter den Vorhang verziehen können. Danach kommt er zur Ebert-Stiftung, erhält einen fabelhaft entlohnten EU-Job (wegen seiner „reichhaltigen Erfahrung auf dem Gebiet der Europapolitik“) oder wird mit einer Perlenkette von Aufsichtsratsposten abgefunden, um als gut geölter Lobbyist zwischen Brüssel und Berlin hin und her zu lungern. Keine Angst also, für den Mann wird gesorgt sein.

Alles gut und schön, nur haben wir die Grünen ja ganz vergessen! Bei einer reinen Persönlichkeitswahl zwischen Angela Merkel und Martin Schulz kommen die überhaupt nicht vor. Daher muss sich die Partei ranhalten, damit sie trotzdem an die Sonne kommt.

Irgendwas Fetziges musste her – und es kam: das Verbot aller Benzin- und Dieselautos ab 2030. Dann soll es nur noch Elektro-Autos zu kaufen geben. Das ist kaum mehr als zwölf Jahre hin, weshalb sich dem grünen Ministerpräsidenten des Auto-Landes Baden-Württemberg die Nackenhaare sträuben. In einem angeblich heimlich gedrehten Wutausbruch zieht der genervte Landesvater über den Beschluss vom Leder.

Zum Glück für seine Partei hat keine politische Formation so viele Anhänger unter Deutschlands Journalisten wie die Grünen. So schrieben die allermeisten Kollegen Kretschmanns Eruption denn auch pflichtbewusst herunter: Der Schwabe habe über den Verbotsbeschluss „gelästert“, hieß es fast unisono.

Gelästert? Lästern heißt, sich lustig zu machen. Es hat etwas mit höhnischer Ironie zu tun, mit Witze machen. Davon kann bei Kretschmann keine Rede sein. Er hat sich nicht über den Beschluss amüsiert, er hat ihn fuchsteufelswild nach Strich und Faden auseinandergenommen. Völlig übergangen haben die Staats- und Konzernmedien den eigentlichen Höhepunkt des aufgezeichneten Gesprächs. Kretschmann redet die ganze Zeit auf den Bundestagsabgeordneten Matthias Gastel ein. Der ist bahnpolitischer Sprecher der Grünen und setzt Kretschmanns Philippika am Schluss die entlarvende Krone auf mit der Bemerkung: „Winfried, die unterschiedlichen Rollen sind mir völlig klar: Wir als Fraktion im Bundestag bedienen unser eigenes Klientel und versuchen, das zu vergrößern ...“ Damit endet der Mitschnitt.

Man traut seinen Ohren nicht. Die Grünen wandeln seit bald 40 Jahren durchs Land in der funkelnden Robe ihrer „Authentizität“, als Stoßtrupp der Wahrhaftigen, der sich den schäbigen Machtspielchen der „Etablierten“ verweigert und ganz auf Inhalte setzt. Der Auftritt konnte nie pompös genug sein: Mit großer Geste setzten sich die Grünen in Szene, wie sie die tiefe Sorge um den Frieden, die Umwelt, die Menschheit, ja, den gesamten Planeten schier krank mache.

Nun aber sehen wir, wie der Herr Gastel dieses Getöse quasi im Vorbeigehen fallen lässt wie ein faules Ei. Danach umweht uns der Gestank eines abgekarteten Rollenspiels zur puren Klientelbedienung, in dem jeder Gedanke an Idealismus ersticken muss: Die grüne Bundestagsfraktion beschenkt die Ökotanten in den schicken Altbauvierteln, während sich der Ministerpräsident des Auto-Ländles tapfer vor Daimler und Porsche stellt. Igitt.

Kretschmann hat sich anschließend über den „heimlichen“ Mitschnitt und dessen Veröffentlichung heftig empört, Verletzung der Privatsphäre oder so. Allerdings wird man den Verdacht nicht los, dass das Ganze inszeniert war. Zweimal kann man sehen, wie der Württemberger kurz in die Kamera blickt, die angeblich gar nicht bemerkt hat. Vielleicht macht Kretschmann ja auch nur den grünen Seehofer: Um auf dem Posten zu bleiben, benötigt er mehr und andere Wähler, als die Bundespartei erreichen kann. Also muss er sich öffentlichkeitswirksam absetzen. Schlaue Strategie, aber besonders sauber fühlt sich das eben nicht an.

MEINUNGEN

*Der Philosoph **Peter Sloterdijk** warnt im „Spiegel“ (22. Juni) davor, **Nationalstaat** und strikte **Zuwanderungskontrolle** leichtfertig aufzugeben, denn:*

„Die Rechtspflege und die sozialen Solidarsysteme lassen sich bisher nur im nationalen Rahmen erhalten und ausbauen. Nichtmitgliedern unbeschränkten Zutritt zu gestatten, mutet da wie eine Geste der Selbstzerstörung an.“

*Die Fraktionschefin der Linkspartei, **Sahra Wagenknecht**, stellt der **SPD** im Gespräch mit der „Welt“ (26. Juli) ein **verheerendes Zeugnis** aus:*

„Schulz hat Frau Merkel einen demobilisierenden Wahlkampf vorgeworfen. Er sollte sich an die eigene Nase fassen. Eine SPD, die nichts wesentlich anders machen will als die Union, braucht kein Mensch, und so mobilisiert man auch keine Wähler ... Das ganze Wahlprogramm sendet die Botschaft: Wir wollen weitermachen wie in den letzten Jahren.“

***Roland Tichy** weist in „Tichys Einblick“ (25. Juni) auf den **eklatantesten Fehler** der **SPD** hin:*

„Die SPD ist so stolz darauf, dass sie mitgeholfen hat, die Außengrenzen des Landes zu schleifen ... Die demografische Krise einer schrumpfenden Bevölkerung wird weiter verschärft, wenn Unqualifizierte zuwandern, die ‚Versorgungssuchende‘ sind, wie es Professor Gunnar Heinsohn auf eine knappe Formel bringt. Dass der Sozialstaat zunächst nur für Beitragszahler Leistungen bereithält oder für Notfälle – dieses konstitutive Merkmal des Sozialstaats seit Bismarck wird zerstört. Ankommen reicht.“

***Gunnar Schupelius** hat in der „B.Z.“ (25. Juni) eine schmerzhafte Frage zur jüngsten **muslimischen Anti-Terror-Demo** von Berlin:*

„In Berlin leben schätzungsweise 280000 Muslime. Was bedeutet es, wenn nur 100 von ihnen dem Aufruf folgen, gegen islamistischen Terror zu demonstrieren?!“

*Die Ankündigung der **CDU**, erst nach der Wahl ein **Rentenkonzept** vorstellen zu wollen, findet **Linda Hinz** im „Focus“ (26. Juni) recht **merkwürdig:***

„Dem Wähler, der gerne wüsste, was aus seiner Rente wird, sagte Merkels CDU damit: Wissen wir noch nicht genau, wir sind uns da selbst uneins. Was am Ende rauskommt, ist offen – aber wähl’ uns trotzdem und nach der Wahl schauen wir mal, wie wir lustig sind. Demokratie jedoch geht anders – zumindest, wenn Demokratie mehr sein soll als ein ‚Sie kennen mich‘. Dann muss man den Wählern erst sagen, was man vorhat – und auf dieser Basis dürfen sie dann entscheiden.“

***Barack Obamas Verhalten** als Ruheständler erkläre gut, warum die **„Eliten“** bei vielen so **in Verruf** seien, meint **Caspar Hirschi** in der „Neuen Zürcher Zeitung (19. Juni):*

„Erst lässt er sich von Richard Branson auf dessen Privatinsel in der Karibik verwöhnen und dann von einer Wall-Street-Firma für ein Honorar von 400000 Dollar zu einem Vortrag einladen. Staatstragende Parteien, die solche ‚Elder Statesmen‘ in ihren Reihen wissen, dürfen sich über wütige Bürger nicht beklagen.“